



BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Beschluss der KPV-Bundesvertreterversammlung:

„Pakt des Vertrauens“

Rund 500 Teilnehmer aus ganz Deutschland wohnten dem traditionellen Bundeskongress der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands in Bielefeld bei, um unter dem Motto „Solide Kommunal Finanzen“ zu diskutieren und Forderungen an das neue CDU-Wahlprogramm zu beschließen. Neben dem Thema Finanzen ging es auch um Energie, Klimaschutz, Migration und Kinderbetreuung.

Der wiedergewählte KPV-Bundestagsvorsitzende, MdB Christian Haase, zog eine positive Bilanz des Kongresses: „Wir haben ein ganzes Paket von Beschlüssen gefasst, die eine klare Ansage für eine neue Politik im Land sind“, denn die Ampel habe abgewirtschaftet und die kommunale Selbstverwaltung sträflich vernachlässigt. „Stark aufwachsende Lasten im Sozialbereich, neue Aufgaben ohne Finanzierung, mehr Bürokratie, neue Haushaltsrisiken und keine Antworten auf die zentralen Fragen von Stadt und Land und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft: Dies muss dringend geändert werden“, bekräftigte Haase.

Revitalisierung der kommunalen Selbstverwaltung

Aus kommunaler Sicht seien die Problemlagen vielfältig und unterm Strich gehe es um das mangelnde Vertrauen, das die Kommunen von den Ebenen EU, Bund und den Ländern verspüren. Landräte und (Ober-)Bürgermeister und ihre Verwaltungen hielten Deutschland am Laufen. Daneben seien es die rund 75.000 ehrenamtlichen Amts- und Mandatsträger der Union, auf deren Entscheidungskompetenz man vor Ort zählen könne und denen Respekt und Anerkennung gebühre. „Wir fordern einen ‚Pakt des Vertrauens‘, der der kommunalen Selbstverwaltung wieder neues Leben einhaucht. Wir als Christdemokraten und Christsoziale wollen die Verantwortung und wir wollen das Vertrauen.“

Vertrauen müssen Haase zufolge aber auch die Bürgerinnen und Bürger zu ihrer Kom-

munalverwaltung haben. „EU, Bund und die Länder verkennen die strategische Bedeutung der Kommunen für die Akzeptanz des Staates, der staatlichen Leistungen und der staatlichen Verantwortung. Die Bürgerinnen und Bürger erleben mehr und mehr an ihrer oder bereits jenseits ihrer Leistungsfähigkeit agierende Kommunen. Und damit wird den Menschen vor Ort

(Fortsetzung auf Seite 4)

Regierungserklärung von Staatsminister Aiwanger:

Argumente für einen starken Wirtschaftsstandort

Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger hat in einer Regierungserklärung unter dem Motto „Für einen starken Wirtschaftsstandort“ die Wirtschaftspolitik der Staatsregierung, die Bayern nach vorne bringe, erläutert. Im Bayerischen Landtag kündigte er eine Stärkung des Leistungsprinzips an, um der „verfehlten Politik der Bundesregierung“ mit zu hohen Steuern, Energiepreisen und überbordender Bürokratie entgegenzuwirken.

Aiwanger zufolge gibt es keinen Grund, den Kopf in den Sand zu stecken. Bayern sei „wirtschaftlich viel zu gut, um sich vom negativen Bundestrend runterziehen zu lassen“. Nirgendwo in Deutschland sei die Arbeitslosigkeit so niedrig, nirgendwo würden mehr junge Firmen gegründet als in Bayern, nirgendwo werde eine Investitionsquote von 15 Prozent erreicht. „Wir unterstützen die Start-Ups mit neuen Förderfonds und passgenauen Krediten in Höhe von 750 Millionen Euro. Dadurch stärken wir die Gründer, die ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen“, unterstrich Aiwanger.

Bund schuld an verfehlten Rahmenbedingungen

In seiner Analyse verwies der Minister darauf, dass die Wirtschaft wegen „völlig verfehlter Rahmenbedingungen durch den Bund“ unnötig in die Krise geraten sei. Die Steuern seien zu hoch, die Energie zu teuer, Bürgergeld als Fehlanreiz verschärfe den Fachkräftemangel, Bürokratie und Auflagen schränken die Handlungsfähigkeit der Unternehmen ein. „Wir müssen in Deutschland schneller, digitaler, und pragmatischer handeln, weil wir im internationalen Wettbewerb stehen. Ein großes Problem ist, dass die Ampel im Bund ideologisch handelt. Während bei uns noch über die Frauen-Quote in den Betrieben diskutiert werden muss, ziehen die Chinesen schon die Fabrik hoch.



Christian Haase (l.), Bundestagsabgeordneter aus dem Kreis Höxter, ist erneut zum Bundesvorsitzenden der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU/CSU Deutschlands (KPV) gewählt worden. 98 Prozent der Delegierten stimmten für den Politiker aus Beverungen. Sein Stellvertreter ist erneut der Landesvorsitzende der bayerischen KPV, Landrat Stefan Rößle (r.). Dem Bundesvorstand gehören zudem folgende bayerische Vertreter an: Sebastian Franz, Geschäftsführer der KPV der CSU, Landrat Christoph Göbel (München); Hannelore Langwieser (2. Bürgermeisterin der Stadt Mainburg, Bezirks- und Kreisrätin). DK

Bild: © Alexandra Unger

Deutscher Städtetag:

Pragmatismus heißt das Zauberwort

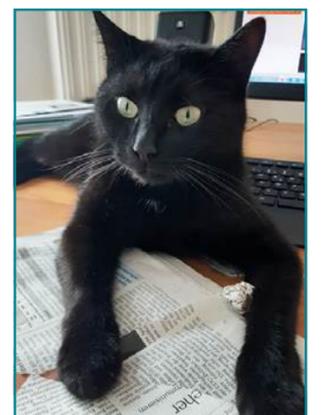
Etlche Vorhaben der bisherigen Bundesregierung liegen nach dem Ende der Ampel-Koalition im Bund derzeit auf Eis. Deshalb empfahlen Präsidium und Hauptausschuss des Deutschen Städtetages bei ihrer jüngsten Sitzung in Frankfurt, dass Regierungsparteien und Opposition gemeinsam noch Mehrheiten für Projekte finden sollten, für die sich die Städte lange eingesetzt haben. „Dass das möglich ist, zeigt das Beispiel Deutschlandticket“, betonte Verbandspräsident Markus Lewe, Oberbürgermeister der Stadt Münster. „Die Finanzierung für das Ticket konnte trotz vorzogener Neuwahlen noch für 2025 gesichert werden. Das war ein gutes Signal. Einen ähnlichen Pragmatismus brauchen wir jetzt auch bei weiteren Gesetzen.“

Bei den Themen Bauen und Wohnen stockten gerade mehrere Vorhaben, vor allem die Reform des Baugesetzbuches und die Verlängerung der Mietpreisbremse, so Lewe. Die Baugesetzbuch-Novelle hätte den Städten an vielen Stellen Wohnungsbau ohne komplizierte Planungsverfahren ermöglicht. Und wenn die Mietpreisbremse auf Bundesebene nicht noch verlängert wird, würden die entsprechenden Landesverordnungen im neuen Jahr reihenweise auslaufen. Dabei sei die Mietpreisbremse ein wichtiger Baustein gegen immer weiter steigende Mieten. Lewe zufolge ist dies in Summe eine problematische Mischung. „Wenn beide Vorhaben kippen, wäre das ein schlechtes Signal an all die Menschen in unseren Städten, die dringend mehr bezahlbaren Wohnraum brauchen.“

ter muss jetzt die neue Digitalpakt-Vereinbarung mit den Ländern zu Ende verhandeln und dann der künftigen Bundesregierung als Empfehlung mitgeben. Wir können es uns nicht leisten, nach der Bundestagswahl mit den Verhandlungen zum Digitalpakt 2.0 von vorne anzufangen.“

Große Sorgen wegen der Digitalisierung an Schulen

„Wenn weiter unklar bleibt, wie die Digitalisierung an Schulen finanziert werden soll, hat das handfeste Konsequenzen (Fortsetzung auf Seite 4)



Dass diese Regierung nur mehr amtierte, aber nicht mehr regierte, das sei doch klar gewesen, meint unser Rathauskater Pino. Und die kritisierte Verwendung kriegerischer Ausdrücke, nun ja, das dürfte „seit den Tagen von Marie-Agnes Strack-Zimmermann gelebte Umgangssprache in liberalen Kreisen sein.“ Seite 11

Korrekturen am AEG

Darüber hinaus müsse das Allgemeine Eisenbahngesetz (AEG) dringend korrigiert werden. Das AEG war zuletzt so verändert worden, dass es fast unmöglich wurde, auf ehemaligen Bahnflächen Bauprojekte zu verwirklichen. Betroffen davon sind viele bereits geplante Vorhaben in Städten bundesweit mit tausenden von Wohneinheiten. Auch ein Nachfolger des inzwischen ausgelaufenen Digitalpakt Schule ist durch das Aus der Ampel-Koalition ungewiss. Die Gespräche zwischen Bund und Ländern zum Digitalpakt 2.0 sollten aber auf jeden Fall noch fortgesetzt werden, erklärte der Städtetagspräsident: „Der amtierende Bundesbildungsminis-



Die größte Sandkrippe Deutschlands

Der Bau der größten Sandkrippe Deutschlands konnte digital im Livestream auf deggendorf-pulsiert.de verfolgt werden. Seit Mitte November schnitzte der Prager Künstler Jiří Kašpar die Figuren. Während der offiziellen Eröffnung am 1. Adventssonntag segnete Bischof Rudolf Voderholzer das beliebte Kunstwerk. Es ist fast drei Meter hoch und ebenso breit. 27 Tonnen Spezialsand wurden dafür verbaut. Dargestellt ist eine Szene mit Maria, Josef und dem Jesuskind, umgeben von Esel, Ochs und den heiligen drei Königen in einer Holzkrippe. Unser Bild zeigt v.r.: Oberbürgermeister Dr. Christian Moser, Sandkünstler Jiří Kašpar, Lisa Peter vom Stadtmarketing und Stadtmarketing-Vorstand Andreas Höhn.

Bild: Stadtmarketing Deggendorf e.V.

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

Sie lesen in dieser Ausgabe

Bay. Kabinett: Versorgungssicherheit und Ladenschlussgesetz . . . 2
Zukunftsstiftung Ehrenamt: Starthilfe für 20 Projekte 2
Bayerische Landesstiftung: Preise für leuchtende Vorbilder . . . 2

GZ-Kolumne Stefan Rößle:
Rückblick auf 2024 3

Krankenhausreform: Bayern fordert schnelle Nachbesserungen . . 4

Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV 5

Arbeitsplatz Kommune 6

Wasser · Abwasser 7-8

Kommunale Umwelt- und Abfallthemen 9-10

Kommunaltechnik · Forst 11

Aus den bayerischen Kommunen. 12-14

Bayerisches Kabinett:

Versorgungssicherheit und Ladenschlussgesetz

Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger hat im Ministerrat die Bayerische Versorgungssicherheitsstrategie vorgestellt. Sie ist neben den Strategien für Erneuerbare Energien, Wärme, Wasserstoff und Speicher die fünfte Teilstrategie des Energieplans Bayern 2040 und rundet das Gesamtbild eines zukunftsfähigen Energiesystems ab.

Nach Aiwangers Worten „ist die Gewährleistung der Versorgungssicherheit ein zentrales Anliegen der bayerischen Energiepolitik. Unsere Industrie muss auf eine störungsfreie Stromversorgung zählen können. Wir verlassen uns dabei nicht allein auf den Bund, der hauptsächlich für die Sicherstellung der Versorgung zuständig ist, sondern setzen auf eigene Maßnahmen.“

Gleichgewicht bei Angebot und Nachfrage

Konkret müssen marktseitig Angebot und Nachfrage am Strommarkt im Gleichgewicht gehalten werden. Netzseitig soll der Stromtransport effizient und ohne Netzüberlastung erfolgen. Eine Risikoversorge identifiziert und minimiert frühzeitig nicht-alltägliche Risiken für das Stromnetz.

Aktuell nimmt der Freistaat mit einer durchschnittlichen Stromunterbrechungsdauer von lediglich zehneinhalb Minuten pro Jahr einen internationalen Spitzenplatz in der Versorgungssicherheit ein. „Eine sichere Stromversorgung ist unverzichtbar für unseren Standort. Dafür muss der Ausbau wasserstofffähiger Gaskraftwerke vorangetrieben werden – allein Bayern benötigt rund sechs Gigawatt. Wir sehen hier dringenden Handlungsbedarf und verfolgen bei weiteren Verzögerungen des Kraftwerksicherheitsgesetzes die Option, das Kernkraftwerk Isar II zu reaktivieren“, kündigte der Minister an, um den Strommarkt im Gleichgewicht zu halten.

Auf der Angebotsseite nimmt

der Ausbau Erneuerbarer Energien zu, während nachfrageseitig zusätzliche Stromverbräuche im Mobilitäts- und Wärmesektor zu erwarten sind. Um den weiteren Stromerzeugern und Verbrauchern eine sichere Netzanbindung zu bieten, setzt sich Bayern für einen passgenauen Netzausbau auf allen Spannungsebenen ein. Aiwanger zufolge „werden wir dafür Genehmigungsverfahren auf bayerischer Seite vereinfachen und die personelle Ausstattung der Genehmigungsbehörden sicherstellen. Zudem werden wir die Anbindung an die europäischen Nachbarländer stärken, um den überregionalen Stromaustausch zu verbessern.“

Versorgungssicherheit

Für eine gute Risikoversorge sei ein schlüssiges Monitoring der Versorgungssicherheit erforderlich, auch unter Berücksichtigung von Szenarien abseits der politischen Zielvorgaben des Bundes. Darauf aufbauend könnten ausreichende Netz- und Kapazitätsreserven vorgehalten werden, um Ausnahme-situationen ohne Stromausfälle bewältigen zu können.

Darüber hinaus billigte der Ministerrat den Entwurf für ein eigenes Bayerisches Ladenschlussgesetz (BayLadSchlG). Er geht nun in die parlamentarische Beratung und wird das Ladenschlussgesetz des Bundes von 1956 ersetzen. Wie die bayerische Arbeitsministerin Ulrike Scharf erläuterte, „schafft dieses Chancengesetz Klarheit, Freiheit und Schutz. Es ersetzt das veraltete Recht durch moderne Regelungen, baut unnötige Bürokratie ab und schützt die Beschäftigten. Weitere verkaufsoffene Nächte in unseren Kommunen und der Betrieb personallos betriebener Kleinstsupermärkte sind mit dem neuen Gesetz klar geregelt. Die Grundpfeiler des Ladenschlussrechts bleiben dabei gültig. Sie stehen für mich auch nicht zur Disposition und haben einen besonderen Wert. Die Balance verschiedener Interessen und der wichtige Schutzgedanke bleiben mit dem bayerischen Ladenschlussgesetz gewahrt.“

Einkaufsnächte und Sonn- und Feiertagsverkauf

Künftig sind an Werktagen bis zu acht gemeindeweite verkaufsoffene Einkaufsnächte möglich. Stationären Einzelhändlern werden darüber hinaus bis zu vier weitere individuelle verlängerte werktägliche Ladenöffnungen (bis 24 Uhr) im Jahr gewährt. Personallos betriebene digitale Kleinstsupermärkte dürfen künftig grundsätzlich auch an Sonn- und Feiertagen ohne Einsatz von Verkaufspersonal durchgehend öffnen. Die Verkaufsfläche ist auf bis zu 150 qm beschränkt.

Zudem wird der Sonn- und Feiertagsverkauf in Tourismusorten neu geregelt. Die Gemeinden sollen künftig selbst bestimmen, wo ein Tourismusverkauf zugelassen wird. Das BayLadSchlG gibt Kriterien als Leitlinie. Überdies wird das zugelassene Warensortiment als Tourismusbedarf vereinfacht. Erlaubt ist unter anderem der Verkauf von Lebens- und Genussmitteln zum sofortigen Verzehr, Schnittblumen, Zeitungen,

Devotionalien und Bade- und Sportartikel, sofern das zum Touristenort passt.

Es bleibt bei maximal vier verkaufsoffenen Sonntagen. Die Verfahren werden jedoch vereinfacht. Es gilt zukünftig eine gesetzliche Vermutungsregelung des verfassungsrechtlich erforderlichen Zusammenhangs zwischen Ladenöffnung und Anlass. „Insgesamt bindet der Entwurf des BayLadSchlG die Gemeinden stärker mit ein und stärkt ihr Selbstverwaltungsrecht“, betonte Scharf und ergänzte: „Der Arbeitnehmerschutz und der verfassungsrechtlich vorgegebene Sonn- und Feiertagschutz haben Priorität. Die Grundpfeiler des Ladenschlusses bleiben unangetastet. Das heißt, der Gesetzentwurf ändert nichts an den allgemeinen Öffnungszeiten von 6 bis 20 Uhr und an Sonn- und Feiertagen, mit wenigen Ausnahmen, wie an Tankstellen, Flughäfen, Bahnhöfen und künf-

tig auch Zentralen Omnibusbahnhöfen.“

Nach Angaben von Staatsminister Aiwanger „schützen wir mit unserer Reform das Personal im Einzelhandel und den gesellschaftlichen Status des Sonntags bei gleichzeitig mehr Einkaufsflexibilität. Wir folgen nicht dem Trend einiger Bundesländer, sondern stehen für eine Weiterentwicklung, die auch unsere kleinen und mittelständischen Strukturen im Einzelhandel nicht überfordert. Im Sinne einer besseren Versorgung im ländlichen Raum schaffen wir jetzt mehr Möglichkeiten für digitale Kleinstsupermärkte. Davon profitieren auch die vielen Hofläden in ganz Bayern. Unabhängig von unserer Reform muss der Einzelhandel die Digitalisierung aber weiter vorantreiben. Jede Investition in mehr Digitalisierung zahlt auf die eigene Wettbewerbsfähigkeit ein und stärkt die Kundenbeziehungen.“ DK

Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern:

Starthilfe für 20 Ehrenamtsprojekte

Die Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern stärkt das Ehrenamt in Bayern und macht die Einsatzbereitschaft, Innovationskraft und Kreativität von Menschen im Ehrenamt sichtbar. Auch in diesem Jahr fördert sie wieder besonders herausragende ehrenamtlich getragene Projekte.

Ulrike Scharf, Bayerische Sozialministerin und Vorstandsvorsitzende der Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern, sagte dazu: „Das soziale Bayern lebt vom Ehrenamt. Ich bin begeistert, mit welcher Leidenschaft und Ideenreichtum sich die Menschen in unserem Land engagieren. Mit der Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern sagen wir laut und deutlich Ja und Danke zu diesem Einsatz. 20 herausragende Projektbeispiele bekommen eine Starthilfe in Höhe von insgesamt rund 150.000 Euro. Klar ist aber auch, dass nicht das Geld beim ehrenamtlichen Engagement entscheidend ist, sondern die ungebrochene Bereitschaft der Menschen in unserem Land sich füreinander einzusetzen. Bayern ist sozial stark, weil wir alle miteinander jeden Tag unser Bestes geben.“

Die Zukunftsstiftung unterstützt fünf spannende Projekte in Oberbayern.

- ausgepfuscht e.V. – Gemeinsam engagiert! Wir lernen gemeinsam!
- Verein zur digitalen Unterstützung von Einsatzdiensten e.V. – HeiDi.medic – Medizin-Modul für die Hilfeapp für Einsatzdienste
- Begegnungszentrum DAS BUNTE HAUS (in Kooperation mit der CONVIVO Stiftung) – Einsatz neuer Medien im Bürgerschaftlichen Engagement
- Bürgerinitiative Mehr Platz zum Leben – Gestalte dein Viertel mit!
- Community Kitchen gGmbH – Mitmachküche

Die nächste Projektausschreibung startet voraussichtlich im Januar 2025.

Die Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern wurde am 1. Februar 2018 vom Freistaat Bayern gegründet, um Freiwilligen vor Ort das bürgerschaftliche Engagement zu erleichtern. Die gemeinnützige Stiftung öffentlichen Rechts fördert Projekte, Initiativen, Organisationen und Vereine, die mit zukunftsweisenden Konzepten und Ideen durch ehrenamtlichen Einsatz das Gemeinwohl nachhaltig stärken und unterstützen. Vorstandsmitglieder der Stiftung sind Bayerns Sozialministerin Ulrike Scharf, Professorin Dr. Doris Rosenkranz und Geschäftsführerin Annemarie Raith.

Informationen:

Eine Übersicht über die Projekte gibt es unter: <https://ehrenamtsstiftung.bayern.de/aktuelle/projekte2024>.

Argumente für einen ...

(Fortsetzung von Seite 1)

„Aufgrund falscher Weichenstellung auf EU-Ebene“ stünden die Automobilindustrie und ihre Zulieferer mit insgesamt rund 450.000 Arbeitsplätzen in Bayern vor großen Herausforderungen. Das ideologisch motivierte Verbot der Verbrennerverbote ab 2035 müsse zurückgenommen werden. Die drohenden CO2-Strafzahlungen in Milliardenhöhe seien auszusetzen, um die bayerische und die deutsche Autoindustrie in der schwierigen Transformationsphase nicht zusätzlich zu belasten.

Wie der Minister darlegte, „unterstützt der Freistaat die Auto- und Zulieferindustrie mit der Hightech-Agenda, Forschungs-, Regional- und Transformationsförderungen. Wir sind beim Ausbau der Elektrolade- und Wasserstoff-Infrastruktur führend. Wir haben fast 50 Millionen Euro in über 13.000 Ladepunkte in Bayern investiert. Wir fördern die Wasserstoff-Infrastruktur mit nahezu 200 Millionen Euro. Damit werden 25 H2-Tankstellen und 50 Elektrolyseure im Freistaat gebaut. In den vergangenen Jahren ha-

ben wir mit 240 Millionen Euro Forschung und Entwicklung in der Auto-Branche gefördert.“

Angesichts des Krieges in der Ukraine sei die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie wichtiger denn je, bekräftigte Aiwanger. Rund ein Drittel der gesamten deutschen Wertschöpfung werde im Freistaat erwirtschaftet. Sie mache einen Umsatz von mehr als vier Milliarden Euro. „Schon im Koalitionsvertrag haben wir klargestellt: Wir werden die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie als strategisch wichtigen Sektor weiter stärken.“ Mit den Bayerischen Technologieförderprogrammen werde diese Schlüsselbranche gezielt bei der Entwicklung neuer Produkte und Verfahren sowie der Anwendung neuer Technologien unterstützt. Hierfür sei ein Ansatz von jährlich über 80 Millionen Euro an Haushaltsmitteln eingeplant.

Hightech-Agenda für die Raumfahrt

Mit Blick auf die Luft- und Raumfahrt betonte Aiwanger:

GZ

GZ-PODCAST

GZ

„Kommunal: Direkt von der Expo Real“

Podcast-Gastgeber Dr. Patrik Hof war für die Bayerische Gemeindezeitung auf der Expo Real. In jeder GZ-Podcast-Folge nimmt er sich unter dem Blickwinkel der Kommunen ein neues Thema vor.

Folge 4: Grundsteuer mit Konrad Beugel



Zum Thema Grundsteuer spricht Dr. Patrik Hof mit Konrad Beugel, dem Wirtschafts- und Finanzreferenten der Stadt Erlangen. Die Grundsteuer ist nur ein Faktor im kommunalen Haushaltsplan. Kein großer, aber einer mit dem die Kommune fest rechnen kann. Nun wird die Grundsteuer in Zeiten reformiert, in denen den Kommunen andere Einnahmen wegbrechen.

www.gemeindezeitung.de/podcast

Folge 5: Logistik braucht Fläche mit Kuno Neumeier

Kuno Neumeier, Geschäftsführer der Logivest GmbH diskutiert mit Dr. Patrik Hof über Lösungen für Umwelt- und Lärmprobleme von Gewerbegebieten und Logistikimmobilien. Die BVL-Initiative „Power of Logistics“ zeigt Wege, wie Logistikflächen zur Energiegewinnung genutzt und Gemeinden, Bürger sowie Unternehmen besser eingebunden werden können.

www.gemeindezeitung.de/podcast



„Entwicklungen wie Satellitennavigation, Erdbeobachtung oder Kommunikationssysteme sind unverzichtbar für Mobilität, Katastrophenwarnungen oder den Zugang zu Informationen. Ein Drittel der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie sitzt in Bayern. Die Beschäftigtenzahlen steigen weiter an: Die Branche zählt in Bayern 33.245 Beschäftigte, ein Plus zum Vorjahr um zehn Prozent. Wir haben seit 2018 rund 245 Millionen Euro aus der Hightech-Agenda für die Raumfahrt bereitgestellt, unter anderem für das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) und das bayerische Raumfahrtforschungsprogramm. Hinzu kommen knapp 200 Millionen Euro für die Luftfahrt.“

Sichere und nachhaltige Energie-Landschaft

In punkto Energiepolitik stellte der Minister fest: „Wir entwickeln unsere Energie-Landschaft sicher und nachhaltig in Richtung Klima-Neutralität, sind bei Photovoltaik, Wasserkraft, Biomasse bundesweit führend, holen bei der Windkraft in großen Schritten auf. Inzwischen haben wir das Luxusproblem, dass wir so viel PV-Strom produzieren, dass wir den vielen Strom nicht in die Netze bringen. Wir tun alles, um PV, Wasser, Wind auszubauen. Aber nur damit allein geht es nicht im Industriestandort Bayern. Wir brauchen Grundlast. Jetzt rächt sich, dass die Grünen um Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck auf dem Höhepunkt der Energiekrise die Atomkraft abgeschaltet haben. Damit haben die Grünen die Energiepolitik in Deutschland an die Wand gefahren.“

Das Handwerk wiederum soll durch die Anwendung neuer Technologien nachhaltig wettbewerbsfähig und zukunftsfest gemacht werden. Für das Projekt „Handwerk innovativ“ sind laut Aiwanger 2,7 Millionen Euro bewilligt worden, zudem liefern u.a. Projekte zur Anwendung von 5G-Technologie und KI im Handwerk. Gefördert werde auch der Neubau des Bildungszentrums der Handwerkskammer Niederbayern-Oberpfalz mit insgesamt rund 18 Millionen aus Landesmitteln.

Bayerns Wirtschaftsminister beklagte den deutschlandweiten Förderstau im Bereich der betrieblichen Ausbildungsstellen in Höhe von drei Milliarden Euro: „45 Prozent Zuzahlung hat der Bund uns versprochen, wenn eine Handwerksorganisation eine Ausbildungseinrichtung baut. Bayern übernimmt 30 Prozent, dazu kommen 25 Prozent vom Betrieb selbst. Aber die 45 Prozent vom Bund kommen nicht, obwohl das bay-

erische Geld auf dem Tisch liegt. Der Bund lässt hier die Bildung absaufen“, stellte Aiwanger abschließend fest.

CSU-Fraktionschef Klaus Holetschek lobte die Staatsregierung für ihre „vorausschauende Wirtschaftspolitik“, die dafür Sorge, dass sich der Freistaat gegen den allgemeinen Abwärtstrend stemmen könne. Darüber hinaus werde die Leistungsbereitschaft gefördert und das Land „von den Ketten der Bürokratie befreit“. Vor diesem Hintergrund schlug der Fraktionsvorsitzende die Einrichtung von Pilotregionen vor, in denen der weitreichende Abbau von Vorschriften in einer Art Feldversuch auf Praxistauglichkeit getestet werden könnte.

AfD lehnt „Politik der Bevormundung“ ab

„Für Hubert Aiwangers Wirtschaftspolitik sind zwei Aspekte symptomatisch: der sogenannte ‚Wassercent‘ und seine Entscheidung, Bürgerplebiszite bei der Errichtung von Windkraftanlagen abzuschaffen“, erklärte Prof. Ingo Hahn (AfD). Aus seiner Sicht ist die Aufhebung der sogenannten Kommunalklausel eine Schwächung der Demokratie durch die Hintertür: „Windkraftanlagen, die unsere Landschaften verschandeln und die Lebensqualität der Bürger beeinträchtigen, sollen künftig ohne die Möglichkeit eines Bürgerentscheids durchgedrückt werden.“ Die AfD lehne diese „Politik der Bevormundung“ ab. Auch künftig sollte es den Bürgern ermöglicht werden, bei Windkraftprojekten mitzureden und mitzuentcheiden.

Sicher habe die Bundesregierung „nicht alles richtig gemacht“, aber alles auf diese abzuwälzen, sei eine „zu einfache Weltsicht“, monierte die Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Katharina Schulze. Sie erinnerte daran, dass die Netze im Freistaat viel zu lange nicht ausgebaut worden seien. Dafür trage die Staatsregierung die Verantwortung.

SPD-Fraktionschef Holger Griefhammer forderte Mut zu einer Reform der Schuldenbremse, eine vorausschauende und moderne Energiepolitik und mehr Unterstützung der Wirtschaft bei der Transformation. Besonders wichtig sei es, neben den Bedürfnissen der Unternehmen stets auch die Interessen der Arbeitnehmer im Auge zu behalten. Sie hätten faire Löhne verdient. Dafür könnte vor allem das von der SPD schon lange eingeforderte Tarifreuegesetz sorgen, das CSU und Freie Wähler den Bayern weiterhin vorenthielten. DK

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin
Marlene Preißinger
Gemeinde Untereggen
am 7.12.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Oberbürgermeister
Bernhard Gmehling
Stadt Neuburg a. d. Donau
am 10.12.

Bürgermeister Ludwig Nagel

Gemeinde Hemhofen
am 11.12.

Bürgermeister Norbert Essich

Gemeinde Schwabbruck
am 13.12.

Bürgermeister Bernhard Dolp

Markt Unterthingau
am 13.12.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Georg Menninger
Gemeinde Hollstadt
am 11.12.

Landrätin Rita Zinnecker

Landratsamt Ostallgäu
am 13.12.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Landrat Christian Meißner
Landkreis Lichtenfels
am 18.12.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Harald Reents
Gemeinde Hallbergmoos
am 12.12.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.



Finanz- und Heimatminister Albert Füracker übergab die Kultur-, Sozial- und Umweltpreise 2024 der Bayerischen Landesstiftung. Bild: StMFH

Bayerische Landesstiftung:

Preise für leuchtende Vorbilder

„Gerade in den aktuellen Zeiten muss außergewöhnliches Engagement angemessen honoriert werden. Künstliche Intelligenz kann künftig sicherlich viel bewirken, aber menschliche Empathie und Zuwendung sind durch nichts zu ersetzen“, stellte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker bei der Übergabe der Kultur-, Sozial- und Umweltpreise 2024 der Bayerischen Landesstiftung in München fest. Die Preise – je Kategorie mit 30.000 Euro dotiert, verteilt auf die jeweils Prämierten –, seien nicht nur eine Bestätigung für das eigene Handeln der Preisträger, sondern auch eine Anerkennung der Öffentlichkeit für die geleistete Arbeit.

Mit dem Sozialpreis wurden die FIZ gGmbH in Hof, die Sarré Musikprojekte gGmbH in Straßlach und der Verein Arbeitsstelle Frühförderung Bayern ausgezeichnet.

Sozialpreis

Das bisherige Angebot der FIZ gGmbH in Hof, Erwachsenen mit psychischen Erkrankungen, Suchterkrankungen oder akuten sozialen Schwierigkeiten ambulante familienunterstützende Angebote sowie sozialpädagogische Leistungen anzubieten, wurde um ein ambulantes pflegerisches Angebot für Menschen mit psychischem Hilfebedarf ergänzt. Hierdurch wird dem besonderen Bedarf der Betroffenen durch pädagogische Betreuung, hauswirtschaftliche Unterstützung und Pflegeleistungen aus einer Hand Rechnung getragen. Das Projekt schließt damit eine immer größer werdende Versorgungslücke.

Die 2012 gegründete Sarré Musikakademie in Straßlach (Landkreis München) bietet Kindern und Jugendlichen auf professioneller Basis erstklassigen Unterricht in darstellenden Künsten und professionelle Bühnenerfahrung sowie Fortbildungsmöglichkeiten in den Bereichen Bühnenbild und Bühnentechnik. Dabei arbeiten junge Menschen im Alter zwischen 7 und 23 Jahren aus unterschiedlichen sozialen Schichten, mit Behinderungen, aus Flüchtlingsfamilien sowie Kinder und Jugendliche mit therapeutischem Bedarf zusammen, lernen voneinander und übereinander. Auf diese Weise werden Vorurteile abgebaut und das Zusammengehörigkeitsgefühl wird gestärkt.

Aufgabe der Harl.e.kin-Nachsorge in Bayern ist es seit 2006, früh- und risikogeborene Kinder und ihre Familien beim schwierigen Übergang von der Kinderklinik in das häusliche Umfeld professionell zu begleiten und so für eine bestmögliche weitere Entwicklung des Kindes und der ganzen Familie zu sorgen. Die Familien werden im Alltag flexibel, passgenau und niedrigschwellig durch eine aus der Klinik vertraute Kinderkrankenschwester und eine erfahrene Fachkraft aus der örtlichen Frühförderstelle unterstützt. Der Name Harl.e.kin geht auf den Harl.e.kin-Verein an der Harlachinger Kinderklinik zurück; mittlerweile ist das Projekt mit 28 Standorten in ganz Bayern aktiv.

Umweltpreis

Über den Umweltpreis freuten sich die Gemeinde Baar (Landkreis Aichach-Friedberg) und der

Verein Flussparadies Franken.

Die Initiative der Gemeinde Baar zur Wiederbelebung des Baches „Kleine Paar“ umfasst die Wiederherstellung der Durchgängigkeit für Gewässerlebewesen sowie Maßnahmen zur Renaturierung und Zugänglichkeit des Gewässers, flankiert durch Aktionstage und Öffentlichkeitsarbeit. Möglich wurde diese Leistung neben Spenden durch Einbeziehung vieler Partner, insbesondere der Nachbargemeinde Holzheim, der örtlichen Fischereivereine sowie der Kreisgruppen Donau-Ries und Aichach-Friedberg des Landesbundes für Vogel- und Naturschutz, vor allem aber durch ein breites ehrenamtliches Engagement der Bevölkerung vor Ort. Die Kleine Paar wurde so zur Verbindungslinie für erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Gemeinden, Verbänden und Bürgern.

Mit dem Projekt Main FlussFilmFest schafft es der Verein Flussparadies Franken e. V., durch großen Einsatz für das wichtige Thema Wasser Menschen zu verbinden, verschiedene Gruppen zu vernetzen und Partner einzubinden. Bereits beim ersten „Main FlussFilmFest“ 2023 haben sich 14 Kinos entlang des gesamten Mains, von Bayreuth bis Frankfurt am Main, beteiligt. Flankierend gab es Expertengespräche, ein Rahmenprogramm und eine Müllsammelaktion. 2024 wurde das Projekt erfolgreich fortgesetzt. Der Wassermonat der Region Bayreuth ergänzte die Inhalte des FlussFilmFests um ein umfassendes Angebot an Führungen, Workshops, Vorträgen, Musikveranstaltungen, Theaterstücken und Mitmachaktionen für Kinder.

Kulturpreis

Mit dem Kulturpreis bedacht wurden die Historikerin Dr. Irmtraut Heitmeier, der Autor Hans Pleschinski und das Kooperationsprojekt MUBIKIN (Musikalische Bildung für Kinder und Jugendliche in Nürnberg).

Die Historikerin Dr. Irmtraut Heitmeier ist ausgewiesene Expertin auf dem Gebiet der Geschichte Bayerns im frühen Mittelalter und begeistert als Lehrbeauftragte an der LMU insbesondere junge Menschen. Sie wirkt weit über ihr akademisches Aufgabenfeld hinaus und gilt als großartige Vermittlerin bayerischer Landesgeschichte.

Hans Pleschinski ist als vielseitiger Autor deutschsprachiger Gegenwartsliteratur, Herausgeber und Übersetzer ein Mann vieler Talente. Mit seinen fein-

fühigen und zugleich unterhaltenden Werken erinnert er an die verbindende Kraft von Kunst und Literatur.

Das Projekt MUBIKIN in Trägerschaft der Stadt Nürnberg, Stiftung Persönlichkeit, Bouhon Stiftung und Hochschule für Musik Nürnberg wurde 2011 ins Leben gerufen und zielt darauf ab, allen Kindern und Jugendlichen in der Norisstadt eine umfassende musikalische Bildung zu bieten. Das Programm umfasst die Qualifizierung von Pädagogen im Bereich Musikpädagogik sowie wöchentlichen Unterricht in Kindergärten und Grundschulen. Alle Kinder einer Klasse oder Gruppe nehmen daran teil. Die Instrumente werden kostenlos zur Verfügung gestellt. Ziel ist es, die musikalische Bildung in den Alltag zu integrieren, die Zusammenarbeit mit den Eltern zu fördern und den Übergang von der frühkindlichen zur schulischen Bildung zu unterstützen.

Zuschüsse für 14.000 Projekte

Staatsminister Füracker zufolge wurden seit der Stiftungsgründung 1972 Zuschüsse für rund 14.200 Projekte mit einer Gesamtsumme von über 738 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Allein im Jahr 2024 bewilligte der Stiftungsrat der Bayerischen Landesstiftung für Kultur- und Sozialprojekte im Freistaat Zuschüsse von fast 20 Mio. Euro. 2024 wurden beispielsweise 500.000 Euro für die Erweiterung und den Ersatzneubau eines Seniorenwohn- und Pflegeheims zur Lang-, Kurzzeit- und Tagespflege in Vilseck im Land-

Bundesrat billigt Krankenhausreform:

Bayern fordert schnelle Nachbesserungen

Die umstrittene Krankenhausreform von Gesundheitsminister Karl Lauterbach hat nach hitziger Debatte im Bundesrat ihre letzte Hürde genommen. Alle Länder hatten auf dringende Nachbesserungsbedarfe hingewiesen, aber vor dem Hintergrund der Regierungskrise im Bund war aus ihrer Sicht zu wenig Zeit, um in einem Vermittlungsausschuss diese Nachbesserungen noch bis zur Neuwahl des Deutschen Bundestages erreichen zu können.

Bayerns Gesundheitsministerin Judith Gerlach setzt nun darauf, dass es nach der Neuwahl des Bundestages doch noch zu Nachbesserungen an der Krankenhausreform kommt. Das Scheitern der Anrufung des Vermittlungsausschusses zur Krankenhausreform sei „sehr bedauerlich“ und ein schlechter Tag für die Krankenhäuser in Deutschland, vor allem aber auch für die Patientinnen und Patienten, „denn ein Vermittlungsausschuss wäre die Chance gewesen, die Krankenhausreform zumindest in zentralen Punkten zu verbessern.“ Die Bundesregierung habe wichtige Anliegen der Länder in diesem Gesetz nicht berücksichtigt.

„Die vorgezogene Neuwahl des Bundestages wird die Karten neu mischen. Denn die nächste

KOLUMNE
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

das Jahr neigt sich so langsam dem Ende zu. 2024 war ein wechselhaftes Jahr, das für die bayerischen Kommunen geprägt war von großen finanziellen Herausforderungen und einer schwierigen politischen Großwetterlage, aber auch durch kommunalpolitische Erfolgserlebnisse. Deshalb blickt die Kommunalpolitische Vereinigung der CSU mit einem lachenden und einem weinenden Auge auf 2024 zurück. Sicher ist, dass mit diesem Jahr die kommunalen Ebenen und ihre Themen wieder mehr in den Mittelpunkt des politischen Geschehens gerückt sind.

Geprägt war das politische Jahr in besonderem Maße durch die Europawahl am 9. Juni 2024. Die KPV hat dabei ihre Position als starke

Ein kleiner Rückblick auf das Jahr 2024

Stimme der kommunalen Interessen auf europäischer Ebene deutlich gemacht und die Themen Bürokratieabbau, Änderung der Migrationspolitik und eine kommunalfreundlichere Ausrichtung der Europäischen Union positioniert.

Das diesjährige KPV-Sommerhighlight, die KPV-Landesversammlung und das anschließende Sommerfest der Kommunalpolitik am 26. Juli 2024, zeigten eindrucksvoll, wie lebendig und engagiert unsere kommunalpolitische Familie in der CSU ist. Gemeinsam mit prominenten Gästen wie dem Bayerischen Kommunalminister Joachim Herrmann, MdL, konnten wir Erfolge feiern und gleichzeitig die zentralen Herausforderungen wie die Entbürokratisierung, den Umgang mit extremen Parteien und die Zukunft des ÖPNV in Bayern diskutieren. Dies hat uns bestärkt, weiterhin mit Leidenschaft und Tatkraft für unsere bayerischen Kommunen einzutreten.

Ein weiterer Fokus des Jahres lag auf den strukturellen Herausforderungen, die das Jahr

verstärkt mit sich brachte. Die kommunalen Belastungen durch die Asylpolitik der Bundesregierung, die angespannte finanzielle Lage unserer Krankenhäuser sowie die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung waren zentrale Themen, ebenso wie das Hauptthema des Jahres: Die strukturelle Finanzausstattung der bayerischen Kommunen. Dabei zeigte sich, wie wichtig eine verlässliche finanzielle Unterstützung durch den Freistaat Bayern ist, da gerade die aktuelle Bundesregierung weit hinter den kommunalen Erwartungen blieb. Ein Anliegen, das wir im November bei den Vorgesprächen zum Kommunalen Finanzausgleich 2025 mit Nachdruck vertreten haben.

Mit Blick auf 2025 stehen uns wegweisende Entscheidungen bevor. Die vorgezogene Bundestagswahl nach dem Zerbrechen der Ampel-Koalition wird eine Chance sein, kommunalpolitische Anliegen wieder stärker auf die bundespolitische Agenda zu setzen. Die KPV wird sich mit ganzer Kraft dafür einsetzen, dass die Zukunftsthemen unserer Kommunen – von einer tragfähigen Krankenhausfinanzierung über den bundesweiten Abbau von Aufgaben und Standards bis zur nachhaltigen Entbürokratisierung – nicht nur gehört, sondern umgesetzt werden.

Für uns als KPV ist klar: Die Kommunen sind das Fundament unserer Demokratie und unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts. Gerade in Zeiten politischer Unsicherheit müssen wir die Handlungsfähigkeit der kommunalen Ebene sichern. Wir fordern eine bundesweite Entlastungsinitiative, die Bürokratie abbaut, finanzielle Spielräume erweitert und den ländlichen Raum gezielt stärkt. Nur so können unsere Städte, Gemeinden, Landkreise und Bezirke die Lebensqualität sichern, die Bürger zu Recht von uns erwarten.

Mit diesem klaren Auftrag und einem optimistischen Blick starten wir ins neue Jahr. Wir freuen uns auf die kommenden Herausforderungen – gemeinsam für eine starke kommunale Zukunft!

Mit kommunalpolitischen Grüßen

Ihr Stefan Rößle
Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

kreis Amberg-Weizsäckchen gewährt. In Dießen am Ammersee wurde der Umbau des Wohn- und Arbeitshauses von Carl Orff und der Neubau eines Museumsgebäudes mit 308.000 Euro gefördert. Zudem wird mit einem Zuschuss von 236.000 Euro die Sanierung der Katholischen Wallfahrtskirche Maria Schnee in Aufhausen im Landkreis Regensburg unterstützt. **DK**

im Bereich der Schmerztherapie oder chronischer Krankheiten. Dazu darf es aber nicht kommen. Wir brauchen daher unbedingt eine Korrekturmöglichkeit auf Landesebene zu den Leistungsgruppenvoraussetzungen, um im Einzelfall reagieren zu können.“

Wie Landrätin Tamara Bischof, 1. Vorsitzende der Bayerischen Krankenhausgesellschaft, erläuterte, „haben wir immer Nachbesserungen am Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz gefordert, weil es den nötigen und bereits stattfindenden Strukturwandel insbesondere im ländlichen Raum nicht einfacher macht, sondern noch schwieriger. Leider hat die Mehrheit der Bundesländer dieses Gesetz nun trotz der einhelligen Appelle nach Nachbesserungen passieren lassen.“ Die BKG sehe nun eine neue Bundesregierung in der Pflicht, die handwerklichen Fehler dieser Krankenhausreform rasch nachzubessern, „denn die Kliniken benötigen schnell Sicherheit bei den neuen komplizierten Regelwerken.“

Massive Unterfinanzierung

BKG-Geschäftsführer Roland Engehausen machte deutlich: „Die beschlossene Krankenhausreform bringt weder eine Entökonomisierung, noch Entbürokratisierung für die bayerischen Kliniken. Die massive Unterfinanzierung der Kliniken, die sich in Bayern mittlerweile auf 2 Mrd. Euro beläuft, bleibt so bestehen. Ohne schnelle Nachbesserung sind Insolvenzen von bedarfsnotwendigen Kliniken aus wirtschaftlicher Not nicht zu vermeiden.“ Unverständlich ist aus Sicht der BKG die vertane Chance, eine echte Vorhal-

tefinanzierung rund um die Uhr auf den Weg zu bringen. Die jetzt beschlossene Vorhaltefinanzierung bleibe ein Bestandteil der Fallpauschalen und gleiche Leistungsschwankungen nicht aus. „Diese Vorhaltefinanzierung ist eine Mogelpackung, die kein Problem löst, sondern neue Probleme schaffen wird, kritisierte Engehausen und ergänzte: „Wir befürchten durch diese neue Finanzierung zunehmende Wartezeiten für Patientinnen und Patienten, weil nicht mehr alle Behandlungen vollständig vergütet werden sollen.“

Dringende Korrekturen

Aus Sicht der BKG muss eine neue Bundesregierung rasch folgende Korrekturen vornehmen:

- Beschränkung der Leistungsgruppen und Strukturvorgaben auf den in Nordrhein-Westfalen bereits erprobten und anerkannten Reformprozess
- Umstellung der Berechnung der neuen Vorhaltevergütung auf ein gezieltes fallzahlenunabhängiges Zuschlagssystem
- Notwendige Ausnahmen müssen in der politischen Verantwortung der Länder möglich sein, wenn ansonsten die Sicherstellung der Versorgung offenkundig bedroht ist
- Die in den Jahren 2022 bis 2024 entstandene Inflationslücke ist für bedarfsnotwendige Krankenhausbehandlungen endlich auszugleichen.

Engehausen forderte ein Bündnis, um die stationären Behandlungsbedarfe durch bessere Versorgungssteuerung, die Stärkung ambulanter Behandlungsmöglichkeiten und eine besser abgestimmte Notfallversorgung soweit möglich zu senken und im

(Fortsetzung auf Seite 4)

Pakt des Vertrauens ...

(Fortsetzung von Seite 1)
die drohende Dysfunktionalität der kommunalen Ebene als wichtigster Ansprechpartner für die Bürger vor Augen geführt wird. Ein unhaltbarer Zustand“, so der Bundesvorsitzende.

Formal müsse dafür nur das Grundgesetz (Art. 28 Abs. 2) mit Leben erfüllt werden. Es gewährleistet den Kommunen das Recht, „alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln“. Dieses Recht gelte es wieder in den Mittelpunkt zu stellen. „Deshalb erwarten die Kommunalen der Union vom nächsten Wahlprogramm der Union ein klares Bekenntnis zu dieser Verantwortung des Bundes, um auch gegenüber den Bundesländern, der Europäischen Union und internationalen Institutionen die kommunale Selbstverwaltung zu erhalten und neue Freiräume zu erschließen.“

„Die Kommunen benötigen zur grundsätzlich garantierten Regelung aller Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft eine aufgabenangemessene auskömmliche Finanzausstattung, die insbesondere freiwillige Leistungen, die die Lebensqualität in den Kommunen steigern,

ermöglicht. Hieraus ergibt sich eine zwingende Beteiligung der Kommunen am gesamtstaatlichen Steueraufkommen. Die Union muss in Zukunft im Bund und den Ländern alle kommunalen Steuerquellen insbesondere solche mit Hebesatzrechten sowie die Einnahmen aus Abgaben und Gebühren langfristig garantieren“, heißt es in dem von der Delegiertenversammlung beschlossenen Vertrauenspakt.

Fehler beseitigen

Die Kommunalpolitiker von CDU/CSU erwarten, dass die Union in der nächsten Legislatur die „grundsätzlichen Konstruktionsfehler“ beseitigt. Rechtsansprüche durch Bundesgesetze dürften sich trotz Zustimmung der Länder nicht direkt an die Kommunen richten. Länder müssten Rechtsansprüche übernehmen und gegenüber ihren Kommunen vollumfänglich finanzieren. „Wir brauchen ein Moratorium der bestehenden Leistungsgesetze und Standardsetzungen der letzten Legislaturperioden: Wenn nachweislich Kommunen höhere Kosten durch die gesetzlichen Vorgaben des Bundes entstehen als

der Bund gemeinsam mit den Ländern tatsächlich erstattet, müssen diese Vorgaben bis zur Klärung der Finanzierung eingefroren werden. Konkret fordern wir die Aussetzung der bestehenden Rechtsansprüche auf Kinderbetreuung bis zur vollumfänglichen Finanzierung und die Aussetzung aller betreffenden zusätzlichen Baustandards.“

„Insbesondere die Sozialausgaben, die einen immer größeren Anteil an den Kommunalausgaben einnehmen, sind kostentreibend“, heißt es weiter. Sie stiegen insbesondere durch bundesgesetzlich vorgegebene Leistungsausweitungen sowie Standarderhöhungen und träfen den gesamten kommunalen Bereich durch die Umlagenfinanzierung der Gemeindeverbände. Dabei seien strukturschwache Kommunen in doppelter Hinsicht betroffen.

Verbot des Bundesdurchgriffs

„Die Union muss dafür sorgen, dass dieser Mechanismus in den kommenden Jahren durchbrochen wird. Das Verbot des Bundesdurchgriffs muss wieder geachtet werden. Wir wollen einen Sachverständigenrat beim Bundesfinanzministerium unter Beteiligung der Vertreter der hauptamtlichen und ehrenamtlichen Kommunalpolitik, der die bestehenden gesetzlichen Vorgaben bei den bestehenden Leistungsgesetzen hinsichtlich ihrer kommunalen Wirkungen untersucht und Vorschläge unterbreitet, wie echte Konnexität hergestellt werden kann“, machten die Kommunalpolitiker deutlich.

Aktuell hätten die Kommunen in der Gesetzgebung kaum eine Chance, Folgekosten realistisch abzuschätzen und Folgewirkungen nachzuvollziehen, weil die frühere „Ampelregierung“ den kommunalen Spitzenverbänden häufig – und nicht nur bei besonders eilbedürftigen Vorhaben – extrem kurze Fristen zur Abgabe von Stellungnahmen eingeräumt habe. Stellungnahmen entfalten keine Wirkung und neuerdings eingesetzte zusätzliche Bürgerräte höhlten nur die Demokratie aus.

Basierend auf den Jahresrechnungsergebnissen der kommunalen Haushalte hätten sich die Sozialausgaben innerhalb der vergangenen 20 Jahre mehr als verdoppelt. Die Ausgaben für Sachinvestitionen seien nur um ein Drittel gestiegen. Das Nettoanlagevermögen der Kommunen liege durchgängig im negativen Bereich, was deutlich zeigt, dass mehr Werte über Abschreibungen aufgezehrt werden als durch Investitionen neu geschaffen werden können. Die Kommunen lebten bei ihrer Infrastruktur seit Jahrzehnten von der Substanz; der auch von der KfW regelmäßig ermittelte Investitionsrückstau wachse kontinuierlich. Nicht zuletzt der Einsturz der Brücke in Dresden lege den Finger in die Wunde: „Um unser Land zukunftsfähig und wettbewerbsfähig zu halten, muss nicht nur ‚alte‘ Infrastruktur ersetzt, sondern vielmehr neue Infrastruktur insbesondere in den Bereichen Digitalisierung und Energie errichtet werden“, so die Forderung der Bundes-KPV.

Auch weist sie darauf hin, „dass die Kommunen und ihre Unternehmen einen wesentlichen Beitrag zur Klimaanpassung leisten und mehrere hundert Milliarden Euro in die Infrastruktur investieren müssen.“ Stadtwerke und kommunale Unternehmen benötigten für die notwendigen Investitionen zusätzliche Finanzierungswege oder mehr Eigenkapital, um etwa Strom- und Wärmenetze auszubauen, Gas- in Wasserstoffnetze umzubauen oder Ladesäulen für PKW zu errichten. Dadurch könnten die Ausschüttungen an die kommunalen Eigner – eine wesentliche

Einnahmequelle der kommunalen Haushalte – künftig geringer oder sogar ganz ausfallen. Die bisherige Finanzierung anderer Aufgaben, wie beispielsweise des öffentlichen Personennahverkehrs oder von Bädern, würde somit nicht mehr zur Verfügung stehen.

„Wir erwarten von der Union eine Lösung der Investitionsbremsen: Wir wollen schlankere Verfahren, geringe bürokratische Vorgaben und die Mobilisierung öffentlichen und privaten Kapitals. Wir schlagen dazu vor, einen Investitionsfonds zu errichten, der sich aus Anleihen, Rententrägern, Pensionskassen und Rücklagen der öffentlichen Hand speist und projektgebunden das notwendige Kapital den Kommunen anbietet.“

Gefordert wird überdies eine angemessene aufgabengerechte Beteiligung der Kommunen am gesamtstaatlichen Steueraufkommen und ein zusätzlicher Anteil am Aufkommen an der Umsatzsteuer. Zukünftige Mittel aus der Umsatzsteuer müssten unabhängig von der Wirtschaftskraft zum Ausgleich von Strukturschwäche verteilt werden.

Da aktuell bei der Grundsteuer ein nicht unerhebliches Einnahmerrisiko der Städte und Gemeinden bestehe, erwartet

die Bundes-KPV von der Union, das Risiko des Totalausfalls der Grundsteuer zu minimieren. „Wir wollen kurzfristig eine bundesgesetzliche Initiative, die es den Ländern ermöglicht, unabhängig vom bestehenden Grundsteuergesetz landesgesetzliche Grundsteuerregelungen zu erlassen und anzuwenden. Diese bundesgesetzliche Initiative greift die Länderöffnungsklausel des Grundsteuergesetzes auf und entzieht sie durch eine eigenständige bundesgesetzliche Grundlage dem laufenden Klageverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht. Auf diese Weise erhalten zumindest die Kommunen der Länder mit bestehenden vom Bundesgesetz abweichenden Grundsteuerregelungen größere Planungssicherheit.“

Neuausrichtung der Kommunalfinanzen

Mit Blick auf das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse gehe es bei der Neuausrichtung zukunftsfähiger Kommunalfinanzen auch darum, strukturelle Unterschiede zwischen den Kommunen zu berücksichtigen und auszugleichen. Förderprogramme von Bund, Ländern und EU erwiesen sich aufgrund der Aus-

gestaltung oftmals als kontraproduktiv, weil sie häufig nicht dort ankommen, wo der Bedarf am größten ist, sondern von strukturstarken Kommunen intensiv genutzt werden können, die zur Administration der Programme in der Lage sind. Insofern seien Förderprogramme zum Teil auch Ausdruck einer nicht auskömmlichen allgemeinen Finanzierung der Kommunen.

„Kommunaladressierte Förderprogramme des Bundes binden Mittel und Personal vor Ort. Sie blähen auch beim Bund den Personalbestand auf. Förderprogramme sind kompliziert konstruiert, so dass Kommunen Mittel nicht abrufen. Gerade struktur- und finanzschwache Kommunen haben oftmals weder ausreichend Personal zur Beantragung noch ausreichend Personal zur Umsetzung von Förderprogrammen.“ Diese entpuppten sich immer wieder als „Goldene Zügel“ und weckten Erwartungen bei den Bürgern, die langfristig nur schmergehalten werden könnten.

„Wir wollen Förderprogramme reduzieren, vereinfachen und zu 100 Prozent digital abwickeln. Wir wollen sie möglichst in der Städtebau- und Regionalförderung zusammenfassen. Dabei ist Städtebau- und Regionalförderung die zentrale Säule des Bundes, um für nachhaltigen Wohn-, Arbeits- und Lebensraum in Stadt und Land zu sorgen. Jeder staatlich gegebene Euro löst dabei sieben bis neun privatfinanzierte Euros aus. Bund und Länder müssen daher die Städtebau- und Regionalförderung dauerhaft auf einem hohen finanziellen Niveau halten, um die Kommunen langfristig bei der Anpassung an die demografischen, gesellschaftlichen und klimatischen Herausforderungen zu unterstützen.“

Das Sterben kommunaler Krankenhäuser sei für die Gesundheitsversorgung vor Ort ein alarmierendes Zeichen, heißt es weiter. Die Krankenhausreform der Bundesregierung sei gegen die Länder verhandelt worden, weswegen die Zukunft der örtlichen Gesundheitsversorgung ungewiss ist. Dabei bildeten kommunale Krankenhäuser das Fundament einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung in Deutschland, insbesondere mit Blick auf den Zivilschutz, auf die Notfallversorgung und auf eine immer älter werdende Gesellschaft. Deshalb seien auf Bundes- und Landesebene strukturfördernde Maßnahmen zu ergreifen, um den nachhaltigen Bestand der Versorgung zu sichern.

Standards auf den Prüfstand

In aller Regel seien die Kommunalverwaltungen diejenigen, die gesetzliche Standards von Bund und Ländern umsetzen müssen. Angesichts der angespannten Finanzlage, des Fachkräftemangels und einer überbordenden Bürokratie müssten diese Standards aber fachübergreifend auf den Prüfstand gestellt werden. Zudem solle beim Setzen künftiger Standards stärker berücksichtigt werden, was vor Ort leist- und umsetzbar ist. Zielführend könne es daher sein, die mit der Gemeindefinanzkommission begonnene Aufgabe der „Standard-Überprüfung“ wieder aufzunehmen.

Fazit: „Wir brauchen dringend wieder Wirtschaftswachstum und die Union als Zukunftsmotor: Wir müssen die Probleme unseres Landes deutlich benennen und realistisch pragmatische Lösungen anbieten. Der Schlüssel zur Stabilität, Funktionsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands liegt in den Kommunen. Wir machen Deutschland stark, wenn wir die Kommunen stärken. Wir können besser regieren.“ **DK**

Bayern fordert ...

(Fortsetzung von Seite 3)
Gegenzug die Erlöse je Behandlungsfall endlich ausreichend zu finanzieren. „Wir können es uns nicht mehr leisten, vermeidbare Behandlungen durchzuführen, die aber massiv unterfinanziert sind. Damit sind sowohl die Krankenhäuser als auch die Krankenkassen in einem dauerhaften Defizit und die Qualität der Versorgung wird so nicht besser. Darüber werden wir weiterhin mit den Krankenkassen, dem Freistaat und einer neuen Bundesregierung sprechen.“

Chance zur Korrektur der Krankenhausreform vertan

Der Deutsche Landkreistag kritisiert die Entscheidung des Bundesrates scharf, auf die Anrufung des Vermittlungsausschusses zur Krankenhausreform zu verzichten. „Das Vorhaben hätte noch gerettet werden können, diese Chance ist jetzt vertan. Die gravierenden Fehler der bisherigen Entwürfe hätten korrigiert und die Krankenhäuser stabilisiert werden können und müssen“, erklärt der Präsident des Deutschen Landkreistages, Landrat Dr. Achim Brötzel. „Jedenfalls muss es nun zu den ersten Amtshandlungen einer neuen Bundesregierung gehören, den dringend notwendigen Inflationsausgleich rückwirkend bis 2022 gesetzgeberisch auf den Weg zu bringen.“

Die Bundesratsdebatte sei sehr intensiv geführt worden. „Die Entlassung seiner Gesundheitsministerin durch Brandenburger Ministerpräsidenten Dietmar Woidke zeigt die Emotionen. Es belegt aber auch, dass der Bundesgesundheitsminister mit dem Kopf durch die Wand wollte und es versäumt hat, andere mitzunehmen“, so Brötzel weiter. Es stehe zu viel auf dem Spiel. „Dabei geht es nicht um missionarischen Eifer, sondern um die Menschen.“

Dadurch, dass die Krankenhausreform nun mit einem viel zu geringen Kostenausgleich für die Vergangenheit Gesetz werde, ändere sich die prekäre Lage vieler Kliniken gerade nicht. In den letzten zwei Jahren hätten bereits 48 Kliniken Insolvenz anmelden müssen. „Und das wird nicht das Ende der Fahnenstange sein, weitere Häuser werden folgen. Vor allem wird dies wieder einmal in erster Linie die

ländlichen Räume treffen. Deshalb gehört das ganz oben auf die politische Agenda ab dem 23.2.2025.“

Es gehe um die Defizite, die seit 2022 aufgelaufen seien. „Gemessen an diesem Bedarf war und ist das Angebot des Bundes unzureichend. Denn es stellt lediglich Hilfe für das laufende Jahr in Aussicht. Das reicht nicht. Dadurch werden nur kleine Teile der seit Jahren aufgelaufenen Finanzierungslücken abgedeckt“, so Brötzel.

Im Übrigen bleibe die Krankenhausreform eine Black Box – ohne Wirkungsanalyse und damit eine klare Vorstellung darüber, was sie bewirken werde. „Seit Beginn des Verfahrens fragen wir den Bundesgesundheitsminister, was die vorgeschlagenen Maßnahmen konkret für die Landkreise und ihre Krankenhäuser bedeuten. Aber diese für ein Gesetzgebungsprojekt solchen Ausmaßes wesentliche Informationen wurden uns vorenthalten. Diese Geheimniskrämerei lässt nicht davon ausgehen, dass für die Landkreise irgendetwas besser wird.“ Ganz im Gegenteil zeige eine aktuelle Studie der Vebeto GmbH, dass die Reform nicht die Existenz der ländlichen Krankenhäuser sichern könne, wie es der Bundesgesundheitsminister immer wieder versprochen habe. Diese Kliniken haben nach dem klaren Studienbefund im neuen Finanzierungssystem keine Chance, ihre Erlösverluste durch den Wegfall einzelner komplexerer Behandlungsangebote zu kompensieren.

In der Fläche könne man sich aber keine weiteren negativen Strukturveränderungen leisten, die zu einer drastischen Verschlechterung der Patientenversorgung führen würden, so der DLT-Präsident weiter. „An den wesentlichen Kritikpunkten der kommunalen Ebene hat sich in den vergangenen Monaten und Jahren nichts geändert.“ Es gebe in den ländlichen Räumen sehr leistungsfähige Häuser, die fachlich in der Lage seien, zusätzliche medizinische Leistungen zu übernehmen. „Die Reform darf nicht dazu führen, dass solche Häuser geschlossen werden und die Menschen auf Spezialbehandlungen in einer Großstadt verwiesen werden. Genau das droht seit dem heutigen Tage aber ganz real.“ **DK**

Pragmatismus heißt ...

(Fortsetzung von Seite 1)
für Schulen, Schülerinnen und Schüler“, fuhr der Verbandschef fort. Tablets und Laptops müssten laufend ersetzt werden. Auch die IT-Infrastruktur für zuverlässige Netzwerke sei weiter zu finanzieren. „Wenn das nicht passiert, besteht die Gefahr, dass die digitale Ausstattung der Schulen sogar wieder zurückgebaut wird. Damit würden sich vor allem die Bildungschancen von Schülerinnen und Schülern aus ärmeren Haushalten wieder verschlechtern.“

Schuchardt wird neuer Hauptgeschäftsführer

Der Deutsche Städtetag hat die Weichen für den Wechsel in der hauptamtlichen Spitze des Verbandes gestellt. Christian Schuchardt, seit 2014 Oberbürgermeister der Stadt Würzburg, wurde einstimmig zum künftigen Hauptgeschäftsführer des Kommunalverbandes bestimmt. Er tritt sein Amt zum 1. Juli 2025 an und folgt so dem langjährigen Hauptgeschäftsführer Helmut Dedy, der 2025 in Ruhestand geht. **DK**

Mit Blick auf den noch fehlenden Bundeshaushalt 2025 sorgen sich die Städte zudem um Fördermittel des Bundes, für die bereits ein Förderbescheid vorliegt, aber noch keine Gelder geflossen sind. Besonders kritisch wäre ein Wegbrechen dieser Fördermittel für den Ausbau der Wärmenetze und die Sanierung öffentlicher Gebäude. Dafür benötigten sie Investitions- und Planungssicherheit. Der Ausfall von Fördermitteln und längere Ungewissheit, wie es weitergeht, wären deshalb Gift für die Wärmewende. Denn Fernwärme-Projekte würden so unter Umständen gar nicht erst begonnen. Lewe forderte deshalb von allen Parteien im Bundestag „das glasklare Bekenntnis, dass sich die Städte auch nach der Neuwahl auf zugesagte Fördermittel und die Finanzzusagen des Bundes verlassen können – ganz gleich wer die neue Bundesregierung stellt.“

Überdies fordern die Städte bereits jetzt eine neue Bundesregierung und die Länder dazu auf, für die weitere Digitalisierung der Arbeit in den Gesundheitsämtern Planungssicher-

heit zu schaffen. Benötigt werde eine Anschlussfinanzierung, wenn der „Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst“ 2026 ausläuft; andernfalls blieben begonnene Digitalisierungsprozesse auf halber Strecke stecken.

Wie Städtetags-Vizepräsidentin, Oberbürgermeisterin Katja Dörner (Bonn), darlegte, „haben die Gesundheitsämter in den Städten mit großem Engagement die Corona-Pandemie gemeistert“. Viele sinnvolle Digitalisierungsprojekte seien mit dem „Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst“ angestoßen worden; zudem habe man zusätzliches Personal eingestellt. Allerdings gingen die Aufgaben der Gesundheitsämter weit über den reinen Infektionsschutz hinaus. Die Mitarbeiter gingen beispielsweise in Schulen, Kitas und Pflegeheimen und leisteten dort präventive Arbeit. Sie bereiteten Schutzmaßnahmen vor für immer häufiger werdende Hitzewellen. Zudem vernetzten sie alle Beteiligten der Gesundheitsversorgung und Suchtberatung.

Wenn der in Corona-Zeiten vom Bund aufgesetzte „Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst“ mit insgesamt 800 Millionen Euro im Jahr 2026 ersatzlos enden würde, verlören die Gesundheitsämter nicht nur qualifiziertes Personal, sondern es stehe auch die weitere Digitalisierung auf dem Spiel, betonte Dörner.

Konkret fordern die Städte von Bund und Ländern, mit den kommunalen Spitzenverbänden ein Zukunftsbild für die Digitalisierung der Gesundheitsämter zu erstellen. Das bisherige Leitbild für das „Digitale Gesundheitsamt 2025“ zielt vor allem auf den Infektionsschutz und greife zu kurz. Zudem müssten zusammen mit den Kommunen einzelne digitale Musterprozesse erarbeitet und bereitgestellt, Standards für den Informations- und Datenaustausch erarbeitet, für laufende Digitalisierungsprojekte auch über 2026 hinaus eine Anschlussfinanzierung sichergestellt, etablierte Netzwerke und Austauschformate von Kommunen mit Landes- und Bundesbehörden weiterentwickelt und ein gemeinsames strukturiertes Wissensmanagement für bundesweit angewandte Verfahren, Normen und Best Practices im Öffentlichen Gesundheitsdienst etabliert werden. **DK**

Verkehrsfluss auf der A99 soll verbessert werden:

Sanierung des Allacher Tunnels

Seit den 1990er Jahren fließt der Verkehr auf der A99 im Münchner Nordwesten durch den Tunnel Allach. Die Bauarbeiten wurden 1996 begonnen und 1998 beendet. Gekostet hat das Bauwerk damals 264 Mio. DM. Bald 30 Jahre später steht nun eine umfassende Sanierung an. Die Autobahn Südbayern hat im April 2024 den Planfeststellungsbeschluss für das Projekt „Sanierung Tunnel Allach und temporäre Seitenstreifenfreigabe“ von der zuständigen Regierung von Oberbayern erhalten. Damit ist das Projekt genehmigt und mit den Bauvorbereitungen kann begonnen werden. Die Kosten der Sanierung betragen schätzungsweise mind. 200 Mio. Euro und bis 2035 könnte die Tunnelsanierung abgeschlossen sein. Es wird mit einer Bauzeit (ohne Planungszeit) von 8 Jahren gerechnet. Das Projekt hatte im Bundesverkehrswegeplan 2015 die Dringlichkeitskategorie „Vordringlicher Bedarf“; Projekte dieser Kategorie sollten bis 2030 begonnen sein. Unmittelbar von den Baumaßnahmen betroffen ist der an die Landeshauptstadt München angrenzende Landkreis Dachau. Auch wenn die Bauzeit den Landkreis auf eine hohe Belastungsprobe stellen wird, sagt Dachaus Landrat Stefan Löwl im Gespräch mit der Bayerischen Gemeindezeitung, dass diese Sanierung alternativlos sei.

GZ: Der teils sehr ländlich und teils sehr städtisch geprägte Landkreis Dachau befindet sich in unmittelbarer Nachbarschaft zur Landeshauptstadt. In Bezug auf Mobilität, was sind die wichtigsten Diskussionspunkte im Landkreis?

Stefan Löwl: Der Landkreis Dachau gehört zu den am stärksten wachsenden Regionen in Bayern. Mit einem kontinuierlichen Zugang steigt auch die Nachfrage nach einer gut ausgebauten Infrastruktur, die den Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht wird, denn die Mobilitätsbedürfnisse ändern sich kontinuierlich. Um diesen Bedarf zu decken, brauchen wir natürlich eine Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs. Allerdings sind das Projekte, welche noch lange nicht fertig werden. Stichworte sind hier „Stellwerk Ost“, „DB-Nordring“ sowie „Zweite Stammstrecke“, von der wir uns einiges an Entlastung, insbesondere aber Stabilität erwarten. Momentan haben wir keinerlei Redundanzen, was das System anfällig und unzuverlässig und damit für den Nutzer unattraktiv macht. Um die Mobilität im Landkreis Dachau langfristig sicherzustellen, sind daher weitere Investitionen in die Infrastruktur notwendig. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Region auch weiterhin attraktiv und wirtschaftlich erfolgreich bleibt.

GZ: Welche Bedeutung hat der Tunnel Allach für den Landkreis Dachau?

Löwl: Für die Landkreisbewohner selbst spielt der Tunnel eine eher untergeordnete Rolle, da diese die Durchfahrt durch den Tunnel vermeiden und meist andere Routen nutzen; abhängig wohin man möchte. Für viele andere Autofahrer und auch für den Schwerlastverkehr ist der Allacher Tunnel jedoch das entscheidende Nadelöhr, vor allem zu den großen Arbeitgebern im Münchener Norden sowie zu anderen wichtigen Zielen wie dem Flughafen oder auch der Allianz Arena. Ist der Tunnel gesperrt, kommt es zu Ausweichverkehr, der bis über Sulzemoos und Haimhausen hinaus reicht und alle umliegenden und untergeordneten Straßen stark belastet. Bevor der Tunnel gebaut wurde, gab es auf der B471 auch sehr häufig z.T. äußerst schwere Unfälle. Hier hat der Tunnel entscheidend zur Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer beigetragen! Daher ist es umso wichtiger, dass der Tunnel reibungslos funktioniert, um diese positiven Effekte für die Region zu erhalten und den Verkehr sicherer zu machen.

GZ: Wie wird sich der Verkehr entwickeln?

Löwl: Der motorisierte Individualverkehr im Landkreis Dachau geht aktuell leicht zurück: Vor der Corona-Pandemie fuhren bspw. täglich etwa 44.000 Fahrzeuge auf der B304 durch Karlsfeld – hier sind Unternehmen wie MAN und MTU ansässig und es ist die Hauptverbindung nach München – heute sind es knapp un-

ter 40.000. Gründe dafür sind u.a. Homeoffice und die Vier-Tage-Woche, aber leider auch der allgemeine wirtschaftliche Abschwung. Doch es ist anzunehmen, dass das Verkehrsaufkommen im Großraum München künftig wieder zunehmen wird, im Münchner Westen spielen hier auch neue Wohngebiete wie Freihaim eine Rolle.

Kapazität am Limit

GZ: Warum muss der Tunnel jetzt saniert werden?

Löwl: Rund 132.000 Fahrzeuge nutzen den Tunnel Allach an einem typischen Werktag, am Wochenende etwas weniger. Zum Vergleich: Der bayerische Autobahn-Durchschnitt lag 2018 bei etwa 50.000 Fahrzeugen pro Tag. Damit zählt der Tunnel Allach auf dem Münchner Nordring zu den am stärksten befahrenen Strecken Bayerns und Deutschlands.

VDV-Präsidiumssitzung:

Branche benötigt Planungssicherheit

In seiner turnusmäßigen Sitzung hat das Präsidium des Verbands Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) in Brüssel an die Fraktionen im Deutschen Bundestag appelliert, bis zur Auflösung des Deutschen Bundestags einen Nachtragshaushalt für 2024 und einen Bundeshaushalt für 2025 zu beschließen.

„Wir brauchen Klarheit und Planungssicherheit für die Branche und für unsere Kundinnen und Kunden. Ziel muss es sein, dass die Fraktionen nun die wichtigsten, bereits begonnenen Gesetzgebungsvorhaben im Verkehrsbereich noch innerhalb der laufenden Legislaturperiode beschließen“, betonte der wiedergewählte VDV-Präsident Ingo Wortmann, der auch Vorsitzender der Geschäftsführung der Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG) ist.

Deutschland-Ticket

Konkret müsse der Gesetzentwurf zur 10. Änderung des Regionalisierungsgesetzes umgesetzt werden, mit dem die Überjährigkeit der Mittel für das Deutschland-Ticket von 2023 bis 2025 hergestellt werden soll. Für die abschließenden Beratungen des Gesetzentwurfs fordert der VDV folgende Anpassungen:

1. Streichung des Enddatums 31. Dezember 2025. Damit wird sichergestellt, dass es das Deutschland-Ticket und die Bundesmittel in Höhe von 1,5 Mrd. Euro pro Jahr über das Jahr 2025 hinaus gibt.
2. Streichung der haushaltskonsolidierenden Maßnahme zur Verschiebung der Auszahlung von 350 Mio. Euro an Regionalisierungsmitteln für das Jahr 2025 auf 2026.

Zudem sei das im Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2025 angelegte Mittelvolumen für die Bundesschiene durch einen Haushaltsbeschluss oder im Rahmen der vorläufigen

In Spitzenzeiten, meist morgens und abends, durchfahren bis zu 10.000 Fahrzeuge pro Stunde beide Röhren, wobei der Lkw-Anteil werktags knapp 15 Prozent beträgt – im bayerischen Schnitt. Mit seiner sechsspurigen Kapazität von 115.000 Fahrzeugen ist der Tunnel bereits jetzt am – in den Hauptverkehrszeiten oft auch schon über – dem Limit.

Ein zentrales Element der geplanten Sanierung ist die Ertüchtigung und auch im Allacher Tunnel die „temporäre Seitenstreifenfreigabe“ zu ermöglichen: Zwischen den Autobahndreiecken München-Allach und München-Feldmoching sollen künftig auch die Seitenstreifen für den Verkehr genutzt werden, sodass in den Stoßzeiten insgesamt vier Fahrstreifen je Fahrtrichtung zur Verfügung stehen. Damit wird die A99 auch im Tunnel für das steigende Verkehrsaufkommen besser gewappnet sein und Staus könnten reduziert werden.

GZ: Acht Jahre Bauzeit, was ist geplant und mit welchen Einschränkungen ist zu rechnen?

Löwl: Im Allacher Tunnel werden die Betonwände, -decken und -böden sowie die Sicherheitssysteme erneuert und die Seitenstreifen für eine dauerhafte Nutzung ertüchtigt. Ziel ist es, den Verkehr flüssiger und damit auch emissionsärmer zu gestalten. Der Bau soll in zwei Phasen erfolgen: In der ersten, voraussichtlich dreijährigen Phase bleiben beide Röhren offen, jedoch mit verengten Spuren. In der zweiten Phase, welche wohl vier bis fünf Jahre dauern wird, soll jeweils eine Röhre gesperrt werden, während der Verkehr auf je-

weils zwei Spuren durch die andere Röhre geführt wird.

Wichtige Maßnahmen umfassen dabei auch die Modernisierung der Brandbekämpfung, eine neue Kabelbrücke über die Würm und eben die Möglichkeit zur temporären Freigabe des Seitenstreifens; inkl. der dafür nötigen Signalisierungs- und Überwachungstechnik. Außerdem sind Naturschutzflächen entlang der Strecke und Ausgleichsmaßnahmen in Krailling mit eingeplant.

Es gibt keine Alternative

Da der Tunnel dringend saniert werden muss, gibt es zu den Maßnahmen auch keine Alternative. Als ein zentrales Nadelöhr ist er heute schon stauanfällig und eine Kapazitätserweiterung daher auch dringend notwendig. Um die Verkehrsströme in und durch den Landkreis Dachau sowie in der Landeshauptstadt während der Sanierungszeit zu steuern, suchen wir gemeinsam mit allen Akteuren und im Dialog mit Arbeitgebern und den anliegenden Kommunen nach Lösungen, um Stau und Schleichverkehre zu reduzieren. Gedacht wird hier etwa an angepasste Schichtzeiten bei den großen Arbeitgebern im Münchener Norden, aber auch an Autobahn-Abfahrverbote, ähnlich denen rund um Kufstein. Wichtig ist, dass die innerörtlichen und lokalen Verkehre auch während der Bauzeit funktionieren und insbesondere die zahlreichen Buslinien nicht gemeinsam mit den Autos im Stau stehen.

GZ: Mit welchen Folgen aus der Sanierung wird im Landkreis gerechnet?

Löwl: Während der Bauzeit wird – wie bereits gesagt – der Umgehungsverkehr im ganzen südlichen Landkreis zunehmen. Nach Projektabschluss kann der



Landrat Stefan Löwl.

Bild: Landratsamt Dachau / Veronika Plajer

Tunnel dann bis zu 25 Prozent mehr Verkehr bewältigen, was durch flüssigeren Verkehr zu weniger Stau, Lärm und Schadstoffen sowie zu einer besseren Luftqualität und vielleicht sogar zu einer Entlastung der Bundes- und Staatsstraßen im Landkreis Dachau führen wird.

Parallel geplante Verkehrsprojekte wie das sog. Kleeblatt an der Autobahnanschlussstelle Oberschleißheim und der vierspurige Ausbau der B471 mit einer anschließenden Ostumfahrung von Dachau werden erst nach der Tunnelsanierung fertiggestellt sein.

GZ: Der Tunnel ist von 1996. Das sind keine 30 Jahre. In Zeiten klammer Kassen, können wir uns die Pflege und Instandhaltung und ggf. den Ausbau unserer Alt-Infrastruktur überhaupt leisten?

Löwl: Wir müssen. Eine funktionierende Infrastruktur ist die Basis unserer Gesellschaft, sowohl

wirtschaftlich aber eben auch sozial und kulturell. Sie ermöglicht und sichert die Lebensqualität, welche wir schätzen. Pendlerverkehr ist Wirtschaftsverkehr – er sorgt dafür, dass Menschen zur Arbeit kommen und Unternehmen produktiv bleiben. Und auch die Wirtschaftsverkehre sind für uns existenziell. Mobilität ist unverzichtbar für unsere Lebensart und unseren Wohlstand. Damit wir aber mobil sein können, muss die zentrale Infrastruktur – sowohl die Straße wie auch die Schiene – verlässlich sein.

Dass wir aufgrund der aktuellen Situation in Berlin und den fehlenden Haushaltsmitteln aktuell noch nicht wissen, wann diese und viele andere dringende Maßnahmen umgesetzt werden, macht mir ernste Sorgen. Ein ungeplanter „Ausfall“ des Allacher Tunnels wäre für die Region München eine Katastrophe.

GZ: Vielen Dank für das Gespräch! CH

Der Freistaat Bayern macht's möglich.

**MOBY
DRAUF.
BAYERN
DRIN!** GANZ BAYERN
IN DEINER
MOBILITÄTS-APP

Jetzt App downloaden und losfahren!

Laden im App Store Google Play

Bahnland Bayern
BRINGT DICH VORWÄRTS

Zuschuss zur Entgeltumwandlung

Ein Gastbeitrag von Kerstin Ippisch, Referatsleiterin Marketing und Kommunikation
Kommunales Versorgungswesen, Bayerische Versorgungskammer

Der kommunale Arbeitgeberverband Bayern hat im Juni 2023 per Beschluss seinen Mitgliedern die Möglichkeit eröffnet, freiwillig einen zusätzlichen Arbeitgeberzuschuss zur Entgeltumwandlung zu leisten. Dies führt dazu, dass die Kommunen in Bayern einen Zuschuss auf Grundlage des § 1a Abs. 1a BetrAVG zur Entgeltumwandlung zahlen können. Der Zuschuss kann für diejenigen Beschäftigten gezahlt werden, bei denen sich für den Arbeitgeber durch eine Entgeltumwandlung eine Ersparnis bei den Beiträgen zur Sozialversicherung ergibt.

Damit wird die Entgeltumwandlung sowohl für die Beschäftigten als auch für die kommunalen Arbeitgeber noch interessanter – eine echte „win-win-Situation“. Die Beschäftigten im kommunalen öffentlichen Dienst in Bayern profitieren zwar bereits jetzt von einer durch den Arbeitgeber finanzierten Betriebsrente aus der BVK Zusatzversorgung, die sie automatisch alleine durch die Finanzierung des Arbeitgebers erhalten. Damit stehen sie schon mal vergleichsweise gut da. Gleichwohl ist eine weitere Komponente als zusätzliche freiwillige Altersvorsorge unabdingbar, um die finanzielle Situation der Beschäftigten weiter zu verbessern.

nalen Arbeitgeber ein wirkungsvolles Instrument für die Gewinnung und Bindung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern an der Hand – in Zeiten des Arbeitskräftemangels ist das ein absoluter Wettbewerbsvorteil. Durch die Entgeltumwandlung ihrer Mitarbeiter erzielen die Arbeitgeber eine Sozialversicherungsersparnis von in der Regel etwas über 20 Prozent des Bruttolohns. Wenn man einen Teil dieser Ersparnis an die Beschäftigten weitergibt, unterstreicht das die Wertschätzung der Mitarbeiter.

In Bayern haben bereits mehrere – darunter auch große – Kommunen den Zuschuss zur Entgeltumwandlung eingeführt.

Praktische Umsetzung

Um den Zuschuss zur Entgeltumwandlung einzuführen, gibt es zwei grundsätzlich mögliche Vorgehensweisen:

Wertschätzung für die Mitarbeiter

Mit dem Zuschuss zur Entgeltumwandlung haben die kommu-

• **Aufstockung:** Der Zuschuss wird dem bereits bestehenden Beitrag des Beschäftigten hinzugeschlagen. Das heißt: Der Beschäftigte wandelt gleich viel Entgelt um, zahlt aber mehr in seinen Vertrag ein.

• **Anrechnung:** Der Zuschuss wird in den bereits bestehenden Beitrag so hineingerechnet, dass dieser sich nicht verändert. Das heißt: Der Beschäftigte wandelt weniger Entgelt um, zahlt aber genau so viel in seinen Vertrag ein.

Unterstützung für interessierte Arbeitgeber

Die meisten der bayerischen Kommunen haben die BVK Zusatzversorgung als Anbieter für die Entgeltumwandlung zugelassen. Das diesbezügliche Produkt der BVK Zusatzversorgung heißt „PlusPunktRente als Entgeltumwandlung“.

Viele bayerische Kommunen haben Beschäftigte, die in eine PlusPunktRente als Entgeltumwandlung einzahlen. Die BVK Zusatzversorgung kann diese Mitglieder bei der Einführung des Arbeitgeberzuschusses zur Entgeltumwandlung praktisch unterstützen. □

Dell Technologies, Fujitsu, Hewlett Packard Enterprise (HPE) und Lenovo – wurde das Instrument der Konditionsvereinbarung für die Kommunen in Deutschland offiziell gestartet. Weitere Hersteller werden folgen, um das Angebot auszubauen.“

„ProVitako erwirtschaftet durch die Bündelung von Vergaben erhebliche Preisvorteile für ihre Mitglieder und deren Träger. Damit schafft sie bereits heute ein Einsparpotential im dreistelligen Millionenbereich“, erklärte Karl-Josef Konopka, Vorstandsmitglied von ProVitako.

Großer Nutzen bei Individualbeschaffungen

„Die Konditionsvereinbarung ist eine Vereinbarung zwischen ProVitako und IT-Herstellern. Diese sieht einen Herstellerrabatt vor, der höher ausfällt als die bisher durch die Handelspartner gegebenen Angebotsrabatte. Damit schafft die ProVitako auch einen großen Nutzen bei Individualbeschaffungen“, hob Jürgen Abelschäuser, Vorstandsvorsitzender von ProVitako hervor.

„Für die vier Hersteller bietet



In Kooperation mit der Datev eG

ABC Arbeitsplatz Kommune: Mehr Sicherheit mit digitalen Datenanalysen

In einer zunehmend digitalisierten Welt sind IT-Systeme und digitale Prozesse in öffentlichen Verwaltungen und kommunalen Betrieben unverzichtbar geworden. Die digitale Transformation bedingt prozessuale Veränderungen mit dem Ziel, dass moderne Kommunen ein digitales Dienstleistungsangebot bereitstellen können. Die damit einhergehende zunehmende Abhängigkeit von technischen Systemen bringt gleichzeitig eine Fülle an digitalen Daten mit sich. Neben allem Nutzen und Komfort für die kommunalen Abläufe und die Interaktion mit den Bürgerinnen und Bürgern sind mit diesen riesigen Datenmengen leider auch Risiken verbunden. Technische Sicherheitslücken, fahrlässiger Umgang mit sensiblen Daten oder Fehlverhalten von Beschäftigten können zu Problemen führen, beispielsweise beim Thema Datenschutz.

Doch auch für diese Herausforderungen, gibt es wiederum digitale Werkzeuge, die Abhilfe schaffen. So lassen sich über digitale Datenanalysen derartige Gefahren frühzeitig erkennen und vermeiden. Aussagekräftige und sichere Analysehandlungen sind eine wichtige Präventivmaßnahme, um einen hochwertigen Datenbestand sicherzustellen. Dies führt sowohl zu einer optimierten Wirtschaftlichkeit der Dienstleistungen im kommunalen Bereich als auch zu einer Stär-

kung des Vertrauens der Bürgerinnen und Bürger in die Kommune.

Eine probate Software für eine solche gründliche Analyse ist beispielsweise DATEV Datenprüfung. Sie unterstützt wirkungsvoll bei der laufenden Qualitätssicherung von Vor- und Hauptsystemen, der unterjährigen, zeitnahe oder auch präventiven Aufdeckung von Sicherheitslücken und gewährleistet eine revisions- und fälschungssichere Verarbeitung der Daten. Auch komplexe Sachverhalte lassen sich damit schnell und transparent darstellen.

Strategien für die Zukunft

Über die Analyse von Vor- und Hauptsystemen werden Zusammenhänge, Abhängigkeiten und Ungereimtheiten der in der Stadt, der Gemeinde oder im kommunalen Betrieb vorhandenen Daten schnell transparent gemacht. Fehler oder Manipulationen lassen sich somit rechtzeitig erkennen und so drohende finanzielle Schäden oder Reputationsprobleme abwenden. So hilft das Werkzeug insgesamt dabei, aus großen Datenmengen zuverlässige Informationen zu gewinnen, sie transparent aufzubereiten, Risiken zu minimieren und abgeleitet aus den Ergebnissen Strategien für die Zukunft entwickeln.

Weitere Informationen unter: www.datev.de/datenpruefung □

Konditionsvereinbarungen der ProVitako:

Bundesweite Entlastung kommunaler Haushalte

Auf ihrer Pressekonferenz in Berlin stellte ProVitako e.G. ein neues Instrument vor: Die Konditionsvereinbarung. Sie ermöglicht allen deutschen Kommunen den Zugang zu einheitlichen Herstellerrabatten. Der Startschuss wurde von den IT-Herstellern Dell Technologies, Fujitsu, HPE und Lenovo für deren Server und Storage-Portfolio gesetzt. Das Ziel der ProVitako ist es, eine Entlastung der kommunalen Haushalte zu erreichen. Durch den Abschluss dieser und weiterer Konditionsvereinbarungen sowie gezielter Bedarfsbündelungen sollen zukünftig Einsparungen von jährlich bis zu 100 Millionen Euro möglich werden.

Mehr als 50 Prozent der kommunalen IT-Beschaffungen in Deutschland werden derzeit noch durch individuelle Vergabeentscheidungen am Markt platziert. Dadurch entgehen den Kommunen Volumenrabatte, die bei einer Bündelung von Beschaffungen erreicht werden können.

Einheitliche Konditionen

ProVitako hat sich zum Ziel gesetzt, auch hier Beschaffungen zu besseren Konditionen zu ermögli-

chen. Analog zum bereits seit Jahren praktizierten Vorgehen des BMI, Konditionsvereinbarungen mit Microsoft zu verhandeln, hat ProVitako den Weg mit IT-Herstellern zu einheitlichen Konditionen für die Zielgruppe Public Sector Kommunal umgesetzt.

Durch eine einfache Akkreditierung bei ProVitako erhalten Kommunen Zugang zu Herstellerrabatten, die gleichmäßig in die Angebote bei allen Anbietern einfließen.

Mit den ersten vier Partnern –

die Konditionsvereinbarung verschiedene Vorteile: eine erhebliche Kosten- und Zeitersparnis, bessere Planungssicherheit sowie eine Automatisierung von wichtigen Teilen des Beschaffungsprozesses“, erklärte Kevin Illg, ISG Sales Manager Lenovo Deutschland. „Insgesamt können dadurch in der Beschaffung attraktive Preise realisiert werden, eine Win-Win-Situation für alle Beteiligten“.

Innovativen Initiative

„Die Einführung der Konditionsvereinbarung markiert einen bedeutenden Schritt, um deutsche Kommunen bei der Optimierung ihrer IT-Beschaffung zu unterstützen. Durch diese Herstellerrabatte können sie ihre Haushalte entlasten und mehr finanzielle Spielräume schaffen. Wir bei Dell Technologies sind stolz darauf, Teil dieser innovativen Initiative zu sein.“, führte Stefan Tettenborn von Dell Technologies aus.

„Die Aufgabe der IT-Unternehmen ist es, die Kommunen in die Lage zu versetzen, tiefer in zukunftsgerichtete Themen einzusteigen. Dabei werden KI-basierte Prozesse der Schlüssel sein, um Arbeitsprozesse zu optimieren und die Arbeitsplätze der Zukunft

zu gestalten. Dabei geht es immer um DSGVO-konforme Infrastrukturen, die in bestehende Systeme integriert werden können, dies ist eine Grundvoraussetzung, für den Einsatz neuer Technologien wie künstliche Intelligenz.“, betonte Sebastian Stadler, Hewlett Packard Enterprise (HPE).

Klare Vision

„Als VITAKO gegründet wurde, hatten wir die klare Vision, den Kommunen nicht nur als Partner zu helfen, sondern ihnen im Bereich Beschaffung einen echten Mehrwert zu bieten. ProVitako ist somit nicht nur eine Einkaufsgenossenschaft, die 2007 aus VITAKO hervorging, sondern eines der Kernstücke unserer VITAKO Mission, Kommunen in ihrem Streben nach digitaler Exzellenz zu unterstützen.“, führte Lars Hoppmann, Geschäftsführender Vorstand von VITAKO aus.

Die Konditionsvereinbarung ist ab sofort für alle deutschen Kommunen nutzbar. Interessierte Kommunen können sich auf der Webseite der ProVitako provitako.de oder direkt mit dem Link: kv.provitako.de die Akkreditierungsunterlagen anfordern, um von den Rabatten zu profitieren. □

Eine Fachkraft mehr auf 1.000 Hektar Wald

Forderung der Forst Gewerkschaft IG Bau

Zur Vorstellung der neuen Bundeswaldinventur durch Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir erklärt der Forst-Experte der IG Bauen-Agrar-Umwelt, IG BAU-Vize-Chef Harald Schaum:

„Der Zustand des Waldes hängt ganz wesentlich auch davon ab, wie viele Menschen sich um ihn kümmern. Je mehr Personal im Forst, desto besser die Pflege des Waldes. Als Faustregel gilt: Deutschland braucht eine Fachkraft mehr auf 1.000 Hektar Wald.“

11.000 Forstbeschäftigte zusätzlich nötig

Für die bundesweit rund 11,4 Millionen Hektar Wald wären damit rund 11.000 Forstbeschäftigte zusätzlich nötig. Hier dürfte insbesondere auch der Staat bei seinem Forst nicht länger auf die Personalbremse treten, führt Schaum weiter aus. □

Ganz Bayern – bei Ihnen zuhause.

www.tvbayernlive.de

SPORT

KULTUR

POLITIK

WETTER

LOKALE NACHRICHTEN

GESELLSCHAFT

WIRTSCHAFT

IHR LOKALER NACHRICHTEN-SENDER

Samstag, 17.45 Uhr auf RTL und per Satellit auf RTL FS

Sonntag, 17.00 Uhr bei Augsburg TV & allen Regionalprogrammen in Bayern

Alle Sendungen in der TV Now Mediathek

Qualität im Kanalbau sichern:

Verantwortung für die Infrastruktur von morgen

Wie die Gütesicherung Kanalbau RAL-GZ 961 hilft, Fachkompetenz zu fördern, Bauqualität zu sichern und langfristig in nachhaltige Infrastrukturen zu investieren

Das bayerische Wasserleitungsnetz ist über 115.000 Kilometer lang, rund 106.000 Kilometer die öffentlichen Abwasserkanäle. 97 Prozent der Haushalte in Bayern sind an das öffentliche Kanalnetz angeschlossen, mehr als 2.100 kommunale Abwasserentsorger für die Entsorgung der Abwässer zuständig. Wie in den anderen Bundesländern gilt auch in Bayern: Die Leitungsnetze der Wasserver- und Abwasserentsorgung sind oftmals der größte Vermögenswert einer Gemeinde. Ihre Instandhaltung ist enorm wichtig, damit diese wertvolle kommunale Infrastruktur für die Bürgerinnen und Bürger auch in Zukunft zur Verfügung steht und bezahlbar bleibt. Doch was muss getan werden, um diese Netze zu erhalten und wie lassen sich die zur Verfügung stehenden Mittel möglichst effizient einsetzen? Insbesondere aus Verantwortung gegenüber nachfolgenden Generationen sind wir gehalten, das Kanalnetz weitsichtig zu bewirtschaften. Ein Sanierungsstau wie bei den Brücken in Deutschland hätte verheerende Folgen. Entscheidende Bedeutung sowohl für das kurzfristige Ergebnis als auch für die künftige Entwicklung des Substanzwertes des Netzes kommt deshalb nicht zuletzt der Qualität der Ausführung zu. Vor diesem Hintergrund ist es eine gute Sache, dass es Instrumente wie die Gütesicherung Kanalbau gibt, die bei der anspruchsvollen Aufgabe helfen, qualifizierte und fachlich geeignete Partner für die jeweilige Maßnahme zu finden. Zur Bedeutung der Gütesicherung Kanalbau sowie den zentralen Begriffen Qualität und Qualifikation äußern sich Dipl.-Ing. MBA Ulf Michel, Vorstandsvorsitzender der Gütegemeinschaft Güteschutz Kanalbau und ihr Geschäftsführer, Dr.-Ing. Marco Künster, im Interview.

GZ: Herr Dr. Künster, Herr Michel, mit der Gütesicherung Kanalbau RAL-GZ 961 hat sich ein System etabliert, das zur Prüfung der technischen Leistungsfähigkeit von Bietern im Vergabeverfahren und damit der Qualität im Kanalbau dient. Wie beschreiben Sie diese Aufgabe?

Marco Künster: Neben der Prüfung von Antragstellern und Gütezeicheninhabern auf Erfüllung der Güte- und Prüfbestimmungen sowie der Verleihung des Gütezeichens zählt die Erarbeitung eines – zwischen Auftraggebern, Ingenieurbüros und Auftragnehmern abgestimmten – Anforderungsprofils zur Bewertung der Bieterleistung zu den Aufgaben der Gütegemeinschaft Kanalbau. In den Güte- und Prüfbestimmungen finden sich detaillierte Anforderungen an die Fachkunde, technische Leistungsfähigkeit und technische Zuverlässigkeit der Bieter sowie an die Dokumentation der Eigenüberwachung. Ausführliche Unternehmen belegen ihre Qualifikation mit einem Gütezeichen zu einer oder mehreren Beurteilungsgruppen (AK1, AK2, AK3, VOD, VO, VB, VMD, VM, VP, S, I, R, D). Um unsere Infrastrukturen zukunftsfähig zu machen, braucht es allerdings mehr als einen Baustein. Deshalb unterstützt die Gütegemeinschaft ihre Mitglieder in vielen branchenrelevanten Schlüsselthemen: Angefangen bei der Aus- und Weiterbildung und der fachlichen Qualifikation der Mitarbeiter über technische Belange bis hin zum Regelwerk.

Ziel: Nutzungsdauer erhöhen

Ulf Michel: Unser gemeinsames Ziel ist es, die Nutzungsdauer von Entwässerungskanälen zu erhöhen. Das gelingt, wenn die Anforderungen der Regelwerke bei Bauausführung, Sanierung, Inspektion, Reinigung und Dichtungsprüfung erfüllt werden. In diesem Sinne hat Gütesicherung Kanalbau einen direkten Einfluss auf die Qualität vor Ort auf den Baustellen. Die von den Prüfingenieuren durchgeführten Baustellen- und Firmenprüfungen sind deshalb wichtiger Bestandteil der Gütesicherung Kanalbau. Neben den – wo immer möglichen – unangemeldeten Baustellenprüfungen wird in regelmäßigen Firmenprüfungen die Erfüllung der Anforderungen an das Fachpersonal und dessen regelmäßige Schulung, an den Umfang der Referenzmaßnahmen (Erfahrung), an Betriebseinrichtungen und Geräte sowie die Eigenüberwachung geprüft. Die Baustellenprüfberichte enthalten immer den zum

sich bis heute spürbar verbessert haben.

Unabhängige Eignungsprüfung

GZ: Wie beurteilen Sie den Einfluss der Gütesicherung auf die Qualität der Ausschreibung und Bauüberwachung mit Blick auf Auftraggeber und Ingenieurbüros?

Michel: Die Gütesicherung Kanalbau RAL-GZ 961 bietet bei der Leistungsvergabe von Ausschreibungen im Kanalbau eine unabhängige Eignungsprüfung. Es liegt im Interesse von Städten und Kommunen, dass Abwasserleitungen und -kanäle von erfahrenen und zuverlässigen Fachleuten geplant, gebaut oder saniert werden. Organisationen, die die Erfüllung der Eignungskriterien für Ausschreibung und Bauüberwachung für offenen Kanalbau, Vortrieb oder Sanierung regelmäßig nachweisen, führen das Gütezeichen der Beurteilungsgruppe ABAK (offener Kanalbau), ABV (Vortrieb) bzw. ABS (Sanierung). In einem jährlichen Erfahrungsaustausch in der Firmenprüfung werden Feststellungen zu aktuellen Ausschreibungsunterlagen besprochen und die Qualifikation und Erfahrung des Personals und des Büros dokumentiert. Hier sehen wir für die Zukunft noch Potenzial. Deshalb steht das Thema ganz oben auf der To-do-Liste von Vorstand und Gütegemeinschaft und es werden Konzepte erarbeitet, um die Entwicklung der Gütezeichen AB weiter voranzubringen.

GZ: Welchen Stellenwert hat für Sie das Thema Qualifikation?

Besuchszeitpunkt festgestellten Ist-Zustand der Baustelle, in aller Regel mit Fotodokumentation. Bei der Auswertung dieser Unterlagen fällt auf, dass sich im Laufe der letzten Jahre und Jahrzehnte einiges zum Positiven entwickelt hat. Die Verfahrenstechniken, technischen Ausstattungen, Gerätschaften und Werkstoffe wurden stetig weiterentwickelt. Und auch in Sachen Ausführungsgüte wird stetig weiter an einer Verbesserung gearbeitet, nicht zuletzt über die RAL-Gütesicherung Kanalbau. Das hat unter anderem dazu geführt, dass die damaligen, oft durchaus kritischen Rohrgrabenführungen und Bausituation im Kanalgraben und die Langlebigkeit der Bauwerke

4. Wasserforum Mittelfranken:

Sorgsamer Umgang mit (Grund-)Wasser

Beim 4. Wasserforum der Regierung von Mittelfranken in Ansbach standen der Landschaftswasserhaushalt und die Grundwasserneubildung im Mittelpunkt. Neben dem sorgsamen Umgang mit dem (Grund-)Wasser und dem dezentralen Wasserrückhalt durch Agroforst und Keyline Design erörterten Experten u.a. die Optimierung des Betriebswassereinsatzes durch Wiederaufbereitung und Recycling in der Chipfertigung und Halbleiterindustrie sowie die Reduktion von Wasserverlusten in der Trinkwasserversorgung.

Wie Jakob Meier, Amt für Ländliche Entwicklung Mittelfranken, ausführende, stellten Starkregen, Erosion und Wasserknappheit große Herausforderungen dar. Mit der Initiative bodenständig setzte sich die Verwaltung für Ländliche Entwicklung in Bayern mit den Akteuren vor Ort dafür ein, den Landschaftswasserhaushalt nachhaltig zu verbessern und die Lebensgrundlagen im ländlichen Raum zu schützen.

Maßgeschneiderte Unterstützung

Mit bodenständig bietet man maßgeschneiderte Unterstützung an, von der Beratung bis zur Umsetzung umfassender Projekte. Dabei würden alle relevanten Aspekte wie Bewirtschaftung, Landschaftsstruktur und Handlungsmöglichkeiten berücksichtigt und der Prozess bis zur erfolgreichen Umsetzung begleitet. Alle Instrumente der Ländlichen Entwicklung würden gezielt zur Umsetzung von Maßnahmen eingesetzt. Die lokalen Akteure seien nicht nur von Anfang an in den Prozess eingebunden, sondern blieben auch die Entscheidungsträger.

Zentrale Anliegen der Initiative

- Erosions- und Bodenschutz: Bodenabtrag bremsen

- Gewässerschutz: Sediment- und Nährstoffeintrag verringern sowie
- Schaffung von Rückhaltstrukturen in der Landschaft.

Anhand von Projekten in Erntehofen (Abflussbremsung), Oberrzenn (Bahnhofszwischenfrucht), Oberscheinfeld (Einbringen von Totholz als Querriegel für das Bremsen des Oberflächenabflusses im Wald), und Flachslanden zeigte Meier Möglichkeiten von bodenständig zur Gestaltung des Landschaftswasserhaushaltes auf. Im Projektgebiet „Hahnenkammsee“ nutzten die Projektbeteiligten die Bedingungen, um den Landschaftsumbau voranzutreiben: Ein Bagger einer heimischen Baufirma weitete die zufließende Arme des Röhthelweihers auf und so entstanden Rückhaltemulden. Darin wird sich bei stärkeren Regeneignissen das Wasser zurückstauen können – gleichzeitig bleibt Erosionsmaterial aus den Äckern liegen.

Strategie notwendig

- Zur Überwachung, Reduzierung und Niedrighaltung von Wasserverlusten empfahl Roland Schweigert von den Neustadtwerken die Einführung einer Strategie, die sich heute mit technischen und wirtschaftlichen Mitteln realisieren lässt und folgende Aktivitäten beinhalten sollte:
 - Ermittlung der Wasserverlus-

Michel: Angesichts immer komplexerer Bauaufgaben gewinnt das Thema Qualifikation immer mehr an Bedeutung. Und die wird in den nächsten fünf bis zehn Jahren weiter zunehmen. Vor allem mit Blick auf Fachkräftemangel und Generationswechsel sowie dem Ausscheiden von erfahrenem Fachpersonal. In diesem Zusammenhang fehlen Konzepte zur Weitergabe von Wissen. Deshalb wird es immer wichtiger, branchenfremde Mitarbeiter sowie Arbeits- und Fachkräfte aus dem Ausland zu rekrutieren, um den komplexen Aufgaben für die Instandhaltung unserer Infrastruktur gerecht werden zu können.

Qualität zahlt sich aus

GZ: Wie sieht es denn in der Praxis damit aus?

Künster: Die Gründungsidee der Gütegemeinschaft war die Qualitätssicherung und der Qualitätsgedanke beeinflusst als wichtiger Baustein der Gütesicherung Kanalbau nach wie vor unser Handeln. Das ist eine Kernbotschaft, über die wir uns oft mit den Auftraggebern austauschen. Es reicht nicht, nur Mitglied im Güteschutz Kanalbau zu sein, man muss Qualität auch überwachen und in Ausschreibungen einfordern. In Zeiten, in denen die ein oder andere Kommune oder kleinere Gemeinde unsicher ist, wie die Einnahmen der kommenden Jahre aussehen, mag mancher vielleicht versucht sein, auf die Qualität nicht ganz so viel Wert zu legen und dadurch kurzfristig Geld zu sparen. Aber es ist belegbar, dass Qualität sich langfristig auszahlt.

GZ: Die Gütegemeinschaft setzt sich vor diesem Hintergrund massiv für die Fort- und Weiterbildung des Personals bei den Mitgliedsunternehmen ein. Wie sieht das Angebot aus?

Michel: Die Gütegemeinschaft Kanalbau will die Qualität fördern und macht dazu unter anderem Angebote zur Qualifizierung des



Dipl.-Ing. MBA Ulf Michel, Vorstandsvorsitzender der Gütegemeinschaft Güteschutz Kanalbau. Bild: FGüteschutz Kanalbau



Dr.-Ing. Marco Künster, Geschäftsführer der Gütegemeinschaft Güteschutz Kanalbau. Bild: Güteschutz Kanalbau

Personals. Das erfolgt in Form von Seminaren, digitalen Angeboten wie E-Learning oder entsprechenden Skripten und Broschüren mit Fachinformationen. Gleichzeitig sind Gütezeicheninhaber verpflichtet, die Schulung ihres Fachpersonals in regelmäßigen Abständen durchzuführen. Das können sie auf verschiedenen Wegen tun, so auch über die Angebote der Gütegemeinschaft. Diese Angebote und insbesondere die Seminare werden gerne und häufig genutzt; pro Jahr werden etwa 15.000 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen geschult. Entsprechende Angebote sind auf www.kanalbau.com unter dem Begriff AKADEMIE zusammengefasst. Darüber hinaus bauen wir insbesondere die digitalen Formate weiter aus.

Weiterbildung mit digitalen Formaten

GZ: Was bedeutet das konkret?

Künster: Unter anderem haben wir neue Schulungsvideos entwickelt, die dem Fachpersonal der Unternehmen wichtige organisatorische und technische baustellenrelevante Sachverhalte näherbringen sollen. Die Formate, aufgenommen in einem virtuellen Studio und mit Grafiken anschaulich hinterlegt, werden von einzelnen Prüfingenieuren der Gütegemeinschaft Kanalbau, moderiert. Die Themen reichen von der Wareneingangskontrolle über Verbausysteme, die Herstellung der Bettung, den Einbau von Rohren und die fachgerechte Verfüllung und Verdichtung bis hin zu Rohrstatik und Eigenüberwachung. Ergänzt werden sie um die Themen Dichtheitsprüfung und Grundstücksentwässerung. Einen zusätzlichen Mehrwert bekommen diese neuen digitalen Formate auch deshalb, weil sie von den Unternehmen intern zur Weiterbildung ihrer Mitarbeiter genutzt werden können. Weiterhin zu nennen ist die ebenfalls neue webApp.kanalbau.com, ein Online-Modul, welches per Tablet oder Smartphone abgerufen werden kann. Die Kanalbau-webApp ist abgestimmt auf Quereinsteiger ohne Vorkenntnisse, aber auch auf Facharbeiter, Vorarbeiter und Poliere. Sie vermittelt, wie Arbeiten bei der offenen Bauweise entsprechend dem aktuellen Regelwerk ausgeführt werden. In unterschiedlichen Sprachen informiert die App über alle erforderlichen Arbeitsgänge und bietet zur Erläuterung viele Abbildungen und Animationen. Die Inhalte können eigenständig und zeitunabhängig durchgearbeitet werden. Ein abschließender Verständnistest gibt Rückmeldung über den Lernerfolg. Zusätzlich kann die App baubegleitend als Unterstützung der Mitarbeiter vor Ort dienen.

Michel: Mit der digitalen Erweiterung des Dienstleistungspaketes hat die Gütegemeinschaft Kanalbau nicht zuletzt das allgegenwärtige Thema Fachkräft-

temangel konsequent im Blick. Deutschland benötigt qualifizierte Fachkräfte in ausreichender Zahl und auf praktisch allen Ebenen. Insbesondere vor dem Hintergrund langfristiger und tiefgreifender Transformationsprozesse, etwa bei der Digitalisierung oder dem demografischen Wandel steigen die Herausforderungen für die Fachkräftesicherung und den Arbeitsmarkt in Deutschland stetig an. Vor diesem Hintergrund räumen Unternehmen dem Thema Weiterbildung der Mitarbeiter hohe Priorität ein – unter anderem, um die eigene Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. An dieser Stelle bieten die neuen Angebote, auf die ein barrierefreier Zugriff möglich ist, den Nutzern eine professionelle Unterstützung bei der Stärkung der Qualifikation im eigenen Hause. Durch einen einfachen Zugang zu Schulungen und Arbeitshilfen werden die Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und letztlich die Ausführungsqualität gefördert.

Langfristige Auswirkungen

GZ: Neben der Verantwortung für nachfolgende Generationen, dem Klimawandel oder dem Fachkräftemangel steht die Branche vor vielen weiteren Herausforderungen. Wie können wir diese meistern?

Künster: Zum einen sind Investitionen anhand ihrer langfristigen Auswirkungen zu planen. Zum anderen – und das darf in der Diskussion nicht untergehen – muss nach Möglichkeit „jede Investition sitzen“. Die Qualität der Planung und Ausschreibung hat enorme Auswirkungen auf das, was ich mit einer Investition erreichen kann. Das gilt natürlich auch für die Qualität der Ausführung. Dafür müssen Unternehmen auf brauchbare Planungen zurückgreifen können und eine hohe Ausführungsqualität unterstützt durch die Bauüberwachung realisieren.

Michel: Das möchte ich unterstreichen. Je mehr Augenmerk auf die Qualität gelegt wird, desto länger kann ein Bauwerk seine Aufgabe erfüllen. Weder die finanzielle Ausstattung noch die personellen Ressourcen lassen es in Zukunft zu, dass wir uns neben den ohnehin anstehenden Aufgaben noch zusätzlich belasten mit „Flicken bzw. Reparieren von unzureichender Qualität.“ Vor diesem Hintergrund darf der Auftraggeber sich gerne immer wieder bewusst machen, dass eine Investition in die Qualität langfristig sehr viel Positives für die Substanz seiner Netze bewirken kann. Das RAL-Gütezeichen Kanalbau bietet in diesem Zusammenhang dem Auftraggeber eine Orientierung, welche Ingenieurbüros und welche bauausführenden Unternehmen ihre Qualifikation und Erfahrung nachgewiesen haben.

GZ: Herr Dr. Künster, Herr Michel, vielen Dank für das Interview. □

EU-Ministerrat:

Neue EU-Kommunalabwasser-Richtlinie beschlossen

Der EU-Ministerrat hat die kommunale Abwasserrichtlinie (KARL) final beschlossen. Wesentlicher Bestandteil der KARL sind neue und weitergehende Anforderungen an die Abwasserbehandlung. So gelten künftig verschärfte Grenzwerte für die Einleitung von Stickstoff und Phosphor aus Kläranlagen. Zudem sind erstmals Vorgaben für die Reduzierung spezieller Spurenstoffe durch die Einführung einer vierten Reinigungsstufe bei Kläranlagen enthalten. Deren Kosten (Investitions- und Betriebskosten) werden im Rahmen einer erweiterten Herstellerverantwortung zu mindestens 80 Prozent durch die Hersteller von Arzneimitteln und Körperpflegeprodukten getragen.

Die konkrete Umsetzung der Herstellerverantwortung sowie die Finanzierung der weiteren 20 Prozent der Kosten erfolgen im Rahmen der Umsetzung in das nationale Recht. Die neuen Anforderungen sowohl an die Einleitung von Stickstoff und Phosphor als auch zur Reduzierung von Spurenstoffen gelten für Kläranlagen mit mehr als 150.000 Einwohnerwerten (EW). Kläranlagen zwischen 10.000 und 150.000 EW sind hiervon betroffen, wenn sie in besonders gefährdete Gebiete einleiten, die noch durch die Mitgliedsstaaten festzulegen sind. Die Einhaltung der Richtwerte soll gestaffelt bis zum Jahr 2045 erfolgen.

Ein weiterer wesentlicher Aspekt der Änderung ist die vorgeplante schrittweise Energieneutralität des Abwassersektors bis

2045. In die Berechnung einbezogen werden Anlagen ab 10.000 EW. Zudem ist die Einführung eines Abwassermonitorings zur Ermittlung von Krankheitsregenern und die Erstellung von Abwassermanagementplänen zur Reduzierung von Überläufen aus der Kanalisation in die Gewässer vorgesehen.

Nach Auffassung des DStGB „sind die Inhalte der neuen EU-Kommunalabwasserrichtlinie grundsätzlich zu begrüßen“. Insbesondere die Einführung einer erweiterten Herstellerverantwortung in das Wasserrecht sei ein Meilenstein in der europäischen Gewässerpolitik und greife eine langjährige Forderung auch des DStGB auf. Hierdurch würden nicht nur die Kommunen, ihre Abwasserbetriebe und die Gebührenzahler finanzi-

ell entlastet, sondern auch Anreize geschaffen, in alternative, weniger gewässerbelastende Produkte zu investieren. Auch sei es wichtig, dass der deutsche Sonderweg bei der Überwachung der Ablaufwerte für Phosphor und Stickstoff beendet wird. Nun werde es maßgeblich auf eine praxistaugliche Umsetzung der Richtlinienvorgaben in das nationale Wasserrecht ankommen.

Herausforderungen für kommunale Abwasserbetriebe

Die zukünftigen Richtwerte bei der Abwasseraufbereitung, die Energieneutralität des Abwassersektors und zu erstellende Abwassermanagementpläne stellen jedoch auch eine große Herausforderung für die kommunalen Abwasserbetriebe dar, die in den nächsten Jahren massive Investitionen erfordern. „Mit Blick auf die Umsetzung der Vorgaben gilt es daher, strikt auf eine 1:1-Umsetzung zu achten und weitere Verschärfungen von Anforderungen zu verhindern. Zudem benötigen wir eine offene Diskussion zur Frage der Finanzierungsoptionen. Eine einseitige Belastung der Kommunen und der Gebührenzahler kann nicht die Lösung sein“, betonte der Verband.

Reaktionen von DWA und VKU

„Ausdrücklich“ begrüßt die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall (DWA) die finale Verabschiedung der KARL. Mit der Novellierung der über 30 Jahre alten Richtlinie passe die EU die kommunale Abwasserbehandlung und den Gewässerschutz an aktuelle Herausforderungen an und stelle wichtige Weichen zur weiteren Umsetzung des Green Deals der Europäischen Union. „Wichtig ist jetzt eine pragma-

Auszeichnung in München:

Abwasser-Innovationspreis 2024

Mit dem Abwasser-Innovationspreis 2024 des Bayerischen Umweltministeriums zeichnete Staatsminister Thorsten Glauber in München die Marktgemeinde Untergriesbach, die GEA Holzkirchen KU und das AWA Ammersee für geplante Projekte aus. Mit der Preisverleihung ist eine Zusage für eine finanzielle Förderung in Höhe von insgesamt rund 780.000 Euro verbunden. Zudem erhielten die Gemeindewerke Karlsfeld für ein bereits abgeschlossenes Projekt einen Prämienpreis in Höhe von 25.000 Euro.

Die mit dem 1. Preis bedachte Marktgemeinde Untergriesbach (Landkreis Passau) plant durch eine innovative Verknüpfung von Schlamm- und Umwälzbecken, Schwerkraftabscheider und anaerobem Selektor die Schlammabsetzeigenschaften zu verbessern. Dadurch wird weniger Fällmittel benötigt und die Kapazität der Anlage vergrößert. So kann ein Regenüberlaufbecken eingespart werden. Das Umweltministerium unterstützt dieses Projekt mit bis zu 200.000 Euro.

Plus-Energie-Kläranlage

Die GEA Holzkirchen KU (2. Preis) will eine Plus-Energie-Kläranlage verwirklichen. Das Klärgas wird hierbei vollständig genutzt und durch eine ausgeklügelte Verbindung von Blockheizkraftwerk, PV-Anlage, Batteriespeicherung, eigener Strom- und Wärmenutzung können Stromüberschüsse ins öffentliche Netz eingespeist werden. Die Preissträgerin erhält dafür bis zu 380.000 Euro Fördermittel.

Das AWA Ammersee gKU wird im Freistaat die erste schwimmende Photovoltaik-Anlage auf einem Schöpfungsteich bauen und den Stromverbrauch der

tische nationale Umsetzung mit Augenmaß. Die Branche braucht Planungs- und Rechtssicherheit. Nationale Verschärfungen müssen unbedingt vermieden werden, der deutsche Sonderweg bei der Überwachung der Ablaufwerte für Phosphor und Stickstoff muss beendet werden“, erklärte Dr. Lisa Broß, Sprecherin der DWA-Bundesgeschäftsleitung. „Die deutlich strengeren Grenzwerte für Phosphor und Stickstoff stellen die Branche ansonsten vor kaum lösbare Probleme. Dies belegt auch der aktuelle 36. DWA-Leistungsnachweis kommunaler Kläranlagen sehr deutlich.“

„Die Umsetzung wird für die kommunale Abwasserwirtschaft eine machbare, wenn auch ambitionierte Herausforderung“, stellte VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing fest: „Die neue Richtlinie ist und bleibt aus unserer Sicht ein notwendiger Schritt, um unsere Gewässer langfristig zu schützen. Insbesondere die mit der Richtlinie neu eingeführte Beteiligung der Pharma- und Kosmetikindustrie an den durch ihre Produkte verursachten Kosten der Abwasserbehandlung verdeutlicht vor allem eines: Das Verursacherprinzip im Gewässerschutz wird endlich konsequent umgesetzt. Mit dem hier gefundenen Kompromiss werden die Abwasserkunden mit den Umsetzungskosten nicht länger allein gelassen.“

Die Richtlinie sei auch für die kommunalen Abwasserentsorger selbst ambitioniert. Das Hausaufgabenheft werde voller. Beispielsweise bedeute der Ausbau der Kläranlagen mehr Technik und dadurch einen höheren Energieeinsatz, während gleichzeitig die Energieneutralität der Branche angestrebt wird.

„Nachdem die Vorgaben aus Brüssel nun klar sind, brauchen wir jetzt durch eine zügige und praktikable Umsetzung in nationales Recht Klarheit. Bis 2027 muss die EU-Richtlinie in nationales Recht gegossen werden. Auch wenn 2025 eine Bundestagswahl stattfindet, darf Politik hier keine Zeit verlieren“, unterstrich Liebing. **DK**



V.l.: MdL Alexander Flierl, Dr. Martin Oberle, Bezirksrat Michael Maderer, Herbert Krönert (DEHOGA), Erste Bürgermeisterin Claudia Wust, AKU-Bezirksvorsitzender Jens Ostendorf, MdB Tobias Winkler und MdEP a.D. Albert Deß. Text und Bild: pmw

CSU-AK Umweltsicherung und Landesentwicklung:

Zukunft der Teichwirtschaft

„Der Karpfen schmeckt nicht nur, er ist vom Teich bis zum Teller ein besonders nachhaltiges, ökologisches und regionales Produkt. Er gehört zur fränkischen Identität und ist wichtig für Gastronomie und Tourismus“, so Tobias Winkler, Wahlkreisabgeordneter im Deutschen Bundestag. Er beklagte bei einer Tagung mit Fachleuten des Fischereiwesens in Neuhoof a.d. Zenn den „dramatischen Rückgang“ der Anzahl von Teichwirten.

Der CSU-Arbeitskreis Umweltsicherung und Landesentwicklung (AKU) hatte eine ganze Reihe von Experten zu Gast, darunter Alexander Flierl, CSU-Abgeordneter im Bayerischen Landtag und dort u.a. Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz und in seiner Heimat Oberpfalz Vorsitzender der Teichgenossenschaft, Dr. Martin Oberle vom Arbeitsbereich Karpfenteichwirtschaft in der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft, und Herbert Krönert, Vorsitzender des Hotel- und Gaststättenverbandes im Landkreis Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim.

Mit dabei auch der Beauftragte für Fischereiwesen in Mittelfranken, Bezirksrat Michael Maderer, der frühere Europaabgeordnete Albert Deß, Vorsitzender des Verbandes der Bayerischen Berufsfischer, und die ehemalige Karpfenkönigin Katrin Uano (Katrin I), nach wie vor Repräsentantin der Aischgründer Spiegelkarpfen. Teilgenommen haben auch die früheren Landtagsabgeordneten Günter Gabsteiger, einst Vorsitzender des Fischerzeuger-Mittelfranken, Friedrich Loscher-Frühwald, Ehrenpräsident des Fischereiverbandes Mittelfranken, MdL a.D. und stellvertretender Landrat Hans Herold, sowie die Erste Bürgermeisterin von Neuhoof a.d. Zenn, Claudia Wust.

Karpfen ist immaterielles Kulturerbe

Eingangs ging Oberle in einem kurzweiligen Vortrag auf die über 1000-jährige Geschichte der bäuerlichen Teichwirtschaft ein und bezeichnete den Karpfen als einen der bedeutendsten Fische der Aqua-Kultur. Nicht umsonst gehöre die Karpfenzucht zu „Immaterielles Kulturerbe in Deutschland“, welches zu bewahren Auftrag und Verpflichtung sein müsse. Durch naturnahe Aufzucht seien die Teiche „nicht nur ein toller Lebensraum, sondern auch Wasserspeicher“. Zu beklagen seien die „katastrophalen Verluste“ durch Kormoran, Reiher, Biber und neuerdings auch in Mittelfranken den Fischotter.

Während Michael Maderer die Unterstützung des Bezirks Mittelfranken darlegte, berichtete Herbert Krönert über die zahlreichen Traditionsgaststätten in Franken, die für die Karpfenzubereitung auch entsprechend gerüstet seien, und die in diesem Jahr zum 46. Mal stattfindenden Karpfenschmeckerwochen im Landkreis Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim. **DK**

CSU für „verständigen Arten- und Naturschutz“

Der Abgeordnete Alexander Flierl sprach u.a. von neuen Herausforderungen angesichts der vielfältigen Fischentnahmen seitens Prädatoren (Räuber, Beutegreifer und Fressfeinde), die den Teichwirten zunehmend zu schaffen machten. Er sprach auch die Entschädigungen seitens der Bayerischen Staatsregierung an, wünschte sich aber zum Beispiel auch auf Bundesebene die Umsetzung der FFH-Richtlinie (Fauna-Flora-Habitat). Eine zentrale Frage des ländlichen Raumes insgesamt sei „ein verständiger Arten- und Naturschutz auf allen Ebenen“.

Perspektiven für das Überleben der Teichwirtschaft sah Oberle in einer Einkommenskombination aus Wasser- und Energiewirten, zudem müssten die Leistungen für das Ökosystem und die Gesellschaft insgesamt auch angemessen honoriert werden.

Grenze der Wirtschaftlichkeit ist längst überschritten

Auch bei der umfassenden Diskussion, vom mittelfränkischen AKU-Vorsitzenden Jens Ostendorf moderiert, ging es darum, „keinen falschen Ideologien“ hinterherzulaufen. „Von manchen Politikern hört man nur Verbote, aber keine Lösungen“, so ein Diskussionsbeitrag. Wie lange die Teichwirtschaft angesichts der Herausforderungen noch durchhalten könne, wisse man nicht. „Wir haben keine Zeit mehr für langfristiges Monitoring, wir brauchen Lösungen, und zwar jetzt“, so der Tenor von anwesenden Teichwirtinnen und Teichwirten, die von Verlusten durch Biber von bis zu 75 Prozent berichteten. Die Grenze der Wirtschaftlichkeit sei längst überschritten. „Wenn der Fischotter zu uns kommt, hören wir auf!“

Verbandsklagerecht auf dem Prüfstand

Beklagt wurde auch, dass Nichtregierungsorganisationen und Verbände zu viele Rechte hätten, was zu langwierigen politischen Entscheidungen führe. In diesem Zusammenhang wurde überdies gefordert, das Verbandsklagerecht auf den Prüfstand zu stellen. „Ein grundlegender Politikwechsel und Verbesserungen auch für die Teichwirtschaft ist aber nur mit klaren Mehrheiten möglich“, meinte Tobias Winkler mit Blick auf die bevorstehende Wahl. **pmw**

Thermengemeinschaft Niederbayern wächst weiter zusammen

Die Niederbayerische Thermengemeinschaft nimmt immer weiter Gestalt an, die Zusammenlegung von Prozessen in den beteiligten Thermalbädern schreitet in großen Schritten voran. Das betonte der strategische Geschäftsführer der Thermengemeinschaft, Franz Altmannspurger, in seinem mündlichen Sachstandsbericht auf den jüngsten Sitzungen der Bäderzweckverbände.

Nachdem das Kompetenzzentrum Marketing bereits im Juli 2023 an den Start ging, gefolgt vom Kompetenzzentrum Personal, kommt zum 1. Januar 2025 das Kompetenzzentrum Finanzen, so Altmannspurger. Ein einheitlicher Kontenrahmen sei bereits erstellt, die Einführung einer einheitlichen Software vorbereitet und die Stelle der Leitung konnte intern besetzt werden.

Das Ziel der Niederbayerischen Thermengemeinschaft sei einerseits, Synergieeffekte zu nutzen, sagte Altmannspurger. Dazu zählte er die Verschlingung von Prozessen, die Einsparung von Ressourcen, die Optimierung von Abläufen und die Konzentration verschiedener Kompetenzen unter einem Dach. Andererseits solle die Vereinheitlichung den Gästen zugutekommen. Eine einheitliche Tarifstruktur etwa solle den Menschen den Zugang erleichtern, gemeinsame, Bäderübergreifende Angebote wie „10+“ oder das Angebot zur betrieblichen Gesundheitsförderung (BGF Niederbayern) bieten den Gästen zusätzliche Möglichkeiten.

Zur Thermengemeinschaft zählen: die Rottal Therme in Bad Birnbach, die Europa Therme in Bad Füssing, die Wohlfühl-Therme in Bad Griesbach, die Limes-Therme in Bad Gögging und die Kaiser-Therme in Bad Abbach. Die Bäder werden von Zweckverbänden betrieben, an denen der Bezirk Niederbayern mit jeweils 60 Prozent der Mehrheitseigner ist. Daneben sind die jeweiligen Landkreise und die Kommunen vor Ort an den Zweckverbänden beteiligt.

In allen Bädern steigen die Besucher-Zahlen seit dem Einbruch im Zuge der Corona-Pandemie kontinuierlich, sagte der strategische Geschäftsführer Altmannspurger. Im Zeitraum von Januar bis Oktober dieses Jahres verzeichnete die Thermengemeinschaft über 1,4 Mio. Behand-

lungen. Damit ist zwar der Wert von 2019 mit 1,7 Mio. Behandlungen noch nicht erreicht, „die Kurve zeigt allerdings nach oben.“ Altmannspurger: „Wir sind mit der bisherigen Entwicklung zufrieden.“

Umbau auf Erneuerbare

Seit einiger Zeit läuft in allen Bädern der Umbau auf Erneuerbare Energien. In den Zweckverbandssitzungen stellte Altmannspurger die neuesten Entwicklungen vor. Die wichtigsten sind: die Installation weiterer Dach-Photovoltaikanlagen, die Prüfung der Umsetzbarkeit von Freiflächen-PV-Anlagen in der Limes-Therme und der Rottal Terme, die Nutzung des abgedehnten Thermalwasser in der Europa Therme, der Wohlfühl-Therme und der Limes-Therme, Grundwassernutzung in der Europa-Therme und der Anschluss an die Nahwärmeversorgung in der Rottal Terme, der Wohlfühl-Therme und der Limes-Therme. Altmannspurger: „Der Umbau auf Erneuerbare Energie trägt dazu bei, die Kosten der Bäder langfristig zu senken. Mit ihrem Ausbau verfolgen wir nicht nur ökologische, sondern auch ökonomische Ziele.“

Zweckverbandsvorsitzender und Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich sagte: „Gerade wegen der höchst angespannten Haushaltslage aller Verbandsmitglieder an allen Standorten sehen wir in der begonnenen Umsetzung der strategischen Neuausrichtung den wohl wichtigsten Baustein zur Zukunftssicherung unserer Thermalbäder. Die erkennbaren wirtschaftlichen Erfolge bestätigen, dass wir auf dem richtigen Weg sind.“ Nur gemeinsam könne man die Zukunft im Sinne aller Bäder gestalten. „Je intensiver das Bekenntnis zur Thermengemeinschaft, desto höher der Wirkungsgrad“, so Heinrich. **□**

9. Bodentag 2024 der IG gesunder Boden e. V.:

Lebendige Böden: Stabile Systeme im Klimawandel

Beim diesjährigen 9. Bodentag mit dem Themenschwerpunkt „Lebendige Böden – Stabile Systeme im Klimawandel“ lud die Interessengemeinschaft gesunder Boden e. V. (IG gesunder Boden) als Veranstalter wieder hochkarätige Referentinnen und Referenten ein, bestehend aus renommierten und bekannten Wissenschaftlern wie die Agrarwissenschaftlerin Prof. Dr. Miriam Athmann, die Tierärztin Dr. Viviane Theby oder Dipl.-Geograph Stefan Schwarzer, sowie erfolgreichen Praktikern, die ihr umfangreiches Wissen zu gesunden Böden und Pflanzen an das Publikum des Bodentages weitergeben haben. Das Programm war in dieser Hinsicht einzigartig und bot ein Forum und überregionales Netzwerk zum Austausch von Wissen und Praxisbeispielen, um gesunde, lebendige und humusreiche Böden aufzubauen.

Veranstaltungsort war wieder die Schwarzachtalhalle in Neunburg v. Wald im Landkreis Schwandorf (Oberpfalz). Auch in diesem Jahr fand die mit rund 450 Teilnehmern etablierte, größte Tagesveranstaltung der IG gesunder Boden wieder als hybride Veranstaltung statt. Davon waren rund 300 Bodeninteressierte, Gäste und Referenten vor Ort und konnten gemeinsam mit den online zugeschalteten Teilnehmern den Bodentag mitverfolgen und mitdiskutieren. Auch waren wieder Schulklassen live zugeschaltet, wie zum Beispiel die Neunburger Berufsschule mit ihren Auszubildenden für Land- und Forstwirtschaft.

Das Motto des 9. Bodentages lautete: Lebendige Böden – Stabile

Systeme im Klimawandel. Hier ging es um wichtige, neue wissenschaftliche Forschungsgebiete und aktuelle Erkenntnisse aus der Praxis im Boden-, Wasser- und Humusmanagement in Bezug auf das Bodenleben unter sich verändernden klimatischen Bedingungen. Franz Rösl, Vorstandsvorsitzender der IG gesunder Boden e. V. eröffnete den Bodentag mit einem Impulsvortrag zum Thema: Lebendige Böden gestalten. „Die beständige jährliche Teilnahme der zahlreichen Teilnehmer verdient Respekt. Unsere Impulse zielen darauf, dass wir unsere Bodengesundheit verbessern und jeder Mensch erkennt, dass er Einfluss auf die Entwicklung unserer Bodengesundheit hat“, hob Rösl hervor.

bvse-Jahrestagung in Hamburg:

Veraltete Prozesse modernisieren

„Wir können heute mit fast 1.100 Mitgliedsunternehmen den 75. Geburtstag unseres Verbandes feiern“, unterstrich der wiedergewählte bvse-Präsident Henry Forster auf der Jahrestagung in Hamburg. „Trotz vieler negativer Trends entwickelt sich unser Verband prächtig. Das macht mich stolz.“

Für seine kommende Amtszeit kündigte Forster an, veraltete Prozesse zu modernisieren, darunter auch die Beitragsordnung. Mit Blick auf die bisherige Praxis, Beiträge nach Stoffstrommengen zu erheben, meinte er: „Das können wir besser und gerechter!“

bvse-Hauptgeschäftsführer Eric Rehbock griff in seinem Bericht u.a. neue Entwicklungen auf, wie etwa das Recycling von Lithium-Ionen-Batterien. Hier habe der Verband einen neuen Arbeitskreis gebildet, um sich rechtzeitig und kompetent für ein neues Aufgabenfeld mit neuen Herausforderungen zu positionieren. Zudem informierte Rehbock über das bvse-Nachhaltigkeitsstool, das den Mitgliedsunternehmen ermögliche, über jeden Entscheidungs- oder Liefervorgang einen CO2-Report zu erstellen und dem Kunden zur Verfügung zu stellen.

Rehbock zufolge stehen mit den neuen gesetzlichen Anforderungen zur umfassenden Nachhaltigkeitsberichterstattung viele größere Unternehmen vor der Herausforderung, ihre CO2-Bilanz transparent darzustellen. Dazu seien kleinere mittelständische Unternehmen derzeit zwar noch nicht verpflichtet, aber darauf komme es auch nicht an. „Das ist wirklich ein wichtiges Thema, wenn man im Markt als Bestandteil der Lieferkette bleiben will. Sie müssen liefern können“, machte der Hauptgeschäftsführer deutlich.

Andreas Mundt, Präsident des Bundeskartellamts, hob hervor, dass die Branche wettbewerbsrechtlich zu den komplexesten gehöre. Mit einem Jahresumsatz von über 100 Milliarden Euro und 315.000 Beschäftigten sei sie jedoch auch ein gewichtiger Wirtschaftsfaktor, den das Bundeskartellamt seit Jahrzehnten intensiv beobachte.

Das Bundeskartellamt habe in den vergangenen Jahren sehr viele Fusionen gesehen,

die zum Teil „vertieft“ geprüft wurden, so Mundt. Außerdem seien Sektoruntersuchungen in den Jahren 2021 und 2023 durchgeführt worden. Gerade erstere habe bei den Wettbewerbswächtern Sorge ausgelöst. Mundt: „Wir haben bei LVP und Altglas gesehen, dass wichtige Wettbewerbsparameter sich auf regionalen Märkten verschlechtert haben.“

So sei etwa festgestellt worden, dass es teilweise sehr hohe Marktanteile einzelner Anbieter bis hin zu Monopolen gebe. Aber auch bei bundesweiter Betrachtung sieht das Bundeskartellamt vor allem Zugewinne beim Marktführer Rethmann. Auch dies sei aus wettbewerbsrechtlicher Sicht nicht gerade eine beruhigende Entwicklung.

Zahl der Unternehmen sinkt

Insgesamt könne festgehalten werden, dass steigende Preise zu beobachten sind und die Zahl der im Markt aktiven Unternehmen „eher rückläufig“ ist. So sei die durchschnittliche Bieterzahl bei Ausschreibungen zurückgegangen und die Wahrscheinlichkeit eines Auftragnehmerwechsels gesunken. „Das lässt alles insgesamt auf eine rückläufige Wettbewerbsintensität schließen“, fasste Mundt die Erkenntnisse seiner Behörde zusammen. Ähnlich sehe es aus bei Restmüll, Altpapier und anderen kommunalen Abfällen. Das Bild sei hier ein wenig heterogener, weil es sehr unterschiedliche Entscheidungsträger und Ausschreibungen gebe. Trotzdem sei die Bieterzahl insgesamt und die Anzahl an Geboten je Ausschreibung leicht rückläufig. Auch hier sei jedoch ein hoher und steigender Anteil bei der bundesweiten Erfassungsmenge beim Marktführer Rethmann festzustellen.

Mundt erklärte in diesem Zusammenhang, dass das Bundeskartellamt unter bestimm-

Praxis- und Vernetzungstag mit Exkursionen

Nach dem großen Zuspruch im letzten Jahr fand am Vortag des Bodentages wieder der Praxis- und Vernetzungstag statt. Hier wurden besonders geeignete Möglichkeiten angeboten, mit Referenten, Fachexperten und Praktikern ins Gespräch zu kommen. „Mit der Gestaltung dieses Tages sind wir wieder gerne dem Wunsch zahlreicher Teilnehmer und Gäste nachgekommen, zusätzliche Möglichkeiten der nachhaltigen Vernetzung rund um gesunden Boden zu schaffen. Denn schließlich können wir mit gesundem Boden nur gemeinsam die Herausforderungen aufgrund der gesellschaftlichen Erwartungen und der klimatischen Veränderungsprozesse besser meistern“, betonte Rösl mit Blick auf die Veranstaltung und die Teilnehmer.

Grußbotschaft von Dr. Auma Obama

Bei der Tragweite des Tagungsthemas konnte mit Dr. Auma Obama eine international bedeutende Botschafterin ge-

ten Voraussetzungen ein Unternehmen verpflichten kann, jede Fusion anzumelden. Momentan führe das Bundeskartellamt ein Verfahren gegen Rethmann. Es werde geprüft, ob eine solche Anordnung erlassen wird.

Besondere Aufmerksamkeit widmete der Präsident auch der kartellrechtlichen Prüfung der Ausschreibungsverträge der dualen Systeme. Zwar habe sich dieses System grundsätzlich bewährt, er sehe aber eine Unwucht zu Lasten der kleinen und mittleren Unternehmen.

Offen zeigte sich Mundt bezüglich längerer Vertragslaufzeiten. Dies sei eine Frage der richtigen Balance: Wenn der Ausschreibungszeitraum zu kurz sei, könnten sich notwendige Investitionen nicht amortisieren. Sind die Ausschreibungszeiträume zu lang, gehe das zu Lasten derjenigen, die die Ausschreibung nicht gewonnen haben.

Ein weiterer kritischer Punkt sei die Sicherungsleistung bei Ausfall eines dualen Systems bei Insolvenz. Die dualen Systeme stellten momentan Sicherheitsleistungen zugunsten der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger. Mundt glaubt jedoch, dass eine andere Lösung in Form einer Gesetzesänderung gefunden werden müsse, die auch die Entsorgungswirtschaft einbezieht.

Kritik an Novelle der Gewerbeabfallverordnung

Abschließend kritisierte der Kartellamtschef die Novelle der Gewerbeabfallverordnung. Aus wettbewerbsrechtlicher Sicht sei es problematisch, dass im Entwurf die Kaskadenlösung eingeschränkt worden sei, weil somit weniger Unternehmen am Markt teilnehmen können. Stattdessen müsse der Vollzug der bestehenden Regelungen bei den zuständigen Behörden verbessert werden. bvse-Hauptgeschäftsführer Rehbock schlug vor, dass der Vollzug bei den Müllverbrennungsanlagen ansetzen solle, um eine wirksame Kontrolle zu erreichen und somit die stoffliche Verwertung zu stärken. **DK**

wonnen werden. Die Schwester des früheren US-Präsidenten Barack Obama ist Gründerin und Geschäftsführerin einer Stiftung, die sich um junge Menschen kümmert. Im Kern ihrer Botschaft ist es ihr sehr wichtig, dass junge Menschen in Zukunft eine gesellschaftlich stärkere Stimme bekommen und sich im Kontext des Klimawandels möglichst viel Wissen um einen gesunden, lebendigen Boden aneignen.

Kooperationsveranstaltung in Neu-Ulm:

Altlastensymposium GAB und afBW 2024

In Neu-Ulm tagten die Gesellschaft zur Altlastensanierung in Bayern mbH (GAB) und das Altlastenforum Baden-Württemberg e.V. zum dritten Mal gemeinsam mit dem Ziel, aktuelle Entwicklungen in Baden-Württemberg und Bayern zu präsentieren. Auf der Agenda standen die Themen „Recht und Vollzug der Altlastenbearbeitung“, „Praxiserfahrungen bei Erkundungen und Sanierungen“ sowie „Nachhaltigkeit in der Sanierung“.

Philipp Schwarz, 1. Vorsitzender des Altlastenforums Baden-Württemberg, HPC AG, referierte zum Thema „Alles klar zum Umgang mit Boden und Bauschutt nach Ersatzbaustoff V und LAGA M23?“. Seit annähernd einem Jahr ist die Ersatzbaustoffverordnung in Kraft und regelt seither den Umgang mit mineralischen Ersatzbaustoffen bundesweit vollständig neu. Schwarz zufolge zeigen Erfahrungen aus der Praxis als Gutachter und Planer, dass es vielfältige Auslegungen und Interpretationen der neuen Regelungen gebe. Die Probleme äußerten sich im Detail, sei es bei unklaren Regelungen zur Probenaufbereitung, der Bewertung analytischer Ergebnisse oder bei der Auslegung von Einbauweisen nach ErsatzbaustoffV in technischen Bauwerken. So seien Aktualisierungen der Ausführungsvorschriften und konkretisierende, praxistaugliche Leitfäden dringend geboten. Lösungen und rechtsverbindliche Regelungen über Ländergrenzen hinweg seien hier äußerst hilfreich.

Bodenkundliche Baubegleitung

Mit den Herausforderungen in der Bodenkundlichen Baubegleitung bei linearen Großprojekten befasste sich Dr. Markus Dotterweich, R & H GmbH. Neu in der BBodSchV ist, dass bei Vorhaben, die eine Fläche von mehr als 3.000 qm umfassen, eine bodenkundliche Baubegleitung nach DIN 19639 „Bodenschutz bei Planung und Durchführung bei Bauvorhaben“ verlangt werden kann und auch die Entwicklung eines Bodenschutzkonzepts miteinschließt. Vor allem bei Großprojekten wird dies künftig als Standardauflage zu erwarten sein.

Dotterweich stellte das Projekt SuedLink vor, bei dem entlang einer etwa 700 Kilometer langen Trasse von Nord- nach Süddeutschland zwei Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungsleitungen (HGÜ) geplant, gebaut und betrieben werden. Bei diesem komplexen Bauprojekt ist der Aufwand in der Planung und Durchführung durch die großen Distanzen, der Verlauf durch unterschiedliche Naturräume und zahlreiche administrative Einheiten enorm erhöht.

Bei einer Erdkabeltrasse komme erschwerend hinzu, dass hunderte oder sogar tausende Eigentümer, Besitzer und Betroffene mit einzubeziehen seien, so Dotterweich. Diese Aufgabe erfordere die Entwicklung zahlreicher standortspezifischer Bodenschutzmaßnahmen, die in enger Abstimmung mit den beteiligten Projektakteuren erarbeitet, kommuniziert und umgesetzt werden müssten.

Über Aktuelles aus dem LfU informierte Matthias Heinzl vom Bayerischen Landesamt für Um-

welt. Der diesjährige Bodentag zeigte auch wieder allen Gästen und Beteiligten vor Ort, wie Boden-gesundheit gelebt und auch umgesetzt werden kann. Es wurden alle mit regionalen, saisonalen und aus biologischem Anbau produzierten Lebensmitteln verköstigt, die auf gesunden Böden von Mitgliedern der IG gesunder Boden e. V. wachsen. Und: Um die Umwelt so gering wie möglich zu belasten, wurde eine spezielle ökologische

Ausgleichsmaßnahme als Kompensation zur An- und Abreise der Tagungsteilnehmer wieder umgesetzt. Der verursachte Kohlendioxid-Ausstoß in die Umwelt wird durch eine Obstbaum-Pflanzaktion im Frühjahr 2025 gemeinsam mit der Stadt Neunburg v. Wald ausgeglichen. Inzwischen wurden in den vergangenen Jahren in Regensburg und Neunburg v. Wald über 130 Obstbäume, zum Teil auch alte Obstbaumsorten, gepflanzt. **DK**

Vortrag gab er einige Denkanstöße zu Beschichtungen/Imprägnierungen, Spezialfarben, Zusätze (Additive), Löscheinrichtungen und Sekundärverunreinigungen im Beton. Mit aller Vorsicht zog er das Fazit, dass die tatsächliche Relevanz zahlreicher potenzieller Verunreinigungen in der Baubsubstanz noch nicht systematisch erforscht sei und viele bekannte PFAS-Belastungen wohl derzeit nicht im Schadstoffmanagement bei Rückbau oder Erneuerungen des Baubestands berücksichtigt würden (z. B. Sprinkleranlagen). Zudem gebe es Regelungslücken bei der Verwertung von PFAS-haltigen Abfällen aus dem Rückbau von Anlagen oder Gebäuden.

CO2-Bilanz im Fokus

Bernadette Bohnert, HPC AG, die zum Thema „Verhältnismäßig und nachhaltig sanieren – mit CO2-Bilanz zum optimalen Minimum?“ referierte, wies darauf hin, dass eine CO2-Bilanz nicht der Weg zur optimalen Sanierungsvariante sei. Ein wesentlicher Vorteil der Bilanz sei jedoch, dass sie eine quantifizierbare Entscheidungsgrundlage liefere, die objektiv nach allgemeiner anerkannter Standards verglichen werden könne. Darüber hinaus erlaube eine CO2-Bilanz auch, dass Umweltauswirkungen in die Kostenschätzung aufgenommen und dann ggf. ausgeglichen werden können. Neben dem Vergleich von Sanierungsverfahren sei sie aber auch bei der Bewertung langlaufender Maßnahmen, vor allem bei Pump & Treat-Verfahren, in Bezug auf ihre in der Regel abnehmende Effizienz und Verhältnismäßigkeit einsetzbar. **DK**

Gründerpreis für Würzburger Startup:

Spezialisierung auf KI-unterstützte Müllsortierung

Das Würzburger Start-up WeSort.AI GmbH hat den renommierten Deutschen Gründerpreis 2024 in der Kategorie Start-up gewonnen. Das fränkische Unternehmen nahm die Auszeichnung in Berlin entgegen.

WeSort.AI, gegründet von den Brüdern Nathanael und Johannes Laier, hat sich auf die KI-unterstützte Müllsortierung spezialisiert. Ihre innovative Technologie ermöglicht das Hochgeschwindigkeits-Sortieren von Abfall mit einer Genauigkeit, die menschliche Sortierer weit übertrifft. Die Künstliche Intelligenz von WeSort.AI kann über sieben Millionen verschiedene Produkte identifizieren, darunter auch Marken, Volumen und den CO2-Fußabdruck von PET-Flaschen.

Lob für Genauigkeit und Effizienz

Die Idee zur Gründung von WeSort.AI entstand aus einer Dokumentation über Mülltrennung, die die Brüder inspirierte. Sie wollten ein Unternehmen schaffen, das sowohl wirtschaftlich erfolgreich ist als auch einen positiven Beitrag zur Gesellschaft leistet. Ihre Technologie bringt einen modernen, digitalen Ansatz in die Abfallwirtschaft und hat das Potenzial, die Branche nachhaltig zu verändern. Die Jury des Deutschen Gründerpreises lobte die Genauigkeit und Effizienz der WeSort.AI-Technologie. Die Sortierung sei schnell und fast 100 Prozent genau. Menschliche Sortierer bräuchten fünf Mal länger und seien deutlich ungenauer.

Neben der Auszeichnung erhalten die Preisträger unter anderem Zugang zum Alumni-Netzwerk des Deutschen Gründerpreises. Dieses bietet WeSort.AI zusätzliche Unterstützung und Ressourcen, um ihre innovative Technologie weiterzuentwickeln und zu skalieren. **DK**

Bayerischer Naturschutzfonds unterstützt neue Projekte mit knapp 3,6 Mio. Euro

Mit insgesamt knapp 3,6 Millionen Euro wird der Bayerische Naturschutzfonds neue Naturschutzprojekte im gesamten Freistaat fördern. Bayerns Umweltminister und Stiftungsratsvorsitzender des Naturschutzfonds, Thorsten Glauber, betonte dazu in München: „Wir wollen Bayerns wertvolle Flora und Fauna für die Zukunft erhalten und entwickeln. Der Bayerische Naturschutzfonds fördert dafür Schutz, Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft. Durch Förderung von Vereinen, Verbänden, Kommunen und ehrenamtlichen Naturkennern vor Ort ermöglicht die Stiftung die Bewahrung der vielfältigen bayerischen Kulturlandschaften und den Erhalt der Artenvielfalt. Die neuesten Projekte mit einem Fördervolumen von fast 3,6 Millionen Euro geben dabei Rückenwind. Der Erhalt der Artenvielfalt und der Schutz unserer Natur gehören zu unseren wichtigsten Zukunftsaufgaben.“

Der Bayerische Naturschutzfonds hat in der jüngsten Stiftungsratsitzung über die Förderprojekte beraten. Beispielsweise wurden folgende Förderprojekte bewilligt:

Erhalt und Wiederansiedlung gefährdeter Rote-Liste-Pflanzenarten

Dieses Botanik-Projekt hat die Stärkung der Populationsdichte sowie die Wiederansiedlung nur noch vereinzelt vorkommender oder verschwundener Arten in LBV-Schutzgebieten zum Ziel. Unter wissenschaftlicher Begleitung durch die Universität Regensburg soll dem Artenverlust entgegengewirkt und die botanische Artenvielfalt gestärkt werden. Maßnahmenträger ist der Landesbund für Vogel- und Naturschutz in Bayern e.V. Der Zuschuss beträgt knapp 677.000 Euro.

Apfel-Birne-Berge 2.0: Wiederverbreitung von vergessenen Streuobstsorten

Mit diesem Projekt wird das erfolgreich abgeschlossene Projekt „Alte Obstsorten in den oberbayerischen Voralpenkreisen“ fortgeführt, in dem bisher knapp 270 alte und vergessene Apfel- und Birnensorten gesichert werden konnten. Mit dem Folgeprojekt sollen die geborgenen Sorten dauerhaft gesichert und wiederverbreitet werden. Maßnahmenträger ist der Landkreis Rosenheim (federführend) in Trägergemeinschaft mit den Landkreisen Bad Tölz-Wolfratshausen, Miesbach, Traunstein, Weilheim-Schongau, dem Trägerverein Biosphärenregion Berchtesgadener Land e.V. und dem Bezirksverband Oberbayern für Gartenkultur und Landschaftspflege. Das Projekt wird mit über 272.000 Euro gefördert.

Braunkehlchen und gefiederte Freunde

Hauptziel des Projekts ist die Stabilisierung und Bestandssicherung sehr seltener Vogelarten und deren Lebensgemeinschaften. Besonderer Fokus wird auf die Erhöhung der Bestände wiesenbrütender Vogelarten, insbesondere von Braunkehlchen und Brachvogel, in den Loisach-Kochelsee-Mooren gelegt. Dort besteht derzeit noch die größte, aber wie in anderen Gebieten ebenfalls rückläufige Braunkehlchen-Population Bayerns. Maßnahmenträger ist der Landesbund für Vogel- und Naturschutz in Bayern e.V. Der Zuschuss beträgt knapp 530.000 Euro.

39 Kleinprojekte für 2025 vorgesehen

Die Kleinmaßnahmen sind ein unverzichtbares Instrument der Naturschutzarbeit in Bayern. Dabei liegt der fachliche Schwerpunkt insbesondere bei einer anwendungsorientierten Naturschutzforschung, praxisbezogenen Fachplanungen und

Fachkonzepten sowie bei der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit. Für das Jahr 2025 sind 39 Kleinprojekte vorgesehen. Maßnahmenträger sind der Bund Naturschutz in Bayern e. V. (BN), der LBV und der Deutsche Verband für Landschaftspflege e. V. (DVL). Die Zuschusshöhe liegt bei 500.000 Euro. Weitere Informationen gibt es unter www.die-natur-gewinnt-immer.de.

Grunderwerb im Landkreis Altötting

Der Landkreis Altötting plant den Erwerb einer struktur- und artenreichen Fläche von rund 5,3 Hektar, die in der Kernzone des Naturschutzgebiets „Innleite bei Markt mit Dachwand“ sowie im Natura 2000 und FFH-Gebiet „Inn und Untere Alz“ liegt.

Teil des Grundstücks ist das ehemalige Steilerer des Inns, die sogenannte Dachwand, die auch das Kernstück des Schutzgebietes bildet. Das Gebiet weist eine herausragende Bedeutung für den Natur- und Artenschutz auf. Durch den Flächenerwerb soll die dauerhafte Sicherung wertvoller und seltener Lebensräume für zahlreiche Arten, insbesondere des dortigen bayernweit bedeutenden Uhu-Vorkommens erreicht werden.

Eine weitere Fläche von rund 2 Hektar soll im FFH-Gebiet „Salzach und Unterer Inn“ erworben werden. Diese Waldfläche mit typischer Auenvegetation soll durch gezielte Pflegemaßnahmen optimiert werden, um die Lebensraumfunktion sowie die charakteristische Auenvegetation und die Struktur der Fläche zu entwickeln. Maßnahmenträger ist der Landkreis Altötting. Der Zuschuss beträgt insgesamt über 142.000 Euro.

Naturnahe Beweidung und ihre Bedeutung für den Erhalt der Artenvielfalt

Übergeordnetes Ziel des Projekts ist es, Kindern durch ein alle Sinne ansprechendes Kamishibai-Erzähltheater umfassendes Wissen über Zusammenhänge zwischen Beweidung, Erhalt der Biodiversität, Tierhaltung, Boden, Klima und Erhalt unserer Kulturlandschaft zu vermitteln. Dazu sollen aufeinander aufbauende Bildersätze, dazugehörige Texte und Begleitmaterialien zu den Themen naturnahe Beweidung mit Rindern und naturnahe Beweidung mit Schafen und Ziegen für Grundschulen und Kindertagesstätten entwickelt werden.

Maßnahmenträger ist die Trägergemeinschaft aus dem Landschaftspflegeverband Main-Spessart e.V. (hat die Federführung) und dem Landschaftspflegeverband Würzburg e.V. Die Förderung beträgt knapp 88.000 Euro.

Weitere Informationen unter www.naturschutzfonds.bayern.de



Hier gehen wichtige Wertstoffe verloren: An den Altkleider-Containern der Malteser in Kulmbach unter der Brücke der B85 sieht es aus wie auf einer Müllhalde. Bild: FWS/Malteser

VBS-Jahrestagung in Nürnberg:

Kritik an Regierungsarbeit

Im Rahmen der Jahrestagung des Verbands der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e.V. in Nürnberg im Oktober diskutierten Experten aus Politik und Entsorgungsbranche über Möglichkeiten zum Ausbau der Kreislaufwirtschaft vor dem Hintergrund des bevorstehenden Bundestagswahlkampfes. Mit Barbara Fuchs MdL und Wolfram Hatz, Präsident der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V., waren prominente Gäste als Redner anwesend.

Die Festrede hielt in diesem Jahr vbw-Präsident Wolfram Hatz. Er betonte: „Die bayerische Wirtschaft steht fest zur Kreislaufwirtschaft, denn sie verbindet ökologische mit ökonomischen Interessen. Wenn wir es schaffen, Produkte und Ressourcen so lange wie möglich zu nutzen und durch Wiederverwendung in einem Kreislauf zu halten, können wir mit weniger Ressourcen und Emissionen mehr Wachstum erzielen. Gleichzeitig können wir drohende Versorgungsengpässe entschärfen, wenn wir die Lebensdauer von Rohstoffen verlängern. Kurzum: Die Kreislaufwirtschaft steht für Ressourcenschutz, Rentabilität und Resilienz gleichermaßen und die Bayerischen Entsorgungsunternehmen sind ein zentraler Akteur dieser nachhaltigen Wertschöpfung.“

Diskrepanz zwischen Vorhaben und Ergebnis

VBS-Präsident Stefan Böhme hob in seiner Rede die Diskrepanz hervor zwischen den ehrgeizigen Vorhaben des Koalitionsvertrages und den bisherigen Ergebnissen der Regierungsarbeit: „Der Koalitionsvertrag der Ampel ist gerade im Kapitel zur Kreislaufwirtschaft sehr ambitioniert und enthält viele richtige Vorhaben. Leider müssen wir feststellen, dass Kreislaufwirtschaft nie bestritten, oft gelobt und zu selten in der politischen Praxis umgesetzt wurde. Aus unserer Sicht gilt: Konse-

quente Kreislaufwirtschaft in allen Phasen der Wertschöpfung, vom Produktdesign bis zur Rückführung der Rohstoffe, ist möglich – und angesichts ambitionierter Klimaziele in Bund und Europa auch nötiger denn je.“ Ein Grußwort aus dem Landtag übermittelte die Fürther Abgeordnete Barbara Fuchs, wirtschaftspolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. In ihrer Rede stellte sie her aus: „Die EU möchte bis 2050 klimaneutral sein, die Bundesrepublik strebt dies für 2045 an. 39 von 46 der für die Wirtschaft kritischen Rohstoffe muss Deutschland importieren. Fast die Hälfte der Seltenen Erden für die deutsche Produktion kommen aus China. Wir lösen uns aus diesen Abhängigkeiten nur durch den consequenten weiteren Ausbau der Kreislaufwirtschaft. Eine funktionierende Kreislaufwirtschaft reduziert den Ressourcenverbrauch, trägt zur Rohstoffsicherheit der Wirtschaft bei und reduziert Abhängigkeiten von autoritären Staaten. Dabei zähle ich auch auf die Erfahrung und die Innovationskraft der mittelständisch geprägten privaten Entsorgungswirtschaft.“ Als Präsidenten bestimmte die Mitgliederversammlung erneut einstimmig Stefan Böhme (Böhme GmbH Wertstoffeffassung, Rehau). In den erweiterten Vorstand wurden gewählt: Michael Buchheit, Frank Gärtner, Matthias Harms und Markus Wittmann.

25 Jahre ÖKOPROFIT München

Mit seinem 25-jährigen Bestehen hat ÖKOPROFIT in München als Impulsgeber für mehr als 120 deutsche ÖKO-PROFIT-Kommunen in Deutschland einen Meilenstein in seiner Geschichte erreicht. Das Jubiläum wurde kürzlich im Munich Urban Colab gefeiert. Gleichzeitig erhielten mehr als 100 Münchner Betriebe der aktuellen Ökoprofit München Runde 2023/24 ihre Auszeichnung als Ökoprofit Betrieb.

Unter anderem werden rund 1.600 Tonnen CO₂-Emissionen und 7,2 Millionen Kilowattstunden Energie eingespart. Die ökonomischen Ersparnisse betragen 2,1 Millionen Euro. Ob Nutzung oder Erzeugung von Ökostrom, Bezug von Fernwärme oder Einkauf von biologisch erzeugten Lebensmitteln – die Klima- und Umweltschutzmaßnahmen der diesjährigen ÖKO-PROFIT-Runde sind so vielfältig wie die Betriebe und Organisationen, die teilgenommen haben.

Industrieunternehmen, Handwerksbetriebe und verschiedenste Dienstleister sowie einige städtische Referate haben

sich der Herausforderung von ÖKO-PROFIT gestellt, egal ob mit zwei oder 5.000 Mitarbeitenden. Besonders erwähnenswert sind auch die Volksfestbetriebe, die mit 55 Betrieben in diesem Jahr fast die Hälfte der ausgezeichneten 105 Betriebe ausmachen.

Seit 1998 hat die Stadt München bereits mehr als 500 Betriebe ausgezeichnet, die mit großem Engagement vielfältige Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen entwickelt haben. Ökonomisch hat sich ÖKOPROFIT ebenfalls gelohnt: Die teilnehmenden Betriebe haben im Laufe der Jahre insgesamt 123 Millionen Euro eingespart.

Malteser appellieren:

Altkleider-Container sind keine Mülltonnen

Die Produktion von Textilien verbraucht massiv Ressourcen bei der Herstellung. Einen erheblichen Beitrag, die Umwelt hier zu entlasten, spielt deshalb die Wiederverwertung von Altkleidern. „Sie sind ein wichtiger Wertstoff im Sinne der Nachhaltigkeit“, betont die Diözesangeschäftsführerin der Malteser im Erzbistum, Claudia Ramminger. Und ist traurig darüber, wenn diese Chancen nicht genutzt werden, wie derzeit in Kulmbach.

Obwohl die drei Altkleider-Container der Malteser unter der Brücke der B85 nur halb gefüllt sind, sieht es aus wie auf einer Müllhalde. Aufgeplatzte gelbe Säcke mit Plastikverpackungen stehen neben Kanistern, Obststeigen aus Papier, Eimern und aufgerissenen Säcken mit nassen Klamotten. Auch in den Containern selbst befindet sich statt wertvoller Recycling-Ware Unrat, Hausmüll oder sogar Bauschutt. Die Altkleider-Container werden zunehmend als Mülltonnen missbraucht – und die Leidtragenden sind Menschen, die dringend Hilfe benötigen.

Plädoyer für sorgsamen Umgang mit dem Wertstoff

Denn neben der Nachhaltigkeit, der sich die Malteser als soziales Unternehmen verpflichtet fühlen, gibt es einen weiteren wichtigen Aspekt, mit dem Wertstoff Altkleider sorgsam umzugehen: Die Erlöse aus den Altkleidersammlungen verwenden die Malteser in der Diözese beispielsweise für soziale Angebote wie den Patenruf, den Besuchs- und Begleitedienst für ältere Menschen oder den Rikscha-Dienst und auch im Bereich des Katastrophenschutzes und Sanitätsdienstes, zu dem auch die Kulmbacher Einheit „Technik und Sicherheit“ zählt. Grundsätzlich verwerten die Malteser einen kleinen Teil der gesammelten Kleiderspenden selbst und geben gut erhaltene Kleidungsstücke nahezu kostenlos an Bedürftige ab. Der Großteil der gesammelten Kleiderspenden geht an kommerzielle Verwerter wie etwa im Fall der Malteser an den Dienstleister FWS in Bremen. Dieser sortiert die Kleider und verschickt sie unter anderem nach Afrika

und Osteuropa. Pro Jahr werden in einem Container rund drei Tonnen Altkleider gesammelt.

„Zum Dienst am Menschen gehört für uns auch der aktive Klima- und Umweltschutz. Müll in und vor den Altkleidercontainern zerstört den Wertstoff. Der Kreislauf der Wiederverwertung kann nur funktionieren, wenn die Leute nur das in die Aufsteller werfen, was dort hineingehört – und dazu gehört definitiv kein Unrat“, betont Claudia Ramminger. Wichtig: Vor die Container gehört grundsätzlich nichts gestellt, auch keine Altkleidersäcke, falls die Aufsteller voll sind. „Wenn die Ware nass wird, ist sie ebenfalls für die Wiederverwertung unbrauchbar“, erklärt die Diözesangeschäftsführerin.

Umwelt und Soziales im Einklang

Ramona Diercksen vom Entsorger FWS, der im Auftrag der Malteser die Container in Kulmbach betreut, versichert, dass die Aufsteller regelmäßig geleert würden. „Übervolle Container sind in unserem Fall aber ja gar nicht das Problem, sondern dass einfach wild Müll in und vor den Containern entsorgt wird“, so Diercksen. Sie appelliert deshalb genauso wie die Malteser, die Altkleider-Container nicht als Mülltonnen zu missbrauchen, sondern dort nur gut erhaltene Kleidung und Textilien sauber und gut verpackt einzuwerfen. Denn, so Malteser-Chefin Claudia Ramminger: „Grundsätzlich freuen wir uns ja über jede Spende. Helfen Sie also mit, gleichzeitig etwas für die Umwelt und etwas Soziales zu tun!“

Umweltminister Thorsten Glauber:

Neue Förderung für Repair-Cafes

Das Bayerische Umweltministerium wird nicht-gewerbliche Reparaturinitiativen unkompliziert finanziell unterstützen. Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber betonte dazu in München: „Ressourcenschutz ist eine der großen Herausforderungen unserer Zeit. Wir wollen den zunehmenden Verbrauch von Rohstoffen und seine Umweltauswirkungen reduzieren. Ein sparsamer Umgang mit wertvollen Rohstoffen schützt das Klima. Abfälle vermeiden ist der erste Schritt, schon Ressourcen und Umwelt.“

Haushaltsübliche Gebrauchsgüter und Alltagsgegenstände sollten Glauber zufolge nicht zu Abfall werden, wenn sie noch repariert werden können: „Reparaturinitiativen sind dazu eine wichtige Anlaufstelle vor Ort. Hier engagieren sich Ehrenamtliche vorbildlich für Nachhaltigkeit und setzen ein deutliches Zeichen gegen die Wegwerfmentalität. Dieses Angebot für umweltbewussten Konsum unterstützen wir ab sofort mit unserem neuen Förderprogramm. Ziel ist, ein möglichst flächendeckendes Netz wohnortnaher Reparaturinitiativen dauerhaft zu etablieren.“

Wertvolle Initiativen

Reparaturinitiativen bieten fachliche Begleitung zur kostenfreien Reparatur privater Gegenstände an. Konkret können die Initiativen jeweils bis

zu 3.000 Euro pro Jahr beantragen. Anträge können ab sofort eingereicht werden.

Reparaturinitiativen tragen aktiv zu Abfallvermeidung, Klimaschutz und zu nachhaltiger Entwicklung durch Verlängerung der Lebens- und Nutzungsdauer von Alltagsgegenständen und haushaltsüblichen Gebrauchsgütern bei. Energieaufwändige Neuproduktionen können dadurch reduziert werden. Reparaturinitiativen widmen sich den Reparaturen, die das Gewerbe in der Regel nicht mehr anbietet.

Weitere Informationen und praktische Hinweise zur neuen bayerischen Förderung nicht-gewerblicher Reparaturinitiativen, FAQ's sowie Muster-Formulare sind im Internet verfügbar unter <https://www.stmu.bayern.de/themen/verbraucherinformation/reparaturinitiativen/index.htm>



Die Übergabe des Zertifikats fand im Rahmen der Einweihungsfeier des neuen Gebäudes von Beuthauser-Geschäftspartner Bucher Municipal statt (v.l.): Thorsten Heinzelmann, Daimler Truck Regionalleiter Vertrieb Unimog, der frisch zertifizierte Beuthauser-Verkaufsberater Alfred Pöhn, Klaus Löbnitz, Sales Training Mercedes-Benz Special Trucks, sowie Claus Artmayer, Leiter Kommunaltechnik bei Beuthauser.

Bild: Beuthauser

Zertifizierung in Rekordzeit

Beuthauser-Verkaufsberater Alfred Pöhn meistert Qualifizierungsmaßnahme

Das Team der zertifizierten Unimog-Verkäufer bei Beuthauser wächst: Alfred Pöhn hat in einer Rekordzeit von knapp fünf Monaten diese wichtige Qualifizierungsmaßnahme von Mercedes-Benz Special Trucks durchlaufen. Normalerweise dauert der Prozess je nach Anwärterzahl mindestens ein Jahr oder länger. Doch in diesem Fall reagierten alle Beteiligten kurzfristig auf die aktuellen Rahmenbedingungen: Trainer Klaus Löbnitz wollte nach der jahrelang sehr guten Zusammenarbeit mit Beuthauser die Zertifizierung vor seinem Rentenbeginn noch selbst abschließen. Deshalb absolvierte Anwärter Alfred Pöhn die Maßnahme ohne längere Pausephasen zwischen den einzelnen Bausteinen.

Bereits kurz nach seinem Start bei Beuthauser am 1. Januar 2024 begann Pöhn mit dem Programm, das in Onlinetrainings und Vor-Ort-Terminen im Mercedes-Benz-Trucks-Werk in Wörth aufgeteilt war. Behandelt wurde allem voran der Aufbau des Unimog samt aller technischen Details und Funktionen. Auch die verschiedenen Einsatz-

gebiete in Kommunen, der Feuerwehr oder der Landwirtschaft wurden beleuchtet. Auf ein Verkaufstraining folgte schließlich die Abschlussprüfung. Seither ist Alfred Pöhn zum Verkauf von Unimog-Neufahrzeugen befähigt und berechtigt. Er betreut für Beuthauser die Landkreise Regensburg, Kelheim, Dingolfing-Landau und Straubing. □

Ein „redMog“ von Beuthauser zum 150. Geburtstag

FFW Zandt beschenkt sich mit Investition in die Zukunft

Die Freiwillige Feuerwehr Zandt hat seit ihrer Gründung 1874 unzählige Male unter Beweis gestellt, dass sie im Ernstfall zuverlässig zur Stelle ist. Darauf kann sich die Bevölkerung auch weiterhin verlassen. Die ehrenamtlichen Helfer gehen mit einem neuen Fahrzeug in die Zukunft. Im Rahmen der Jubiläumsfeierlichkeiten anlässlich des 150-jährigen Bestehens der Feuerwehr übergab Beuthauser aus Hagelstadt einen neuen „redMog“ an die Einsatzkräfte. Es handelt sich um einen U 5023 mit einem Schlingmann-Aufbau TLF 3000, der bis zu 3000 Liter Löschwasser mit sich führen kann und von einem 170 kW starken Motor angetrieben wird.

Vorangegangen war ein intensiver Auswahlprozess. „In den letzten Jahren hat die Anzahl von Flächen- und Waldbränden immer mehr zugenommen. Auch Hochwasserereignisse kommen in der Region zunehmend vor. Darauf müssen wir vorbereitet sein“, fasst 1. Kommandant Michael Baumgartner das Anforderungsprofil zusammen. Gesucht wurde ein besonders geländegängiges Fahrzeug, mit dem nicht nur Brände bekämpft, sondern auch weitere Einsätze im Bereich Katastrophenschutz bewältigt werden können.

Schlagkräftig auch abseits der Straße

Dank seiner robusten Bauweise, der Offroad-Tauglichkeit, der hohen Bodenfreiheit sowie der hohen Wattiefe ist der Unimog dafür prädestiniert. „Wenn wir beim Hochwasser bleiben: Der Unimog hat eine Wattiefe von bis zu 1,20 Meter und kann somit auch in stark überfluteten Gebieten eingesetzt werden. Es gab kein vergleichbares Fahrgestell, welches zudem auch noch die

Norm erfüllte“, so Baumgartner. Er folgert: „Der Feuerwehr-Unimog ist schlagkräftig auch abseits von allen Straßen.“

„redMog“ begeistert beim Fahrertraining

Von dieser Tatsache überzeugten sich die Retter im Rahmen einer Vorführung. „Ich war gemeinsam mit unserem Vorführer Ewald Schiehandl ein Wochenende lang vor Ort. Wir haben uns viel Zeit dafür genommen, alle entscheidenden Punkte direkt am Fahrzeug zu erklären. Dann konnten die Kameraden den „redMog“ natürlich auch testen und im Gelände fahren“, berichtet Beuthauser-Verkaufsberater Stephan Attenberger.

Auch bei einer Nachbargemeinde, die bereits einen Feuerwehr-Unimog von Beuthauser im Einsatz hat, haben sich



Einen besseren Zeitpunkt als das 150-jährige Gründungsfest der Freiwilligen Feuerwehr Zandt hätte es für die feierliche Übergabe des „redMog“ nicht geben können. Darüber freuten sich (v.l.) Michael Baumgartner, 1. Kommandant der FFW Zandt, Reinhold Sturm, Geschäftsführer Sturm Feuerschutz, Bürgermeister Hans Laumer, Beuthauser-Verkaufsberater Stephan Attenberger sowie Benjamin Blasini, 1. Vorsitzender der FFW Zandt.

Bild: Beuthauser

die Verantwortlichen der FFW Zandt über das Fahrzeug informiert.

Im Frühjahr folgte ein Fahrertraining, das der Landkreis Cham für alle Feuerwehren und deren Fahrzeuge am Truppenübungsplatz in Roding organisiert hatte. „Da war schließlich auch der Letzte Feuer und Flamme für den Unimog, weil er einfach mit Abstand sämtliche Hürden genommen hat“, erinnert sich Michael Baumgartner zurück. Nach dem Training stand final fest, dass die

Feuerwehr Zandt in einen „redMog“ investieren wird und sich damit zugleich das schönste Geschenk zum 150-jährigen Gründungsfest selbst macht.

Und so wurde der Feuerwehr-Unimog bei der Unimog-Ausstellung, die zum Rahmenprogramm der Feierlichkeiten zählte, zu einem echten Blickfang. Zudem segnete Monsignore Augustin Sperl beim Festgottesdienst nicht nur die Fahnenbänder, sondern auch den neuen „redMog“ der Zandter Wehr. □

Forstministerin Kaniber stellt die Ergebnisse des Forstlichen Gutachtens 2024 vor:

Wildverbiss leicht gesunken, Sorgenkind ist der Bergwald

Licht und Schatten in Bayerns Wäldern: Landesweit hat der Wildverbiss an jungen Waldbäumen in den letzten drei Jahren leicht abgenommen – deutlich gestiegen ist er allerdings in den Bergwäldern. Das hat Forstministerin Michaela Kaniber bei der Vorstellung der „Forstlichen Gutachten zur Situation der Waldverjüngung 2024“ im Bayerischen Landtag berichtet. Demzufolge ist bayernweit der Anteil der von Rehen, Hirschen und Gämsen abgeissenen Leittriebe bei Laubbäumen von 21 auf 17 Prozent zurückgegangen und bei Nadelbäumen mit drei Prozent gleichgeblieben. Diese Entwicklung freut die Ministerin: „In den vergangenen Jahren ist es vielerorts gelungen, Wald und Wild miteinander in Einklang zu bringen. Das ist dem vorbildlichen Einsatz und der Zusammenarbeit engagierter Waldbesitzer, Jäger und Förster zu verdanken. Sie leisten damit einen unverzichtbaren Beitrag zum Aufbau zukunftsfähiger Wälder.“ Laut Kaniber haben die jungen Bäume nur bei walddverträglichen Wildbeständen eine Chance, zu stabilen Mischwäldern heranzuwachsen.

Mit Sorge sieht die Ministerin deshalb die Entwicklung im Bergwald, wo der Verbiss gerade bei der für die Stabilität so wichtigen Tanne von 17 auf 23 Prozent deutlich gestiegen ist. „Diese Entwicklung ist fatal“, so Kaniber. Und weiter: „Unsere Bergwälder schützen Menschen, Straßen und Siedlungen vor Lawinen, Steinschlag und Hochwasser. Sie sind damit eine Art Lebensversicherung für die

Menschen im Alpenraum – aber nur, wenn sie auf Dauer intakt und stabil sind.“ Das in Hochlagen ohnehin langsamere Wachstum der Bäume dürfe deshalb nicht auch noch durch übermäßigen Wildverbiss verzögert oder schon nach kurzer Zeit beendet werden. Die Ministerin appellierte an alle Beteiligten, die Bejagung zu verstärken und konsequent für walddverträgliche Wildbestände zu sorgen.

Verjüngungsinventur seit 1986

Die Bayerische Forstverwaltung führt die Verjüngungsinventur seit 1986 im dreijährigen Turnus durch, heuer bereits zum vierzehnten Mal. Von Februar bis Mai hatten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf rund 21.000 Verjüngungsflächen über zwei Millionen junge Bäume auf Verbiss und Fegeschäden untersucht.

Auf dieser Datenbasis erstellten die Ämter für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten für jede Hegegemeinschaft ein Forstliches Gutachten und zusätzlich insgesamt rund 9.600 ergänzende „Revierweise Aussagen“. Die Ergebnisse werden den Jagdvorständen, Revierpächtern und Eigenjagdbesitzern für die Abschussplanung zur Verfügung gestellt.

Details zum Gutachten können im Internet unter www.forst.bayern.de/forstlichegutachten heruntergeladen werden. □



30 Freiwillige des Rotary-Club, AELF und Landratsamtes Bad Tölz-Wolfratshausen sorgten gemeinschaftlich für eine Pflanzung von 250 Weißtannen in einem Landkreis-Fichtenwald im Gemeindegebiet Egling.

Bild: Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen



365 Tage voller Tatendrang.

Maximale Auslastung im Ganzjahreseinsatz mit dem Unimog Geräteträger. Kommunale Aufgaben sind niemals erledigt: Unzählige kleine und große Jobs möchten zuverlässig und schnell erledigt werden – allen voran Mähen, Mulchen und Gehölzpflege, Winterdienst, Kehren und Reinigen sowie Laden und Transportieren.

Hier bringt der Unimog seine Vielseitigkeit ins Spiel. Denn der Geräteträger kann dank seiner standardisierten hydraulischen, mechanischen und elektrischen Schnittstellen eine Vielzahl von Geräten antreiben.

Mercedes-Benz
Trucks you can trust



Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com



V.l.: Prof. Johannes Hamann, Ärztlicher Direktor Bezirksklinikum Mainkofen, Pfarrerin Katrin Großmann-Bornhard, Pfarrer Hermann Eckl, Dr. Maximilian Seefelder, ehemaliger Bezirksheimatpfleger, Carolin Ahrendt, Vorsitzende der Dr. Franz und Astrid Ritter-Stiftung, Bezirkstagsvizepräsident Dr. Thomas Pröckl, Anette Röhr, Projektleiterin der Artothek, Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich, und Bezirksheimatpfleger Dr. Clemens Knobling.
Bild: Bezirk Niederbayern, Sabine Bäter

Artothek des Bezirks Niederbayern feierlich eröffnet

Mainkofen. Raus aus staubigen Archiven und dunklen Lagerräumen, hinein in die Wohnzimmer und Lebensbereiche der Menschen. Das ist das Motto der neuen Artothek des Bezirks Niederbayern. Sie soll Kunst für jedermann zugänglich machen und dabei Niederbayerns Künstlerinnen und Künstler fördern. Das Konzept ist simpel: Wie in einer Bibliothek können sich interessierte Gemälde, Druckgrafiken, Fotografien, Kleinskulpturen und viele weitere hochwertige Kunstobjekte für einen vorher festgelegten Zeitraum ausleihen – kostenfrei. Ende November wurde die Artothek offiziell eingeweiht. Rund 100 Gäste nahmen an der Feierstunde samt Segnung auf dem Gelände des Bezirksklinikums Mainkofen teil. Dort, im Haus D2, einer frisch sanierten Villa aus dem frühen 20. Jahrhundert, wird die Artothek untergebracht.

Das Gros der Kunstwerke stammt aus der Sammlung des Bezirks Niederbayern, aber auch Spenden etwa der Dr. Franz und Astrid Ritter-Stiftung oder des Deggendorfer Kreisheimatpflegers Florian Jung stehen künftig zur Ausleihe bereit. Außerdem wird eine fünfköpfige Jury, der unter anderem Bezirkstagsvizepräsident Dr. Thomas Pröckl oder der Bezirksheimatpfleger angehören, weitere Kunstwerke zukaufen, um den Bestand stetig zu erweitern und das Angebot zu verbessern. Künstler können sich mit ihren Werken für einen Ankauf bewerben. Die Kriterien: Das jeweilige Werk muss entweder einen Bezug zu Niederbayern aufweisen oder der Künstler muss in Niederbayern leben, arbeiten oder hierzulande geboren sein.

In seiner Festrede sagte Bezirkstagsvizepräsident und Vorsitzender des Kultur-, Jugend- und Sportausschusses Pröckl: „Hier wurde eine wunderbare Idee verwirklicht. Mit den Räumlichkeiten der Artothek dürfen wir berechnete Erwartungen verbinden.“ Aus einem ehemaligen Klinikgebäude sei eine Kultur-

institution geworden. „Und wer weiß schon, was geschieht, wenn sich in Wohnzimmern und Büros, in Praxen oder Fluren künftig entlehnte Kunstwerke befinden. Vielleicht inspirieren diese ihre Betrachter dazu, sich mit den Schöpfern der Werke näher zu befassen und über einen eigenen Ankauf nachzudenken. So ergäben sich klassische Win-Win-Situationen“, so Pröckl.

Der Bezirkstagsvizepräsident dankte dem ehemaligen Bezirksheimatpfleger, der das Projekt maßgeblich mitinitiiert hat. „Max Seefelders Begeisterung und seine Überzeugungskraft waren wie so oft für mich inspirierend. Und so sind wir das Projekt angegangen.“ Ebenfalls dankte Pröckl Hubert Huber, „dem mit vielen Pfledestärken ausgestatteten „Motor“ des BBK Niederbayern“, der den Bezirk Niederbayern bei der Umsetzung des Artothek-Konzepts unterstützt hat. Sein Dank gelte auch Carolin Ahrendt, Vorsitzende der Dr. Franz und Astrid Ritter-Stiftung, dem Bezirksheimatpfleger Dr. Clemens Knobling und Annette Röhr vom Kulturreferat des Bezirks, die die Artothek künftig betreuen wird, so Pröckl.



Landräte erhalten Europamedaille: Die Medaille wurde im Rahmen des „Europäischen Herbstdialogs“ im Energiepark Hirschaud vor über 200 Gästen an Persönlichkeiten für ihre Initiativen um Europa vergeben, v.l.: Professor Stefan Leible (Projekt EURESTA), Landrat Johann Kalb, Landkreis Bamberg (Cisterscapes connecting Europa), Dr. Nina Nestler und Landrat Peter Berek, Landkreis Wunsiedel (Euregio Egrensis). „Diese Medaille würdigt Menschen, Ideen und Initiativen, die Europa nicht nur denken, sondern täglich leben und gestalten. Ihre Projekte bauen Brücken zwischen Regionen, bewahren unser gemeinsames Kulturerbe und stärken Forschung und Bildung in ganz Europa“, betonte Monika Hohlmeier, MdEP, bei der Vergabe

Bild: Büro Monika Hohlmeier

Besonders gefreut habe den Bezirkstagsvizepräsidenten die zügige Umsetzung. Nach der Idee im Jahr 2019 folgten zahlreiche Gespräche mit Institutionen und Akteuren. Der Kultur-, Jugend- und Sportausschuss habe dann einstimmig die Umsetzung der Artothek empfohlen, im Jahr 2022 stimmte der Bezirkstagsausschuss für die Umsetzung. „Im Frühjahr 2023 konnten die Sanierungsarbeiten des denkmalgeschützten Hauses D2 auf dem Gelände des Bezirksklinikums beginnen.“ Parallel zu den Bauarbeiten und zur logistischen Einrichtung der Räume sei zudem der vorhandene Kunstbestand des Bezirks Niederbayern ertüchtigt worden. Und nun, im Herbst 2024: die Eröffnung der Artothek. „Jetzt ist die kunstinteressierte Öffentlichkeit am Zug, regen Gebrauch davon zu machen“, so Pröckl.

Besonderer Kulturort

Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich bezeichnete die neue Artothek in seinem Grußwort als „besonderen Kulturort in unserem Bezirk“. Es sei eine Pflichtaufgabe des Bezirks, Einrichtungen zu schaffen, die dem kulturellen Wohl der Bevölkerung dienen. „Die Artothek erfüllt diesen Auftrag, indem sie Kultur direkt zu den Menschen bringt und die regionale Kunstszene durch kontinuierliche Kunstankäufe fördert.“ Besonders hervor hob der Bezirkstagspräsident das Engagement des Bezirkstagsvizepräsidenten Pröckl, der zusammen mit Max Seefelder und Annette Röhr viel Herzblut in dieses Projekt gesteckt habe. Heinrich weiter: „Dieser Kulturort steht allen Menschen Niederbayerns offen und schafft auch für die Patienten, Besucher und Mitarbeitenden des Bezirksklinikums ein bereicherndes Angebot. Wir freuen uns darauf, diesen besonderen Ort mit Leben zu füllen.“

Als Vertreter des Bezirksklinikums Mainkofen sagte der Ärztliche Direktor, Prof. Dr. Johannes Hamann: „Wir wollen das Bezirksklinikum Mainkofen nach außen öffnen und die Öffentlichkeit über unsere wichtige Arbeit mit Menschen mit psychischen Problemen aufklären. Wir freuen uns deshalb, dass sich der Bezirk Niederbayern dazu entschieden hat, seine neue Artothek auf dem Klinikgelände zu eröffnen.“ Das sei ein tolles Projekt, bei dem Interessierten ein niedrigschwelliger Zugang zu hochwertiger Kunst ermöglicht wird. „Wann immer sich nun Menschen Kunst ausleihen, erhalten sie gleichzeitig einen kleinen Einblick in unser Klinikgelände. Das freut uns.“

GZ ZU GAST BEI ...

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Ich vertrete die Marktgemeinde Marktschorgast mit insgesamt rund 1.500 Einwohnern in acht Ortsteilen.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?

Ich darf seit 01.05.2020 ehrenamtlicher Bürgermeister meiner Heimatgemeinde sein. Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?

Ich bin seit nunmehr über 30 Jahren Polizeibeamter des Freistaats Bayern bei der Polizeiinspektion Bayreuth-Stadt und fahre dort immer noch mit großer Freude Streife.



Marc Benker

Erster Bürgermeister
des Markts Marktschorgast

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Der Ursprungs-Anreiz liegt schon fast drei Jahrzehnte zurück. Unser damaliger Erster Bürgermeister und heutiger Altbürgermeister Josef Kofer ist mein Vorbild in diesem Amt. Er ist 1978, ein Jahr nach meiner Geburt, ins Amt gekommen und blieb 24 Jahre unser Bürgermeister für mich und so stand er – in dieser zeitlichen Hinsicht – für mich auf einer Stufe mit Papst Johannes Paul II. und Helmut Kohl als Kanzler. Alle drei waren gefühlt irgendwie „immer da“. So entwickelte sich 1995 bei mir das Interesse für Kommunalpolitik und ich fand es spannend, in meiner eigenen Gemeinde mitzureden und mitentscheiden zu dürfen.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Dankenswerterweise haben mir die Marktschorgaster Bürgerinnen und Bürger mit erst 25 Jahren bei der Kommunalwahl 2002 hinter den beiden damaligen Bürgermeisterkandidaten das beste Stimmresultat aller 72 Gemeinderatskandidaten und somit ihr Vertrauen geschenkt. Ich wurde sofort Fraktionsvorsitzender der CSU und blieb dies 18 Jahre. Bei den Kommunalwahlen 2008 und 2014 habe ich die Wahlen zum Ersten Bürgermeister gegen meine Vorgänger jeweils knapp verloren, saß aber immer mit im Gemeinderat und hatte damit dann 2020 bei meiner dritten Kandidatur gegen einen neuen Gegenkandidaten bereits 18 Jahre Erfahrung, die letzten Jahre davon als weiterer Stellvertreter des Bürgermeisters. Durch diese langjährige Mitarbeit in den Gremien hatte ich natürlich die beste Vorbereitung, die man sich wünschen konnte.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Wir hatten uns vorgenommen, viele Großprojekte, über die seit Jahren im Gemeinderat diskutiert wurde und deren Historie zum Teil bis Mitte der 1980er Jahre zurück reichten, endlich in die Tat umzusetzen, um die Ortspolitik insgesamt bei den Menschen auch wieder ein Stück weit glaubwürdig erscheinen zu lassen. Wir haben uns dann an die Umsetzung der Mega-Projekte der Erschließung des neuen Gewerbegebietes direkt an unserer Autobahnauffahrt an der A9 gemacht, haben mit der Sanierung eines über 300 Jahre alten, denkmalgeschützten und seit mehreren Jahrzehnten dem Verfall preisgegebenen Fachwerkbauwerks begonnen und uns um die Verbesserung unserer Wasserversorgungsleitungen kümmern müssen. Auch die barrierefreie Umgestaltung unseres historischen Marktplatzes zur Verbesserung der Lebensqualität für unsere älteren und mobilitätseingeschränkten Mitbürgerinnen und Mitbürger, die Fortführung des städtebaulichen Entwicklungskonzepts und vieles mehr war am Anfang extrem herausfordernd und fiel zeitgleich in den Beginn der Corona-Pandemie. Ich glaube aber, dass wir das alle gemeinsam in Marktschorgast wirklich gut hinkommen haben.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Aktuell arbeiten wir an der Verbesserung der Einrichtungen für die Kinderbetreuung, zum Schuljahresstart ging der Betrieb der Offenen Ganztagschule in Zusammenarbeit mit der AWO Kulmbach in Betrieb. Außerdem beschäftigt uns das Top-Thema der Energieversorgung der Kommunen in der Zukunft und wir sind dabei, unser Kanalnetz untersuchen zu lassen, wofürhin sich sicherlich in Zukunft auch nicht un-

erhebliche Sanierungsmaßnahmen für unsere Abwasser Versorgung ergeben werden. Die Umsetzung der Grundsteuerreform ist auch eine Herausforderung, die bei vielen Menschen nicht nur für Begeisterungstürme sorgt. Über zu wenig Arbeit können wir uns tatsächlich nicht beklagen.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Gerade das Thema Energie wird sicherlich noch an Bedeutung zunehmen. Außerdem wollen wir uns um unsere Bevölkerungsentwicklung kümmern.

In den Ausschussgremien des Marktgemeinderates laufen momentan die Planungsarbeiten für ein neues Wohnbaugelände und für unsere Senioren stellen wir ab 01.01.2025 eine Seniorenquartiersmanagerin ein. Das wird sicher eine spannende Aufgabe, da wir hier im Landkreis Kulmbach die ersten sind, die eine solche Stelle schaffen, die sich schwerpunktmäßig um unsere ältere Generation kümmert. Bereits 2019 hatten wir mit der Anstellung einer Jugendpflegerin für die Kinder und Jugendlichen in Marktschorgast eine ähnliche Jugendrolle eigenommen, die zwischenzeitlich erfreulicherweise auch Nachahmer gefunden hat.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Immer die Ruhe bewahren, vor allem dann, wenn die Problemstellung ganz besonders herausfordernd erscheint. Wenn man über schwierige Sachverhalte einmal eine Nacht schläft und sich mit anderen dazu austauscht, sieht die Welt am nächsten Tag – oder in den nächsten Tagen – oft gleich wieder ganz anders aus. Die allerwenigsten Sachverhalte erfordern tatsächlich eine sofortige Entscheidung.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Als Bürgermeister versuche ich so oft wie möglich in meiner Gemeinde präsent zu sein. In unserer Größenordnung ist das natürlich schon ein Stück weit einfacher, weil letztlich jeder jeden kennt. Ich bin auf allen öffentlichen gesellschaftlichen Veranstaltungen dabei und die Bürgerinnen und Bürger wissen, dass sie mich jederzeit – auch zum Beispiel auf der Kirchweih oder bei Vereinsversammlungen – bei einem Bier gerne ansprechen können. Außerdem bin ich in den sozialen Netzwerken aktiv unterwegs und auch über WhatsApp bin ich fast immer auch kurzfristig erreichbar. Die Bürger schätzen das und machen auch rege davon Gebrauch. Für die Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung versuche ich täglich im Rathaus zu sein und bin auch ansonsten für sie in der Regel immer zu erreichen. Sie unterstützen mich zusammen mit dem Team des Bauhofs ganz ausgezeichnet und mir ist auch immer die Meinung der Mitarbeiter wichtig. Bevor ich Entscheidungen treffe, beziehe ich das Team, oder zielgerichtet Teile davon, immer mit ein. Es gibt nur ganz seltene Ausnahmen, in denen ich aufgrund eines unvorhersehbaren Umstandes anders verfare.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Ich glaube, wir stehen da noch ganz am Anfang der digitalen Entwicklung, die durch den Einsatz von Künstlicher Intelligenz eine noch viel größere Dynamik bekommen wird als bisher. Ich kann mir schon gut vorstellen, dass das in vielen Bereichen eine große Unterstützung sein kann. Allerdings sage ich immer, dass der direkte, persönliche Kontakt zu den Menschen die „Kür der Kommunalpolitik“ ist. Deswegen werden die Begegnungen mit den Leuten nach meiner Überzeugung immer der wichtigste Baustein der Kommunalpolitik bleiben, den man nicht ersetzen kann, und der vor dem Hintergrund der immer höheren Taktzahl im Alltag – auch hervorgerufen durch die Digitalisierung – sicher noch deutlich an Bedeutung zunehmen wird.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

„Wenn schwierige Entscheidungen zu treffen sind – höre immer auf Dein Herz.“

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Darüber mache ich mir ehrlich gesagt gar nicht so viele Gedanken. Ich möchte einfach ein guter Bürgermeister für meine Bürgerinnen und Bürger sein, mit dem sie zufrieden sind und dem sie vertrauen können. Wenn ich später dann einmal so in Erinnerung bleiben darf, dann wäre das eine große Freude für mich. □

Auch Carolin Ahrendt von der Dr. Franz und Astrid Ritter-Stiftung zeigte sich in ihrem Grußwort erfreut über Öffnung hochwertiger Kunst gegenüber einer breiten Öffentlichkeit: „Damit kommt, neben

der Sammlung des Bezirks, auch unsere Sammlung Ritter-Stiftung jetzt tatsächlich unter die Menschen, statt nur eingelagert zu sein. Die Menschen bekommen einen wirklich unmittelbaren

Zugang zur Kunst.“ Ein besonders „Tüpfelchen“ sei, dass die Artothek in dem Jahr eröffnet, in dem die Ritter-Stiftung ihr 20-jähriges Bestehen feiere. „Das finde ich großartig“, so Ahrendt. □

Brückenbauer zwischen den Kulturen

Verleihung der schwäbischen und oberfränkischen Integrationspreise

Um gelungene Beispiele für erfolgreiche Arbeit auf dem Gebiet der Integration von Migranten in unsere Gesellschaft zu würdigen, zeichneten der Integrationsbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung Karl Straub, MdL und Regierungspräsidentin Barbara Schretter in der Regierung von Schwaben fünf Aktivitäten und Initiativen aus. Mit den Preisen soll das ehrenamtliche Engagement gewürdigt werden, das oftmals im Verborgenen und ohne große Öffentlichkeitswirkung erfolgt.

Ausgezeichnet wurden die „Lese/Sprachpaten“ in der Stadt Kempten. Schulklassen an Grund- und Mittelschulen sind heute groß und vielfältig. Nicht alle Kinder sind auf dem gleichen Stand, was Sprache und Vorbildung angeht. Ehrenamtliche Sprachpaten der Malteser helfen hierbei, Lücken zu schließen. Während die Grundlagen in Deutsch von einem Lehrer vermittelt werden, üben parallel die Sprachpaten in kleinen Gruppen mit den Kindern deutsch, da Sprachunterricht nur in kleinen Gruppen wirklich gut funktioniert. Der Förderbedarf ist oft groß.

Unmittelbare Begegnungsangebote

Bei einem weiteren Preisträger, dem Café Mosaik und dem Café Welcome in Königsbrunn, handelt es sich um zwei unmittelbare Begegnungsangebote des Helferkreises und Mehrgenerationenhauses in Königsbrunn. Die Angebote richten sich an Famili-

en und Alleinstehende aus allen Nationen – mit und ohne Fluchthintergrund – und an alle in der Flüchtlingsarbeit ehrenamtlich Engagierten und Interessierten. Die Cafés bieten Raum für Gespräche, gegenseitiges Kennenlernen und Vernetzung. Die Geflüchteten können sich mit ihren Fragen niederschwellig an die ehrenamtlichen Flüchtlingshelferinnen und -helfer wenden und erfahren tatkräftige Hilfe und Unterstützung in individuellen Lebenslagen.

Eine lange Tradition hat der Helferkreis Höchstädt. Bereits seit Beginn der 1990er Jahre mit Ausbruch des Krieges im damaligen Jugoslawien, hatten sich dank der Koordination der Evang.-Luth. Kirchengemeinde Höchstädt die ersten ehrenamtlichen Helfer zusammengefunden. Seither agiert der Helferkreis entsprechend den Anforderungen bzgl. der jeweiligen Flüchtlingskrisen – aktuell der Ukrainekrise – und hilft in vielen Bereichen, wie ehrenamtlichem Deutschunterricht, Anmeldung im Kindergarten und in der Schule, Hausaufgabenhilfe, Nachhilfe und Unterstützung bei Alltagsangelegenheiten jeglicher Art.

Ziel des Ukrainischen Kulturzentrums Donau-Ries ist es, ukrainischen Geflüchteten bei der Integration in ihre neue Heimat zu helfen und gleichzeitig die ukrainische Kultur zu bewahren und zu fördern. Es trägt zur kulturellen Vielfalt bei, indem es ukrainische Kulturgüter präsentiert und an verschiedenen Veranstaltungen teilnimmt. Das Kulturzentrum versteht Integration nicht als einseitigen Anpassungsprozess an die deutsche Kultur, sondern schafft durch seine Aktivitäten transkulturelle Räume.

Mit enormem Einsatz und hervorragendem bürgerlichen Engagement setzt sich Dr. Monika

Bachmayer seit nahezu zehn Jahren unermüdet für die Integration von Menschen mit Migrationsgeschichte ein. Zu Beginn der Flüchtlingskrise 2014 zunächst im Rahmen des Helferkreises vor Ort im Allgäu, hat sich Monika Bachmayer danach weit über das normale Maß eingebracht, indem sie etwa Flüchtlinge mit ihrem privaten PKW unentgeltlich zu Ärzten oder Hilfseinrichtungen bis nach München oder Nürnberg transportierte und dabei sehr viel Zeit investierte. Auch seit Beginn des Ukraine-Krieges engagiert sich die Preisträgerin weiterhin für Geflüchtete.

In Bayreuth verlieh Regierungspräsident Florian Luderschmid den Oberfränkischen Integrationspreis 2024 an den Regionalcaritasverband Bamberg-Forchheim, die Evangelische Kirchengemeinde Nikodemuskirche Bayreuth, die Stadt Coburg sowie an die Evangelische Jugendsozialarbeit Hof/EJSA. Das Preisgeld betrug insgesamt 7.000 Euro.

Verständnis für andere Glaubensrichtungen

Das Projekt „Anlaufstelle St. Josef/Hain“ des Regionalcaritasverbandes Bamberg-Forchheim ist ein Ort für Beratung, Sprache und Freizeit. Es bietet vielfältige Angebote für geflüchtete Bürger aus allen Nationen, sei es Vermittlung in Arbeit, Asylverfahrensberatung, Sprachtraining, Nähtreff, psychologische Einzelgespräche, Ausflüge und Stadtführungen.

Da es für eine gelingende Integration wichtig ist, Verständnis für andere Kulturen und Glaubensrichtungen zu entwickeln, wurde im Gemeindezentrum in den Jahren 2023 und 2024 im Ramadan gemeinsam gebetet und das Iftar begangen. Beim Zuckerfest erfolgte ein Gegenbesuch in der Moschee. Zudem wurde gemeinsam das muslimische Opferfest gefeiert.

Der Regionalcaritasverband plant weitere Integrationsprojekte. Das Angebot „Frauentalk“ für Frauen aus dem arabischen Raum ist bereits in der Startphase. Ein weiteres Projekt

Landkreis Aschaffenburg:

Kreisjugendring mit Demokratie-Projekt zu Gast im Landratsamt

Im Landratsamt Aschaffenburg fand ein Projekt zur Demokratiebildung statt. Rund 70 Schulkinder ab der achten Jahrgangsstufe aus fünf Mittelschulen im Landkreis folgten der Einladung des Kreisjugendrings. Nach der Begrüßung wurden die Jugendlichen mit einem Fragebogen ausgestattet, der sie durch die zahlreichen Stationen des „Marktplatzes der Demokratie“ begleitete, bevor es ein „Meet and Greet“ mit Politikerinnen und Politiker aus dem Landkreis gab.

In einem Angebot der kommunalen Jugendpflege des Landkreises lernten sie unterschiedliche demokratische Entscheidungsformen kennen. Das Bibliothekszentrum des Landkreises brachte sich mit einem Workshop zu Fake News in das Projekt ein. An der Station des Teams der Jugendsozialarbeit des Landkreises wurden Antworten gefunden, wann

und wo man auch im Alltag demokratischen Entscheidungsformen begegnet. Zudem hatten auch einige Schulkinder mit ihren Lehrkräften vier weitere Stationen erarbeitet und angeboten: Eines davon war ein Stand, der sich mit dem Planspiel „Der Landtag sind wir“ beschäftigte. An einem weiteren war herauszufinden, wie ein Gesetz entsteht. Kre-



V.l.: Marc Babo, Heiko Hoier, Dr. Helmut Kaltenhauser, Simon Dümig, Jörg Fecher, Florian Hofmann, Dr. Alexander Legler, Stephanie Fuchs, Christiane Scheel, Monika Hartl und Klaus-Uwe Junker vor den Schülern.
Bild: Landratsamt Aschaffenburg

GZ PINOS WELT

„Wo ist die Nachricht?“ soll Christian Lindner gefragt haben, als thematisiert wurde, dass die FDP seit längerem Planspiele für das Ende der Ampel-Koalition ausgearbeitet hat. Das wird jetzt von Vertretern der verbliebenen Fußgängerampel und interessanterweise auch Medienvertretern zu etwas Unerhörtem skandalisiert, als ob es nicht zum Handwerkszeug der Politik gehören würde, auf jede Eventualität vorbereitet zu sein.

Gut, wer sich den Ausdruck „D-Day“ ausgedacht hat, ist entweder ein eingefleischter, wenngleich fehlgeleiteter Fan des Films „Der längste Tag“ oder hat zu viele Seminare zum Thema Aufmerksamkeitssteigerung bei PowerPoint-Präsentationen besucht. Die ansonsten kritisierte Verwendung kriegerischer Ausdrücke dürfte seit den Tagen von Marie-Agnes Strack-Zimmermann gelebte Umgangssprache in liberalen Kreisen sein.

Was wir wollen

Dennoch: Ist es verwunderlich, dass eine Partei sich Gedanken über einen Koalitionsausstieg macht, wenn die Koalitionäre nur noch so wenig gemeinsame Substanz haben? Spätestens seit in aller Öffentlichkeit darüber diskutiert wurde, dass es nicht zum Ampelbruch kommen würde, weil einige Minister und Ministerinnen noch keine Altersversorgungsansprüche aus ihren Ämtern erworben hätten, war doch klar, dass diese Regierung nur mehr amtiert, aber nicht mehr regiert. Keine Gemeinsamkeiten mehr – nirgends.

Auch wenn jetzt noch so oft und jämmerlich von Vertrauensbruch, Unanständigkeit oder Tücke gesprochen wird, als wäre es um eine ehedem analoge Beziehung gegangen und nicht um ein politisch-administratives Projekt: Koalitionen funktionieren, solange die Parteien keine gänzlich gegensätzlichen Vorstellungen von der Richtung haben, die ein Land nehmen soll. Wenn es an diesem fundamentalen Verständnis fehlt, ist es „time to say goodbye“.

Was an dieser wehleidigen Diskussion um das D-Day-Papier so ärgerlich ist: Es geht nicht um Politik, sondern um Gefühle. Es soll emotionalisiert werden, um abzulenken. Das geht voll an



den Problemen des Landes vorbei und wir vergeben uns als Gesellschaft und Wahlvolk die Chancen, in den paar Tagen bis zur Wahl wirklich um die Zukunft zu ringen und uns bei einigen Fragen ehrlich zu machen.

Wollen wir wieder eine starke, innovative und wertschöpfende Wirtschaft oder sind wir ein Rentnervolk der Boomer geworden, das nur dar-

an interessiert ist, seinen Wohlstand im Alter zu genießen? Wollen wir die Herausforderung annehmen und in den öffentlichen Haushalten Prioritäten setzen oder wie Frankreich nach dem Motto „Pfiu Deife, mir hams ja“ in Schuldenstände über dem jährlichen Bruttoinlandsprodukt rutschen? Wollen wir uns wirklich gegen äußere Bedrohungen wehren können oder weiter passiv zuschauen, wie andere mit unserer Kriegsangst spielen und die Republik Männchen vor Diktatoren macht? Wollen wir endlich im 21. Jahrhundert ankommen und uns sinnvoll digitalisieren? Wollen wir uns aber andererseits wappnen gegen Manipulationen im Netz, damit es uns nicht so geht wie den Moldawiern, Georgiern und Rumänen, dass nämlich TikTok und russische Trolle radikale Anti-Demokraten, Anti-Europäer und Zersetzer in die Nähe zur politischen Macht bringen?

Das sind die Themen, die uns bis zum 23. Februar bewegen sollten. Nicht, ob man statt D-Day besser F-Day geschrieben hätte. Wir brauchen die Debatten einerseits, weil ein Umstern der Republik mit einschneidenden Änderungen und Härten verbunden sein dürfte, zu denen wir dann nach der Wahl auch als Gesellschaft stehen, sie akzeptieren und durchstehen müssen. Zudem muss klar sein, welche Partei welchen Weg einschlägt und welche Partei mit welcher sinnvoll eine Koalition eingehen sollte. Denn wenn wieder Feuer und Wasser koalitiert, wird es auch in den nächsten vier Jahren nur heißen Dampf geben.

Den handelnden Politikern soll ein Zitat von Franz Josef Strauß den Mut zur Wahrheit geben: „Im Übrigen weiß ich als Politiker genau, dass ich erst bei meiner Grabrede erfahren werde, wie gut ich gewesen bin, da ich auch bei jedem Wahlkampf höre, wie schlecht ich bin.“

Ihr Pino

soll sich verstärkt an geflüchtete Jugendliche richten.

Im Jahr 2007 wurde der „Kids Treff“ der Evangelischen Kirchengemeinde Nikodemuskirche Bayreuth gegründet. Auf dem Gelände des dreimal wöchentlich geöffneten Abenteuerspielplatzes „Kiwi“ gibt es für Kinder die Mög-

lichkeit, drinnen und draußen zu spielen. Täglich wird ein spezielles Programm angeboten. Die Kinder helfen bei der Wartung des Geländes insbesondere bei Gartenarbeiten mit. Als Belohnung erhalten sie eine „grüne Karte“, mit der sie sich auf dem Gelände ein eigenes Grundstück aussuchen und entsprechend gestalten können, z.B. durch die Errichtung einer eigenen Hütte. Bei passendem Wetter wird ein Lagerfeuer entzündet und gegrillt.

Im Haupthaus kann man sich etwa mit Brettspielen die Zeit vertreiben, basteln und kreativ sein, mit Puppen oder Lego spielen oder sich einfach entspannen. Zusätzlich werden immer wieder spannende Geschichten aus der Bibel, die kindgerecht aufbereitet werden, vorgetragen. Jeder Tag wird mit einem kostenlosen Abendessen in familiärer Atmosphäre abgerundet. Zudem stehen Betreuer den Kindern mit Rat und Tat zur Seite. Durchschnittlich nehmen knapp zwei Dutzend Kinder im Alter von 6 bis 12 Jahren, von denen mehr als 80 Prozent einen Migrationshintergrund haben, dieses Angebot regelmäßig wahr.

Seit fünf Jahren trägt das 2019 ins Leben gerufene „Sprach-Café“ der Stadt Coburg maßgeblich zur Integration von Geflüchteten bei, indem es neben den offiziellen Integrationskursen einmal pro Woche eine zusätzliche Möglichkeit zum Deutschlernen und -üben bietet. Den Besuchern werden kostenlos Tee, Kaffee, Gebäck und Obst angeboten, finanziert durch Spenden. Aktuell engagieren sich zehn Ehrenamtliche aus Coburg und Umgebung, und die Besucherzahl liegt oft bei über 40 Personen pro Sitzung.

Neben dem Spracherwerb unterstützt das „Sprach-Café“ den

gesamten Integrationsprozess. Ehrenamtliche helfen bei behördlichen Angelegenheiten, der Wohnungssuche und sozialen Herausforderungen. Erfolgreiche Beispiele verdeutlichen die Wirkung des Projekts: Ein Geflüchteter verbesserte seine Deutschkenntnisse erheblich und arbeitet nun als Ingenieur in Freiburg. Ein weiterer Besucher aus dem Irak ist im Kindergarten tätig und absolviert eine Ausbildung zum Erzieher.

Umgang mit Lebensmitteln

Seit 1989 bietet das Projekt „Internationales Mädchen- und Frauenzentrum“ der Evangelischen Jugendsozialarbeit Hof vielfältige Unterstützung für die Bewohner des Hofer Bahnhofsviertels. So richtet sich das stadtteilbezogene Angebot „Hofer Kidspoint“ einmal wöchentlich an Kinder im Alter von 7 bis 11 Jahren. Ihnen soll ein Raum geboten werden, in dem sie durch Naturerfahrungen im interkulturellen Garten der EJSA für den Umgang mit Lebensmitteln sensibilisiert werden. Durch verschiedene Bastel- und Kreativangebote sollen die Kinder in ihren handwerklichen und künstlerischen Fähigkeiten gestärkt und ihnen die Möglichkeit geboten werden, andere Kinder kennenzulernen und Freundschaften zu knüpfen.

Das niederschwellige Angebot „Deutschsprachvermittlung“ spricht insbesondere Frauen, die entweder keinen Zugang zu Deutschkursen haben, ihre Kinder aufgrund fehlender Kindergartenplätze nicht unterbringen können oder Säuglinge haben, an. Die Teilnehmerinnen kommen ebenfalls einmal pro Woche zusammen. Sie stammen aus Syrien, Tunesien, Äthiopien, Irak, Nigeria und Ghana. **DK**

Gewaltpräventionskurse an Schulen im Landkreis Lindau:

Eindrucksvolle Resonanz

Anlässlich des „Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen und Mädchen“ organisierte der Arbeitskreis „Wege aus der Gewalt“ unter der Koordination der Gleichstellungsbeauftragten des Landkreises Lindau (Bodensee) Selbstbehauptungskurse an weiterführenden Schulen im Landkreis Lindau (Bodensee). Bei fünf der insgesamt sechs teilnehmenden Schulen haben inzwischen Kurse stattgefunden. Am 25. November, dem Aktionstag, trafen sich Mitwirkende des Projektes mit Vertreterinnen und Vertretern der am Projekt beteiligten Schüler- und Lehrerschaft, um eine erste Resonanz aus den Kursen zu bekommen.

2023 waren über eine Viertel-million Menschen von häuslicher Gewalt betroffen, 70 Prozent der Betroffenen sind weiblich. In Deutschland wird statistisch gesehen jede dritte Frau mindestens einmal in ihrem Leben Opfer von physischer und/oder sexualisierter Gewalt, fast jeden Tag wird eine Frau umgebracht. Der „Internationale Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen“ möchte auf diese Problematik aufmerksam machen und zum Aufstehen gegen Gewalt aufrufen.

Psychische und physische Ge-

walt nahm aber auch an Bayerns Schulen in den letzten Jahren deutlich zu und stellt Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte sowie die Schulsozialarbeit vor eine große Herausforderung. Vor allem Mobbing, die Verrohung der Sprache und psychische Gewalt in sozialen Netzwerken seien mittlerweile leider Alltag berichten auch Lehrkräfte aus Schulen im Landkreis Lindau.

Deshalb initiierte der Arbeitskreis „Wege aus der Gewalt“ des Landkreises Lindau (Bodensee) Selbstbehauptungskurse für Schulklassen der Jahrgangsstu-



Viele bewegende und eindrucksvolle Schilderungen gab es beim Austausch zwischen den Akteuren der Selbstbehauptungskurse und Vertretern der teilnehmenden Schüler- und Lehrerschaft.

Bild: Landratsamt Lindau (Bodensee)

fen 6 und 7 mit dem Ziel, präventiv zu wirken, indem Mädchen und Jungen in ihrem Selbstbewusstsein gestärkt und für Themen wie „Grenzen setzen und wahren“ sowie „Konfliktlösung ohne Gewalt“ sensibilisiert werden. Inhaltlich orientiert sich der Kurs nach dem Konzept „Zammgrauft“ des Polizeipräsidiums München. Durch Übungen und Rollenspiele werden Werte wie „zur eigenen Meinung stehen“, „starke Gemeinschaft“ und „Zivilcourage zeigen“ vermittelt.

Das Interesse an dem Projekt ist groß: Insgesamt 14 Schulklassen aus sechs weiterführenden Schulen machen mit. Nachdem zwei Drittel der Kurse bereits stattgefunden haben, nahmen die Projektbeteiligten den Ak-

tionstag zum Anlass, um sich mit Vertretern der am Projekt beteiligten Schüler- und Lehrerschaft auszutauschen, wie es ihnen in den Kursen ergangen ist und vor allem, was sie an Erfahrungen aus den Kursen mitnehmen.

Die Schilderungen der Kinder waren sehr eindrucksvoll. So lernten sie beispielsweise, dass es zwar ordentlich Mut braucht, für jemanden einzustehen und zu helfen, es aber toll ist, wenn die anderen dann mitziehen und daraus eine positive Gruppendynamik entsteht.

Einem Mädchen vom Bodensee-Gymnasium hatte die Übung „Zur eigenen Meinung stehen“ sehr gut gefallen, auch wenn sie gemerkt hat, dass es ein komisches Gefühl ist, mit seiner Mei-

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt der GZ-Jahreswandkalender 2025 bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

nung eher alleine da zu stehen - das Mädchen isst sehr gerne Spinat. Ihrem Mitschüler wurde durch eine Übung klar, dass es besser ist, einen längeren und dafür sicheren Weg zu wählen, anstelle des kürzeren und gefährlicheren - in diesem Fall eine schlecht beleuchtete Unter-

führung. Die Kinder schilderten aber auch die Angst, selbst Opfer zu werden, wenn man anderen Kindern hilft. „Bei Jürgen habe ich gelernt, dass man sich am Besten noch weitere Hilfe von anderen dazu holt und jetzt traue ich mich auch mehr, zu helfen“, so das Fazit eines Schülers aus der Realschule im Dreiländereck. Auch dass man sich als Opfer klar und vor allem laut artikulieren muss, damit andere auf die Situation aufmerksam werden und helfen können war eine wichtige Lektion, die ein Schüler aus der Mittelschule Lindenberg anhand einer Übung mitgenommen hat.

Auch die Lehrkräfte zogen eine positive Bilanz aus den Kursen. Die Schülerinnen und Schüler hätten sehr schnell verstanden, um was es bei den Übungen ging und auch dass Teamarbeit, Zusammenhalt und das Aufeinander-Schauen ein ganz wichti-

ger Aspekt gegen Gewalt ist. Sie waren positiv überrascht, wie schnell sich die Kinder im Kurs öffneten und aktiv mitgearbeitet haben. Das eine oder andere sehr schüchterne Kind sei durch den Kurs mehr aus sich herausgekommen. Sie würden es sehr begrüßen, wenn es auch zukünftig und wiederkehrend Aktionen zur Gewaltprävention an Schulen geben würde.

Sowohl die Projektverantwortlichen als auch die stellvertretende Landrätin, Sonja Müller, freuten sich sehr über die positive Resonanz und waren sehr berührt von den Erzählungen der Kinder. „Das war ein sehr beeindruckender und schöner Termin heute, herzlichen Dank dafür“, verabschiedete Sonja Müller die Teilnehmer. Ein großer Dank ging auch an die Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises, Sandra Dalferth, für die Initiierung und Leitung des Projektes und an Jürgen Fiebig vom MSE Allgäu e.V., der die Kurse mit viel Herzblut durchgeführt hat.

Die am Projekt beteiligten Schulen: Mittelschulen Lindau, Lindenberg und Weiler, Realschule im Dreiländereck, Bodensee-Gymnasium und Valentin-Heider-Gymnasium. □

GZ LIEFERANTENNACHWEIS GZ

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de

BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE

www.etsch.de

Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etsch.de

Energiedienstleistung

energie schwaben

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER

Länderfahnen
Gemeindefahnen
Maste
Bekleidung
uvm.

Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
Telefon 08171 / 9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Glasfaser / Glasfaserausbau

GLASFASER-INTERNET AUS BAYERN.
Aus der Region. Für die Region.

LEONET.DE

Highspeed-Internet der NetCom BW

www.netcom-bw.de

GLASFASER

Schnell. Stabil. Zukunftssicher.

www.telekom.de/glasfaser

Glasfaser / Glasfaserausbau

UG UNSERE GRÜNE GLASFASER

Grünes Licht für Glasfaser.

Sichern Sie sich Glasfaser-Ausbaukapazitäten für Ihre Kommune unter:

0800 410 1 410

Unsere Grüne Glasfaser
Adalperstraße 82-86, 85737 Ismaning
unseregrueneglasfaser.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171 / 9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Informationssicherheit und Datenschutz

Daten schützen.

www.Mein-Datenschutzberater.de

DSGVO ext. DSB
ext. ISB
LSI-Siegel
BSI Kommunal CISIS12
Schulungen eLearning

Kommunalberatung

KUBUS

Firmensitz Schwerin
0385/30 31-251
info@kubus-mv.de

Standort München
089/44 235 40-00
bayern@kubus-mv.de

www.kubus-mv.de

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung

www.bayerngrund.de **Bayern Grund**

Kommunale IT

www.akdb.de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette **Produktpalette** für effektive Räumarbeiten

BUCHER municipal
Driven by better

Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de **Bayern Labo**

Abonnieren Sie unseren **KOSTENFREIEN NEWSLETTER:**
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Kommunalfinanzierung

KFB Leasfinanz GmbH

Kommunaler Mietkauf
Kommunales Leasing
für Mobilien und Immobilien

www.kfb-reuth.de

Kommunen kompetent erreichen:

www.gemeindezeitung.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

Ihr Systempartner für multifunktionale Wärmerückgewinnung

- Nachrüstbar im laufenden Betrieb
- Montage vor Ort durch modulare Bauweise
- Keim- und schadstoffübertragungsfrei
- Werkseigener Kundendienst
- Systemverantwortung durch Gesamtplanung

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Kliniken in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Murnau, Schweinfurt • Universitäten in Regensburg und Würzburg • FH Aschaffenburg • Saturn Arena Ingolstadt • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, The Charles Hotel, TUM Garching, Villa Stuck • div. Polizeistationen etc.

SEW® GmbH
www.sew-kempen.de

Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led

bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de

Vertragshandel für **Waldleuchte**

Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!

BAYERISCHE GemeindeZeitung 2025

JANUAR	FEBRUAR	MÄRZ	APRIL	MAI	JUNI	JULI	AUGUST	SEPTEMBER	OKTOBER	NOVEMBER	DEZEMBER
Mi 1 KW 1 Neujahr	Sa 1	Sa 1	Di 1	Do 1 Tag der Arbeit	So 1	Di 1	Fr 1	Mo 1 KW 36	Mi 1	Sa 1 Allerheiligen	Mo 1 KW 49
Do 2	So 2	So 2	Mi 2 16. Bayerisches EnergieForum	Fr 2	Mo 2 KW 23	Mi 2	Sa 2	Di 2	Do 2	So 2	Di 2
Fr 3	Mo 3 KW 6	Mo 3 KW 10	Do 3	Sa 3	Di 3	Do 3 Bayerischer Bezirkstag	So 3	Mi 3	Fr 3 Tag der Deutschen Einheit	Mo 3 KW 45	Mi 3
Sa 4	Di 4	Di 4	Fr 4	So 4	Mi 4	Fr 4 Vollversammlung Bayerischer Bezirkstag, Bad Gögging	Mo 4 KW 32	Do 4	Sa 4	Di 4	Do 4
So 5	Mi 5	Mi 5	Sa 5	Mo 5 KW 19	Do 5	Sa 5	Di 5	Fr 5	So 5	Mi 5	Fr 5
Mo 6 KW 2 Heilige Drei Könige	Do 6	Do 6	So 6	Di 6 11. Bayerisches WasserkraftForum	Fr 6	So 6	Mi 6	Sa 6	Mo 6 KW 41	Do 6	Sa 6
Di 7	Fr 7	Fr 7	Mo 7 KW 15	Mi 7 Landkreisesversammlung, Landkreis Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim	Sa 7	Mo 7 KW 28	Do 7	So 7	Di 7 12. Bayerisches BreitbandForum	Fr 7	So 7
Mi 8	Sa 8	Sa 8	Di 8	Do 8	So 8 Pfingstsonntag	Di 8 Bayerischer Städtetag	Fr 8	Mo 8 KW 37	Mi 8	Sa 8	Mo 8 KW 50
Do 9	So 9	So 9	Mi 9	Fr 9	Mo 9 KW 24 Pfingstmontag	Mi 9 Vollversammlung Bayerischer Städtetag, Würzburg	Sa 9	Di 9	Do 9	So 9	Di 9
Fr 10	Mo 10 KW 7	Mo 10 KW 11	Do 10	Sa 10	Di 10	Do 10	So 10	Mi 10	Fr 10	Mo 10 KW 46	Mi 10
Sa 11	Di 11	Di 11	Fr 11	So 11	Mi 11	Fr 11	Mo 11 KW 33	Do 11	Sa 11	Di 11	Do 11
So 12	Mi 12	Mi 12 Kommunalforum Alpenraum, Kundl, AT	Sa 12	Mo 12 KW 20	Do 12	Sa 12	Di 12	Fr 12	So 12	Mi 12	Fr 12
Mo 13 KW 3	Do 13	Do 13	So 13	Di 13	Fr 13	So 13	Mi 13	Sa 13	Mo 13 KW 42	Do 13	Sa 13
Di 14	Fr 14	Fr 14	Mo 14 KW 16	Mi 14	Sa 14	Mo 14 KW 29	Do 14	So 14	Di 14	Fr 14	So 14
Mi 15	Sa 15	Sa 15 Freie Demokraten	Di 15	Do 15	So 15	Di 15	Fr 15 Mariä Himmelfahrt	Mo 15 KW 38	Mi 15	Sa 15	Mo 15 KW 51
Do 16	So 16	So 16 Landesparteitag FDP Bayern, Ingolstadt	Mi 16	Fr 16	Mo 16 KW 25	Mi 16	Sa 16	Di 16	Do 16 Landrätetagung, Landkreis Kronach	So 16	Di 16
Fr 17	Mo 17 KW 8	Mo 17 KW 12	Do 17	Sa 17 SPD Sozialpolitik für Bayern	Di 17	Do 17	So 17	Mi 17	Fr 17	Mo 17 KW 47	Mi 17
Sa 18	Di 18	Di 18	Fr 18 Karfreitag	So 18 75. Ordentlicher Landesparteitag der BayernSPD, Landshut	Mi 18	Fr 18	Mo 18 KW 34	Do 18	Sa 18	Di 18	Do 18
So 19	Mi 19	Mi 19 MÜLLER-BBM	Sa 19	Mo 19 KW 21	Do 19 Fronleichnam	Sa 19	Di 19	Fr 19	So 19	Mi 19	Fr 19
Mo 20 KW 4	Do 20	Do 20 21. Müller-BBM Fachgespräche, München www.mbbm-nd.com	So 20 Ostersonntag	Di 20	Fr 20	So 20	Mi 20	Sa 20	Mo 20 KW 43	Do 20	Sa 20
Di 21	Fr 21	Fr 21	Mo 21 KW 17 Ostermontag	Mi 21	Sa 21	Mo 21 KW 30	Do 21	So 21	Di 21	Fr 21	So 21
Mi 22	Sa 22	Sa 22	Di 22	Do 22	So 22	Mi 22	Fr 22	Mo 22 KW 39	Mi 22	Sa 22	Mo 22 KW 52
Do 23	So 23	So 23	Mi 23	Fr 23 GRIBS für gute Kommunalpolitik	Mo 23 KW 26	Mi 23	Sa 23	Di 23	Do 23 KOMMUNALE 2025, Nürnberg	So 23	Di 23
Fr 24	Mo 24 KW 9	Mo 24 KW 13	Do 24	Sa 24 GRIBS-Kommunikationskongress, Nürnberg	Di 24	Do 24	So 24	Mi 24	Fr 24	Mo 24 KW 48	Mi 24 Heiliger Abend
Sa 25	Di 25	Di 25	Fr 25	So 25	Mi 25	Fr 25	Mo 25 KW 35	Do 25	Sa 25	Di 25	Do 25 1. Weihnachtsfeiertag
So 26	Mi 26	Mi 26	Sa 26	Mo 26 KW 22	Do 26	Sa 26	Di 26	Fr 26	So 26	Mi 26	Fr 26 2. Weihnachtsfeiertag
Mo 27 KW 5	Do 27	Do 27	Fr 27	Di 27	Fr 27	So 27	Mi 27	Sa 27	Mo 27 KW 44	Do 27	Sa 27
Di 28	Fr 28	Fr 28	Mo 28 KW 18	Mi 28	Sa 28	Mo 28 KW 31	Do 28	So 28	Di 28	Fr 28	So 28
Mi 29	Sa 29	Sa 29 Landesversammlung FREIE WÄHLER Bayern, FREIE WÄHLER Amberg	Di 29	Do 29 Christi Himmelfahrt	So 29	Di 29	Fr 29	Mo 29 KW 40	Mi 29	Sa 29	Mo 29 KW 1
Do 30	So 30	So 30	Mi 30	Fr 30	Mo 30 KW 27	Mi 30	Sa 30	Di 30	Do 30	So 30	Di 30
Fr 31		Mo 31 KW 14		Sa 31		Do 31	So 31		Fr 31		Mi 31 Silvester

Die Zukunft der Digitalisierung ist jetzt!

Rundum digital

www.akdb.de/loesungswelt

ENERPIPE

Heute schon an morgen denken

Mit einem Nahwärmenetz die kommunale Energiewende gestalten!

www.enerpipe.de

S wie Starkmacher.

Finanzierungslösungen. Für Sie.

Sie gehen Ihren eigenen Weg. Dabei unterstützen wir Sie und sorgen für Liquidität, Schutz und Sicherheit. Damit unsere Finanzierungen Sie noch stärker machen.

Weil's um mehr als Geld geht.

Zukunft gestalten. Fortschritt fördern.

Mit zinsgünstigen Kommunal- und speziellen Förderkrediten. Mehr Infos unter bayernlabo.de

Bayern Labo

Mit Glasfaser in die Zukunft

M-net als regionaler Partner Ihrer Kommune

breitbandausbau.m-net.de

UNSERE GRÜNE GLASFASER

Grünes Licht für Glasfaser.

Vernetzen Sie Ihre Kommune mit Glasfaser.

unseregrueneglasfaser.de

BayernFM Consult

Unserer Beratungskompass:

- Sie wollen ESG-konform und klimaneutral werden?
- Sie wollen einen rechtssicheren und professionellen Gebäudebetrieb?
- Sie wollen für Ihr Bauprojekt Kosten und Terminüberschreitungen sparen?

Erfahren Sie mehr auf unserer Website: www.bayernfm-consult.de

BIETERBOERSE.DE

Ihre Quelle für erfolgreiche Auftragsvergaben!

Qualifizierte Firmen exakt für Ihre Bieterliste

Vorlagen für Leistungsverzeichnisse

Kostenlose Erstberatung: www.bieterboerse.de

Wir machen das Gasnetz fit für grünen Wasserstoff

energie schwaben